



# 50 Jahre

Lebenshilfe Fürth e.V.



## Seit 50 Jahren

an der Seite von Menschen mit Behinderungen



## Jubiläumsdokumentation

von Dr. Alexander Mayer in Zusammenarbeit  
mit der Lebenshilfe Fürth e.V.

Dr. Alexander Mayer

# **50 Jahre Lebenshilfe Fürth – Jubiläumsdokumentation**

**Verfasser:** Dr. Alexander Mayer

**Impressum:**

**Herausgeber:** Lebenshilfe Fürth

**Grafische Gestaltung:** Michael Engelhardt, Fürth

**Gestaltung Titelseite:** Nicola Siemandel-Sturm, Oberzenn

**Druck:** NOVA-Druck, Nürnberg



<b>Grußwort Dr. Thomas Jung</b> , 1. Vorsitzender der Lebenshilfe Fürth e.V.	4
<b>Grußwort Barbara Stamm</b> , Vorsitzende des Lebenshilfe-Landesverbandes Bayern	5
<b>Grußwort Robert Antretter</b> , Vorsitzender der Bundesvereinigung Lebenshilfe	6
<b>0. Einleitung</b>	7
<b>I. Behinderte Menschen vor Beginn der Behindertenpädagogik</b>	
1. Urgeschichtliche Zeit (45.000-20.000 v. Chr.)	8
2. Die alten Hochkulturen und die Antike	8
3. Mittelalter und frühe Neuzeit	9
4. Auswirkungen der ideengeschichtlichen Entwicklung	10
5. Anfänge der Behindertenpädagogik	11
6. Geistig behinderte Menschen in Fürth vor 1914	12
<b>II. Das Beispiel der Neuendettelsauer Anstalten</b>	
1. Wilhelm Löhe und die Diakonie Neuendettelsau	13
2. Die Anstalt als Konzept	14
3. Behindertenhilfe in Neuendettelsau heute	15
<b>III. Kulturbruch: Die staatlich organisierte Ermordung geistig behinderter Menschen</b>	
1. Sozialdarwinismus und behinderte Menschen	16
2. Wendepunkt Erster Weltkrieg: Erlebnis und Wirkung	16
3. Das Sterilisierungsgesetz	16
4. Beginn der nationalsozialistischen „Euthanasie“	17
5. Proteste und das vermeintliche Ende der „Euthanasie“	18
<b>IV. Die Anfänge der Lebenshilfe</b>	
1. Nachkriegssituation	20
2. Tom Mutters und die Bundesvereinigung der Lebenshilfe	20
3. Gründung der Lebenshilfe Fürth am 4. Dezember 1961	21
<b>V. Räume für behinderte Menschen</b>	
1. Vollzeittagesstätte	22
2. Beschützende Werkstätte	22
3. Probleme und Pläne	23
4. Aufbauarbeit durch Sonderschulgesetz erleichtert	23
<b>VI. Der große Sprung zum mehrstufigen Betreuungssystem</b>	
1. Theresienkrippe wird zur Lebenshilfe-Einrichtung	24
2. Erste Schritte zum Betreuungszentrum	25
3. Reprivatisierung der Sonderschule	26
4. Fertigstellung und Bezug der Werkstätten	27
<b>VII. Schulen, integrativer Kindergarten und Wohnheim</b>	
1. Die neue Sonderschule	29
2. Projekt Sprachheilschule	30
3. Das „Jahr der Behinderten“ und der beginnende Sozialabbau	31
4. Integrativer Kindergarten	32
5. Erste zentrale Unterbringung der Sprachheilschule	33
<b>VIII. Ihrer Zeit zu weit voraus:</b>	
1. „Lennys Hütte“ und die „Gesellschaft für Integration“	34
2. Jubiläen und Gewitterwolken	35
3. Schaffung des Familienentlastenden Dienstes - Aufgabe von „Lennys Hütte“	36
<b>IX. Umbruch und Aufbruch</b>	
1. Neuer Namen, neue Führung, neue Pläne	38
2. Der Sternstunden-Kindergarten	39
3. Snoezelen-Räume und Heilpädagogisches Förderzentrum	39
<b>X. Wohnheim, integrativer Unterricht und Integrationspreis</b>	
1. Baubeginn in der Südstadt	41
2. Integrationspreis und Investitionsrekord	42
3. Integrativer Schulunterricht und neues Wohnheim	43
<b>XI. Landesstützpunkt und Schultaufe</b>	
1. Landesstützpunkt für Sport mit geistig behinderten Menschen	45
2. Globalisierung trifft Werkstätten	45
3. Jubiläumsjahr und Schultaufe	46
<b>XII. Appell und Richtungsbestimmung</b>	
1. Der Schmerz des Hergebens	48
2. Endlich alle im neuen Heim	49
3. Was kann und darf der Mensch?	49
4. Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung	50
<b>XIII. Jubiläen, Umzüge und Gesetzesänderungen</b>	
1. Werkstattjubiläum und Global Games	52
2. Verengter Gestaltungsspielraum	53
3. Gesetzesänderungen und WoGe Gala	54
4. Jubiläumsjahr der Bundesvereinigung	57
<b>XIV. Inklusion, Sportfeste, Prävention, Frühförderung</b>	
1. Inklusion im Brennpunkt	58
2. Sportler auf dem Weg zu den Paralympics	59
3. Wohnlösungen, „Berufung Musiker“, Frühförderung als Prävention	60
4. Offene Hilfen, Arbeitsprojekte, Sportfeste	61
<b>XV. Epilog</b>	
1. Schlussbemerkungen	63
2. Interview mit Vorsitzenden Dr. Thomas Jung	63

### 50 Jahre Lebenshilfe Fürth – ein Jubiläum, das uns mit Stolz erfüllt.

Ausgehend von einer kleinen Keimzelle, dem ersten Betreuen geistig behinderter Kinder in privaten Wohnungen und später in einer ersten Tagesstätte in der Fürther Friedrich-Ebert-Straße, hat sich die Lebenshilfe Fürth in den vergangenen fünf Jahrzehnten zu einem starken Partner an der Seite von Menschen mit Behinderungen entwickelt. Dank der engen Kooperation mit anderen Schulen, Vereinen oder Verbänden erleben Menschen mit Behinderungen heute Anerkennung und selbstverständliche Teilhabe in ganz unterschiedlichen Lebensbereichen – sei es im Sport, in der Musik, beim gemeinsamen Lernen oder im Freizeitbereich.

Doch auf dem Weg zur Inklusion, der uneingeschränkten Teilhabe, sind noch viele Schritte zu gehen. Es gilt achtsam zu sein, damit Bewährtes nicht verloren geht, immer wieder neue Möglichkeiten des Miteinanders zu finden und gerade auch Menschen mit schweren und schwersten Behinderungen den ihnen zustehenden Platz im Leben zu sichern. Mit ihrer Erfahrung, mit Herz und Kompetenz wird die Lebenshilfe auch weiterhin Menschen mit Behinderung zur Seite stehen und sich mit Nachdruck für ihre Rechte und Anliegen einsetzen.

Mein herzlicher Dank gilt unserem Stadtheimattpfleger Dr. Alexander Mayer, der aus Anlass unseres 50-jährigen Jubiläums die vorliegende Broschüre verfasst hat. Er widmet sich in seinen Ausführungen der Geschichte der Lebenshilfe Fürth und wirft Schlaglichter auf den Umgang mit dem Thema Behinderung in allen geschichtlichen Epochen. Seiner – unserer - Dokumentation, die die Geschichte der Lebenshilfe lebendig werden und bleiben lässt, wünsche ich viele interessierte Leserinnen und Leser.



A handwritten signature in black ink, consisting of stylized letters that appear to be 'TJ' followed by a flourish.

**Dr. Thomas Jung**

Oberbürgermeister der Stadt Fürth

1. Vorsitzender der Lebenshilfe Fürth e.V.

### Herzlich gratuliere ich der Lebenshilfe Fürth zu ihrem erfolgreichen Bestehen!

Sie, die 1962 den Lebenshilfe-Landesverband Bayern mitgegründet hat, ist eine unserer ältesten Lebenshilfen in Bayern und sie ist voller Leben und Pläne für die Zukunft – genau so, wie sie vor 50 Jahren begonnen hat. Ohne Zweifel vertraut ihre Arbeit auf Hände, die ineinander greifen: Menschen mit oder ohne Behinderung, aus betroffenen Familien oder Fachkreisen, im Ehrenamt oder Hauptamt, sie engagieren sich für eine Hilfe, auf die es ankommt.

Lebenshilfe ist beständig, wo sich Gutes bewährt. Sie ist beweglich, wo sich neues Gutes entfalten kann. Über allen Aufgaben und Herausforderungen steht das Leitbild, das uns die Gründer der Lebenshilfe mitgegeben haben: die unbedingte und unbehinderte Zugehörigkeit jedes Menschen in der Gesellschaft. Darin bestärkt uns die UN-Behindertenrechtskonvention, die seit 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Mit ihren Ideen der Inklusion fordert sie von der Behindertenpolitik eine Politik der Menschenrechte, die die Rahmenbedingungen für eine echte gleichberechtigte soziale Teilhabe jedes Einzelnen schafft. Um die Vielfalt der Hilfe muss es gehen. Für uns Lebenshilfe ist es bedeutsam, auch künftig eine Behindertenhilfe zu gestalten, die sowohl die Gemeinschaft von Menschen mit und ohne Behinderung ermöglicht als auch der speziellen individuellen Förderung Betroffener gerecht wird.

Die Lebenshilfe Fürth kann sich dabei auf langjährige gute Erfahrungen ihres integrativen Engagements stützen. Das beginnt bei den Kleinen in den Integrativen Kindergärten und setzt sich fort in den Kooperationen ihrer Clara-und-Dr.-Isaak-Hallemann-Schule mit anderen Schulen und Vereinen.

Ein ganz besonderes Projekt, das zwischen der Lebenshilfe und der Musikschule Fürth besteht, ist „Berufung Musiker“. Es ermöglicht Menschen mit Behinderung eine zweijährige musikalische Berufsausbildung in der Musikschule. Wir sehen diese Musiker, wir sehen die Tänzer der integrativen Gruppe in der Tanzschule Streng, wir sehen die Sportler des Landesleistungszentrums Leichtathletik, den die Lebenshilfe Fürth mit trägt. Sie alle zeigen der Öffentlichkeit: Menschen haben trotz einer Behinderung genauso Interessen, Wünsche, Fähigkeiten und Ehrgeiz wie andere auch. Diese „Aha“-Erlebnisse brauchen wir. Sie führen zu mehr Verständnis, Toleranz und Mitmenschlichkeit und ebnen den Weg zu einer barrierefreien „Gesellschaft für alle“.

Die Lebenshilfe Fürth kommt in ihrer Herzensangelegenheit, dem selbstverständlichen Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung, voran. Ich wünsche ihr noch viele Gleichgesinnte, die sie dabei begleiten, und ich wünsche ihr weiterhin erfolgreiches Gelingen einer wirksamen wertvollen Behinderten- und Familienhilfe!



*Barbara Stamm*

**Barbara Stamm**

Präsidentin des Bayerischen Landtags  
Vorsitzende des Lebenshilfe-Landesverbandes Bayern

### Liebe Mitglieder, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Freunde der Lebenshilfe Fürth!

Was 1961 mit dem Mut der Gründungseltern begann, war und ist von Beginn an eine Erfolgsgeschichte. Einer der „Motoren“ dieser Erfolgsgeschichte dieses Eltern-Selbsthilfe-Vereins war über Jahrzehnte hinweg Karl-Reinmann, der die Entwicklung des Vereins maßgeblich beeinflusste. Der integrative Karl-Reinmann-Kindergarten wurde nach ihm benannt. Neben den Dambacher Werkstätten bilden heute das Stammwohnheim in der Fronmüllerstraße und die Tagesstätten in den Förderzentren der Stadt Fürth ein breites Angebot an Hilfe für Menschen mit geistiger Behinderung.

Zum 50-jährigen Bestehen Ihrer Lebenshilfe gratuliere ich Ihnen im Namen des Bundesvorstands und besonders persönlich sehr herzlich. Sie haben allen Grund, mit Stolz und Freude auf die Entwicklung Ihrer Lebenshilfe zurückzublicken und den Geburtstag gebührend zu feiern.

Was mich schon bei meinem letzten Besuch bei Ihnen besonders beeindruckt hat: anders als in den Gründerjahren sind die Angebote der Lebenshilfe Fürth heute nicht mehr ausschließlich an geistig behinderte Menschen gerichtet. Sie können ebenso von Menschen, denen eine Behinderung droht, von entwicklungsverzögerten sowie sprach-, lern- und verhaltensauffälligen Kindern in Anspruch genommen werden.

Mit dem qualitativ hochwertigen Angebot des „Werk-Stadt-Laden“ in der Fürther Ludwig-Erhard-Straße und verschiedenen Freizeitaktivitäten verdeutlichen Sie darüber hinaus, dass Sie Wert legen auf Begegnungen von Menschen mit und ohne Behinderungen und fördern somit ganz wesentlich die Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft, in der für behinderte Menschen ein größeres Maß an Teilhabe erreicht werden kann.

Im gemeinsamen Bemühen und mit Blick auf Ihre erfolgreiche 50jährige Geschichte danke ich allen Mitgliedern der Lebenshilfe Fürth, allen Eltern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Freunden und Förderern von Herzen für ihren Einsatz. Ich wünsche Ihnen Kraft und Mut, verbunden mit der Bitte: Machen Sie weiter so!



A handwritten signature in black ink, which appears to read "Robert Antretter".

**Robert Antretter**

MdB a. D.

Vorsitzender der Bundesvereinigung Lebenshilfe

## 0. Einleitung

### Drei Momentaufnahmen:

- Vor einigen Jahren besuchte ich das Wohnheim der Lebenshilfe. Ich traf mich mit meinem Schulfreund Jürgen Brodka. Er hatte nach dem Abitur im Zivildienst bei der Lebenshilfe seine Berufung gefunden, war so nach kurzzeitigem Studium zurück zur Lebenshilfe gekommen und ist dort als Betreuer bis heute geblieben. Nun führte er mich durch das Wohnheim und zum Kaffeetisch seiner Betreuten, wo ich mich mit den Bewohnern des Wohnheims unterhielt. Sie fragten, was ich mache, was ich von Beruf sei. Ich antwortete: „Ich bin Philosoph“. Gegenfrage einer jungen Frau: „Was macht ein Philosoph?“ Meine Antwort: „Der denkt darüber nach, warum wir alle da sind“. Kommentar: „Das tue ich auch jeden Morgen.“

- Oktober 2010, Himalaya, Höhe über Meeresspiegel etwa 5000 Meter, die Luft wird dünn. Niemand lächelt, der mir beim Aufstieg zum Mt. Everest begegnet, die Strapazen stehen allen im Gesicht geschrieben. Zwischen den Geröllhalden kommt eine Gruppe in einem unglaublichen Marschtempo auf mich zu. Ein junger Mann mit Beinprothese strahlt mich an. Ich schaue verwundert hinterher und sehe den Aufdruck auf den Jacken der Mannschaft: Eine Behindertensportgruppe aus den USA war an mir „vorbeigeschossen“.

- Ende Mai 2011: Als eine der letzten Arbeiten an der vorliegenden Dokumentation lasse ich das Textprogramm „Behinderte“ suchen, um diesen Begriff gegen „behinderte Menschen“ auszutauschen, sofern es sich jeweils nicht um ein Zitat oder um eine historische Bezeichnung etc. handelt. Zunächst habe ich das Ansinnen von Werner Steinkirchner als etwas übertrieben empfunden, aber mit jeder Änderung und jedem Vergleich wird mir der Unterschied klar – Begriffe machen Bedeutungen, der „Behinderte“ ist keine eigene Spezies, er gehört zu uns, er ist ein Mensch mit Behinderung.

Zeitlich holt die vorliegende Dokumentation zunächst sehr weit aus, bis in die Tage der Neandertaler. Der Grund liegt darin, dass auch heute noch die ganz überwiegende Zahl der Zeitgenossen meint, in Urzeiten und in den frühen Hochkulturen hätte man behinderte Menschen umgebracht oder ausgesetzt. Dieses Klischee ist so nicht haltbar.

In den alten Chroniken finden sich einige wenige Anmerkungen am Rande zur Situation geistig behinderter Menschen in Fürth. Sofern die Familie oder die Fürsorge die Kosten übernahm, kamen in der Regel „Geisteskranke“ und teilweise Epileptiker in die Erlanger Pflegeanstalt, mit Behinderung geborene evangelische Kinder nach Neuendettelsau. Schwierig einzuschätzen ist die Zahl jener Menschen mit Behinderung, die bis zur Gründung der Lebenshilfe unter mehr oder weniger günstigen, nicht immer menschenwürdigen Umständen vor Ort blieben, es dürfte aber die Mehrzahl gewesen sein.

Die Zäsur des Nationalsozialismus muss auch im hier gegebenen Rahmen ein Teil der Darstellung sein. Nur vor diesem Hintergrund ist die Leistung der Lebenshilfe zur Schaffung einer besseren Welt für uns alle richtig zu ermessen.

Die Vereinigung „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ erkämpfte seit 1958 dem Bildungsanspruch geistig behinderter Menschen öffentliches Gehör und veranlasste

die Bundesländer seit 1960 zu Schulgründungen und zur schulrechtlichen Absicherungen der „Sonderschule für geistig Behinderte“. Sie ist damit die einzige Schulform, deren Entstehen fast ausschließlich Elterninitiativen zu verdanken ist. Betroffene gründeten die Lebenshilfe, deren Tätigkeit und Ziele direkt aus der Situation behinderter Menschen abgeleitet ist. Bedeutend ist weiterhin, dass die Konzeption der Lebenshilfe vom Normalfall einer gesellschaftlichen Aufteilung der Lebensbereiche ausgeht: Leben in der Familie - Betreuung und Erziehung in Tagesstätten und Schulen - Arbeiten in der Werkstätte. Nicht immer kann die Familie die Betreuung ihrer behinderten, mitunter pflegebedürftigen Angehörigen leisten, es wird immer die Heimunterbringung geben. Aber es ist ein großer Unterschied, von welchem Normalfall ein Betreuungskonzept ausgeht.

Gesetzesänderungen kamen oft genau im rechten Moment zur Hilfe, aber trotzdem ist das, was die Lebenshilfe Fürth e.V. in 50 Jahren geschaffen hat, nicht nur innerhalb unserer Stadt ein Glanzpunkt an gemeinnütziger Vereinsarbeit. Der Leser kann den Fürther Weg vom Betreuungsnachmittag in einer Privatwohnung zu einem Betreuungsnetzwerk in vielen speziellen Gebäuden und Räumlichkeiten nachvollziehen.

Die Veränderungen der Behindertenpädagogik lassen sich ebenso verfolgen. Thomas Peddinghaus, Referent eines Mitgliederforums in den Dambacher Werkstätten im Oktober 2010, fasste die Entwicklung so zusammen: „Von der Pflege und dem Beschützen hin zum Normalisierungsprinzip der 70er Jahre, von der proklamierten Selbstbestimmung in den 80er Jahren über Integration, Assistenz und Empowerment der 90er Jahre hin zum Inklusionsgedanken der Gegenwart“ (mit Assistenz ist hier eine selbstbestimmte Behindertenhilfe gemeint; Empowerment bezeichnet Strategien und Maßnahmen, die geeignet sind, den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung zu erhöhen; Inklusion wird im Kapitel XIV erklärt).

Nicht jeder konnte in der vorliegenden Darstellung genannt werden, manche Angaben zu einzelnen Einrichtungen waren lückenhaft, manche widersprüchlich. Die Lebenshilfe war zu sehr von ihrer Aufgabe in Anspruch genommen, als dass ihre Mitarbeiter eine umfassende Chronik hätten führen können. Aus chronistischen Gründen habe ich in der Regel Institutionen und Regelungen etc. auch dann in der Vergangenheitsform beschrieben, wenn sie heute noch existieren bzw. gelten - man muss auch an eventuelle Leser späterer Zeiten denken.

Unterstützung zur Abfassung dieser Arbeit erhielt ich von vielen Seiten, genannt seien vor allem Hannelore Schreiber von der Lebenshilfe, aber auch Matthias Honold vom Archiv der Diakonie Neuendettelsau sowie die Mitarbeiter des Stadtarchivs Fürth. Ohne die Berichterstattung der Fürther Nachrichten und vor allem des Mitgliederbriefes „Lebenshilfe Fürth aktuell“ hätte die Entwicklung der Lebenshilfe in Fürth nur sehr unvollständig nachgezeichnet werden können. Ihnen allen gilt mein Dank.

Fürth, im Mai 2011  
Dr. Alexander Mayer



# I. Behinderte Menschen vor Beginn der Behindertenpädagogik

## 1. Urgeschichtliche Zeit (45.000-20.000 v. Chr.)

Die Quellenlage erlaubt zwar einerseits eine nur sehr lückenhafte Beurteilung der generellen Verhältnisse, andererseits lassen sich doch einige überraschende Einzelergebnisse finden, die uns eine eher unerwartete Beurteilung dieser „primitiven“ Gesellschaften bieten. In einer Ausgrabung von ca. 45.000 Jahre alten Neandertalern im nordöstlichen Irak konnten die sterblichen Überreste eines etwa 35-40 Jahre alten Mannes gefunden werden, der durch eine solche Vielzahl von (an sich verheilten) Verletzungen schwer behindert gewesen sein muss und kaum noch einen nennenswerten Beitrag zur Sicherung seines Lebensunterhaltes oder dem seiner Gruppe leisten konnte - aber trotzdem war es ihm möglich gewesen, alle seine Verletzungen auszuheilen und danach noch viele Jahre weiterzuleben. Anscheinend wurde er von anderen Mitgliedern seiner Gruppe mitversorgt, obwohl sie davon rein materiell gesehen wahrscheinlich kaum einen Nutzen hatten. Die Fürsorge für kranke und behinderte Gruppenmitglieder lässt sich in vielen weiteren Funden in West- und Mitteleuropa belegen.

Von besonderem Interesse in unserem Zusammenhang ist ein Fund auf der Krim: Dort wurde von „primitiven“ Neandertalern ein etwa zweijähriges Kind pietätvoll bestattet, das mit großer Wahrscheinlichkeit geistig behindert war (aufgrund Hydrocephalus). Die Eltern und die Stammesgemeinschaft hatten es also keineswegs verstoßen. Parallelen zu diesen Befunden finden sich in räumlich weit entfernten Fundstätten nordöstlich von Moskau und in Westfrankreich (Dordogne). Verschiedene Funde deuten darauf hin, dass Menschen mit Behinderungen möglicherweise eine besondere Beachtung und Behandlung durch ihre Mitmenschen erfahren haben, da die Gräber vergleichsweise aufwendig gestaltet waren. Auf jeden Fall müssen behinderte Menschen genauso wie verletzte und kranke Kinder und Jugendliche eine echte Chance gehabt haben, zu überleben und das Erwachsenenalter zu erreichen. Dies war bei den die eiszeitlichen Lösssteppen und Tundren durchziehenden Mammutjägern nur möglich, wenn sie in ihren Gruppen die dafür notwendige Fürsorge und Pflege erhielten.

Es sind zwar keine verallgemeinerbaren Aussagen darüber möglich, wie behinderte Menschen in diesen frühen Gesellschaften in der Regel behandelt wurden. Man kann entsprechende Ergebnisse wie folgt zusammenfassen: „Mit der noch weitverbreiteten Klischeevorstellung, dass Schwache, Kranke und Behinderte unter den rauen, durch den täglichen schweren Kampf ums Überleben geprägten Sitten der urgeschichtlichen Menschen keine Überlebenschancen gehabt hätten, lassen sich die hier zusammengestellten Befunde aber sicher nicht vereinbaren.“

(Ludwig Reisch).

## 2. Die alten Hochkulturen und die Antike

Der Beginn der Weltgeschichte im engeren Sinne - also in überlieferter Form - wird in der Regel um 3000 vor Christus angesetzt. Im alten Orient wurden die Flusstäler des Nils sowie von Euphrat und Tigris urbar gemacht, schon von diesen ältesten Hochkulturen gibt es Belege und Hinweise

für den Umgang mit behinderten Menschen. Aus dem Alten Mesopotamien sind genügend schriftliche Quellen bekannt, um einen gewissen Einblick in den Umgang mit behinderten Menschen zu jener Zeit zu gewähren. Den alten Texten zufolge versuchten die staatlichen Stellen und die Tempel, leicht behinderte Menschen, Taube und Blinde zu beschäftigen. Sie wurden weitgehend in die Gesellschaft integriert und konnten anscheinend auch höhere Verwaltungsposten erreichen. Auch die individuellen Getreidezuteilungen deuten auf eine prinzipielle Gleichstellung hin. Belege zu schwerbehinderten und geistig behinderten Menschen fehlen jedoch. Die Mythologie dieser frühesten Hochkulturen thematisierte durchaus Behinderungen und weist beispielsweise Blinden den Beruf des Musikers und Lahmen jenen des Goldschmieds zu. Die Behinderung selbst wurde dabei nicht als Strafe, sondern als Laune der Götter interpretiert. Etwa im 12. oder 11. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung - also vor über 3000 Jahren - entstanden die sogenannten Weisheitslehren von Amenemope. Sie waren eine Grundlage der altägyptischen Ethik, Bestandplan des Lehrplans an den Schulen und enthalten folgende Zeilen:

**–“Lache nicht über einen Blinden  
und verspötte nicht einen Zwerger!  
Erschwere nicht das Befinden eines Gelähmten.  
Verspötte nicht einen Mann, der in der Hand Gottes  
[geistig behindert] ist...“**

Diese pädagogischen Texte lassen vermuten, dass behinderte Menschen sehr wohl mit Spott rechnen mussten (vor dem in manchen altägyptischen Perioden allerdings auch sonst fast nichts sicher war), dieses Verhalten aber von den moralischen Autoritäten nicht gutgeheißen wurde. Die Ursache für diese Behinderungen entziehen sich nach Meinung Amenemopes menschlicher Einsicht und Erkenntnisfähigkeit, da sie allein dem Willen Gottes entspringe. Ein Urteil in Form einer Verhöhnung stehe daher dem Menschen nicht zu.

Nach altägyptischer Vorstellung würden Behinderungen mit dem Tod wieder vom Menschen genommen, der Mangelzustand sei also nur ein sehr kurzzeitiger, da das irdische Leben lediglich eine „Stunde“ im Vergleich zur eine Ewigkeit dauernden

jenseitigen Existenz darstelle.



Auf dieser 3500 Jahre alten Stele wird ein vermutlich an den Folgen von Kinderlähmung leidender Türhüter der Göttin Astarte dargestellt, wie er mit Frau und Sohn der Göttin Ischtar Opfer darbringt. Die Votivgabe war wohl vom Türhüter namens Rama selbst in Auftrag gegeben worden. Er sah anscheinend keinen Anlass, die Behinderung zu beschönigen. (Repro A. Mayer).

Eine Gesamtbewertung der Situation behinderter Menschen in Ägypten ist aber - wie auch in den vorhergehenden Abschnitten - von dem Mangel behaftet, dass die Quellen angesichts der zur Diskussion stehenden großen Zeiträume spärlich sind. Die meisten Hinweise kommen aus dem königlichen Umfeld und sind von daher nicht repräsentativ. Auf der anderen Seite kann auch für die altägyptische Zeit das generelle Klischee widerlegt werden, dass in frühen Kulturen behinderte Menschen keine Chance und keinen Platz hatten. Im heute noch bewunderten antiken Griechenland waren weder die breite Bevölkerung noch die Philosophen und Wissenschaftler (Ausnahmen: Sophokles und Hippokrates) behinderten Menschen wohl gesonnen.

Die bedrückendste Reaktion nichtbehinderter auf behinderte Menschen ist wohl die Aussetzung Neugeborener. Sie war zwar nicht begrenzt auf die griechische Gesellschaft, ursächlich auch nicht auf Behinderungen begrenzt und - abgesehen von Sparta - nicht gesetzlich geregelt. Dennoch haben humanistisch gebildete Menschen im 20. Jahrhundert die antik-griechische Neugeborenenaussetzung bemüht, um die nationalsozialistische „Euthanasie“ zu rechtfertigen. Selbst nach 1945 konnte ein Hauptverantwortlicher der NS-„Euthanasie“ mit solchen Argumenten ein westdeutsches Gericht zur Einstellung des Verfahrens veranlassen. Dabei wurde aber neben den schon genannten Unterschieden geflissentlich übersehen, dass sich die antik-griechische Kindesaussetzung auf körperlich behinderte und nicht auf geistig behinderte Menschen bezog, die Hauptzielgruppe der NS-„Euthanasie“ waren.

Ämter und Würden waren behinderten Menschen im antiken Griechenland in der Regel verwehrt, dennoch sind ein Priester und mehrere Könige bekannt, die schon bei Amts- und Herrschaftsantritt behindert waren, wenn auch im Falle geistiger Behinderung unter Vormundschaft und Regentschaft standen. Gravierende Stigmatisierungen von behinderten Menschen waren durchaus üblich, ein Beispiel war die kultische Einrichtung des Sündenbocks, der bei bestimmten Anlässen zur Reinigung der Gemeinde unter Prügeln vertrieben wurde. Hierzu wurden missgestaltete und behinderte Menschen hergenommen. Diese Vertreibung galt in allem Ernst und für immer. Behinderte Menschen wurden bei Feiern reicher Bürger zur allgemeinen Belustigung missbraucht. Etwas Licht in das düstere Bild bringt Hippokrates, indem er in einer ihm oder seinem engsten Umkreis zugeschriebenen Schrift „Über die heilige Krankheit“ die Epilepsie entdämonisiert. Die Schrift wandte sich gegen die Stigmatisierung in erster Linie von Epileptikern, aber auch gegen eine solche von kranken und behinderten Menschen: Behinderungen seien nicht Folge von oder Zeichen für Schuld, kein dämonisches Brandmal, ihre Ursachen lägen in der Anatomie und in den Funktionen des menschlichen Körpers.

Im Allgemeinen muss für die antike griechische Gesellschaft jedoch festgestellt werden, dass Erkenntnis und Moral ihrer Aufklärer wohl kaum die Mehrheit erreichte. Die Griechen schätzten im damaligen kulturellen Kontext Wohlgestalt, verabscheuten Missbildungen und Behinderungen.

Im Römischen Reich dagegen – was verwundern mag – fehlten Anzeichen für eine auf gebrechliche und behinderte Menschen konzentrierte gesellschaftliche Diskriminierung. Gebrechen wurde mit relativer Toleranz begegnet, was auch dem griechischen Philosophen Plutarch positiv auffiel. Behinderte Neugeborene und Kinder konnten in Rom vom Vater getötet oder ausgesetzt werden. Das römische Zivilrecht machte hier allerdings Einschränkungen, das Tötungsrecht gilt ab dem 4. nachchristlichen Jahrhundert als erloschen. Behinderte Sklaven wurden nicht selten zum Amüsement am Kaiserhof wie auch in Privathäusern „gehalten“.

Plutarch schrieb über die Beinamensgebung der Römer: Die Römer führten „... die schöne Gewohnheit ein, Blindheit und andere körperliche Gebrechen sich nicht zur Schande oder zum Vorwurf zu rechnen, sondern sie wie eigene Namen zu gebrauchen.“ Alfons Rösger, ein Spezialist für Alte Geschichte, schrieb in diesem Zusammenhang: „Uneigennützigter Einsatz für Wohl und Gedeihen des Staates, der *res publica*, war vornehmste Pflicht eines Römers. Erfüllung dieser Pflicht erfuhr offenbar besondere Anerkennung, wenn sie gegen Hindernisse und Widerstände geschah.“

Spätantiken Quellen lässt sich sogar entnehmen, dass behinderte Menschen sich nicht selbst überlassen wurden, sondern mit öffentlicher Fürsorge rechnen konnten, wenngleich nicht ganz klar ist, ob dies allgemeine Regel war. Von Kaiser Hadrian ist überliefert, dass er den geisteskranken Urheber eines Attentates auf seine Person ganz selbstverständlich den Ärzten zur Behandlung übergab.

Es gab jedoch in der Spätantike auch Herrscher und reiche Bürger, die sich sowohl geschmacklose wie auch grausame „Scherze“ und Vorführungen mit behinderten Menschen erlaubten, sich mit diesen Entgleisungen aber nie auf behinderte Menschen beschränkten. Zeitweise war es in der Spätantike „modern“, sich mit behinderten Sklaven zu zeigen, so gab es in der Zeit von Plutarch (ca. 46 bis 120 n. Chr.) sogar einen gesonderten Sklavenmarkt für derartige Bedürfnisse.

In Konstantinopel soll es schon 330 n. Chr. ein Heim für körperbehinderte Kinder gegeben haben.

### 3. Mittelalter und frühe Neuzeit

Sowohl aus rechtlicher, medizinischer und religiöser Sicht waren Behinderung und Krankheit eine Minderung des Wertes einer Person, die dieser selbst zur Last gelegt wurde. Der mittelalterlichen Mentalität war es völlig fremd, einen behinderten Menschen ungeachtet seiner Behinderung als vollwertig zu akzeptieren.

Einer der ganz seltenen Ausnahmefälle war der Gelehrte und Mönch Hermann von Reichenau (1013-1054), auch Hermannus Contractus genannt, der unter einer umfassenden spastischen Lähmung litt, sich aber nach der üblichen klösterlichen Bildung zu einem herausragenden Kenner von Geschichte, Musik, Mathematik und Astronomie entwickelte: Eventuell geht auf ihn die Einteilung der Stunde in Minuten zurück, die er wohl für astronomische Beobachtungen entwickelte. Seine in lateinischer Sprache

verfasste Weltchronik **Chronicon** ist eine Hauptquelle für die Geschichte des mittleren 11. Jahrhunderts. Hermann von Reichenau galt als der Universalgelehrte seiner Zeit.



Behinderte und kranke Menschen konnten im Mittelalter nur auf Almosen hoffen, hier eine Darstellung von 1375: Ein Aussätziger mit einer Glocke, ein Stummer und ein Blinder. Repro: A. Mayer.

Zeugnisse aus der Literatur und Malerei weisen jedoch im Allgemeinen auf die untersten gesellschaftlichen Positionen behinderter Menschen hin, da sie vom Wohlwollen übergeordneter Stände abhängig waren. Als Almosenempfänger konnten sie den herrschenden Ständen immerhin geistliche Verdienste beschern. In Not- und Krisenzeiten wurden sie jedoch als lästige Wegelagerer verjagt. Nur Ordensgemeinschaften nahmen sich in kontinuierlicher Fürsorge behinderter und kranker Menschen an.

Im Mittelalter riefen Behinderungen in der Regel nicht Zuneigung und Fürsorge hervor, sondern führten in erster Linie zu rechtlichen Nachteilen. Vielmehr noch: Menschen, die nicht der Vorstellung vom menschlichen Ebenbild Gottes entsprachen oder deren Gebrechen auf eine Verwandtschaft mit dem hinkenden Satan schließen ließen, waren verdächtig, vom Teufel besessen zu sein.

Die Überzeugung, ein neugeborenes Kind, das nicht den damaligen Vorstellungen von Normalität entsprach, sei ein ausgewechseltes, von satanischen Mächten untergeschobenes Kind, ein „Wechselbalg“, schmälerte die Überlebenschancen behinderter Kinder. Um satanische Mächte zur Rückgabe des Kindes zu bewegen, wurde geraten, den „Wechselbalg“ mit „geweihten Ruten“ bis auf das Blut zu schlagen, ihm die Nahrung zu entziehen, auszusetzen oder zu töten.

Luther empfahl, man solle „Wechselbälge“ und „Kielkröpfe“ ersäufen, da ein solches Kind lediglich ein vom Satan in die Wiege gelegtes Stück seelenloses Fleisch („massa carnis“) war. Die teuflische Besessenheit erwachsener behinderter Menschen wurde auch im Rahmen von Hexenprozessen durch die damals üblichen Folterungen „bewiesen“ und dann durch - teilweise äußerst grausame - exorzistische Behandlungsmethoden oder durch Verbrennen geahndet. Meist vertrieb die Obrigkeit „Irre“ und behinderte Menschen aus den Städten und Dörfern. Sie beauftragten Fuhrleute oder Binnenschiffer, diese an irgendeinem Ort auszusetzen. Im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit ging man vermehrt dazu über, betroffene Menschen im besten Falle in Spitäler einzuweisen, eher aber

in Gefängnisse, Narren- und Tollhäuser („Narrentürme“) einzusperren.

Die mittelalterlichen Vorstellungen speisten sich aus germanisch-vorchristlichen, antik-heidnischen und christlich-jüdischen Auffassungen. Die antik-heidnischen Quellen legten nahe, dass aus dem Zustand des Körpers ein Schluss auf den Charakter der Seele möglich sei. Unfälle und Krankheiten ungeklärter Ursache wurden aus dieser Linie als Gottesurteile begriffen.

Schwerpunkte der ganz frühen „Schwachsinnforschung“ waren die Alpenländer. Nach Paracelsus (1490-1541) beschäftigen sich vom 16. bis zum 18. Jahrhundert vereinzelt Ärzte mit der Erforschung des Schwachsinn. Die Ursachen wurden in seelisch-geistigen Verfehlungen oder aber in körperlichen Erkrankungen gesehen. „Idioten“ wurde noch bis zum 19. Jahrhundert jegliches Seelenleben abgesprochen und insofern von sonstigen Geisteskranken abgegrenzt.

Die erste Anstalt für behinderte Menschen entstand lange vor allen anderen: 1533 bis 1542 gründete Landgraf Philipp I. (1504 – 1567) aus dem Haus Hessen, genannt der Großmütige, in drei säkularisierten Klöstern und einer Pfarrei die „Hohen Hospitäl für Alte, Arme, Gebrechliche, Körperbehinderte und Geistesranke“: Das Kloster Haina und das Philippphospital Riedstadt sind heute noch Zentren für Soziale Psychiatrie, das Kloster Merxhausen wird ebenfalls noch in der Gegenwart als psychiatrisches Krankenhaus genutzt. Philipp I. war einer der bedeutendsten Landesfürsten im Zeitalter der Reformation und der Renaissance, in der sich das Menschenbild wesentlich änderte.

#### 4. Auswirkungen der ideengeschichtlichen Entwicklung

In der Renaissance änderte der Humanismus die pädagogische Einstellung der mittelalterlichen Scholastik. Erziehung und Unterricht wurden nun als Kunst gesehen, die dem Kinde entsprechen müsse. Die Reformation stellte jedoch die Arbeit als menschliche Berufung und



Aufklärung und Reformation ändern die Stellung der Gesellschaft zu behinderten Menschen. Einerseits wurden sie entdämonisiert, andererseits sollen nun auch sie einen Beitrag zur Volkswirtschaft leisten: „So jemand nicht will arbeiten, der soll auch nicht essen“. Im Bild die Maschinenstrickerei des Annastifts in Hannover. (Repro: A. Mayer)

Bewährung in den Mittelpunkt, was sich mit der humanistischen Auffassung der Selbstverwirklichung im Leben in gewisser Hinsicht widersprach und unterschiedliche Einschätzungen von behinderten Menschen zur Folge hatte. Die Prädestinationslehre betonte die Bewertung diesseitigen Daseins als Bewährungszeit, demzufolge wurden zunehmend behinderte Menschen in Anstalten verwahrt, in denen sie zur Arbeit angewiesen wurden.

Der Aufklärung mit ihrer Forderung nach klarem und richtigem Denken und ihrer optimistischen Grundtendenz verdankte die Behindertenpädagogik ihren Beginn, die bisherige Bettelpraxis von behinderten Menschen wurde als menschenunwürdig erkannt. Die Neuzeit und die Aufklärung brachten so einerseits Verbesserungen in der Lage behinderter Menschen, da Behinderung entdämonisiert wurde. Andererseits formte sich innerhalb dieses Ideengebäudes eine idealtypische Normalität, der behinderte Menschen nicht entsprechen können. Von daher wird die Position der vom Normalen abweichenden Menschen im heutigen weltanschaulichen System immer gefährdet bleiben. Starke Interessengruppen für behinderte Menschen sind deswegen eine unverzichtbare Notwendigkeit.

## 5. Anfänge der Behindertenpädagogik

Versuche zur Behandlung von geistig behinderten Menschen erfolgten deutlich später wie jene von Blinden und Taubstummen. Der Mangel an sprachlicher Verständigung der Taubstummen und vieler geistig behinderter Menschen führte zum Urteil, dass sie unfähig zur Teilhabe am gesell-

schaftlichen Leben seien. Beide Behindertengruppen wurden zunächst als gewissermaßen zusammengehörig betrachtet. Bei den ersten Institutsgründungen für Taubstumme fanden auch Schüler Aufnahme, die als „schwachsinnig“, „idiotisch“, „krüppelhaft“ oder „psychopathisch“ charakterisiert wurden. Die Einbeziehung und die Entwicklung von Behandlungsmethoden durch verschiedene Taubstummenlehrer sowie eine erste einschlägige Veröffentlichung im Jahre 1820 („Betrachtungen über Geistesschwache Kinder“ von T. Weise in Zeitz) führte zu einer stärkeren Beachtung Schwachsinniger. 1829 forderte der Blindenlehrer W. Harnisch eigene Schulen unter staatlicher Aufsicht für geistesschwache Schülergruppen. Bereits 1803 gab es anscheinend schon Nachhilfeklassen an der Armenfreischule in Zeitz.

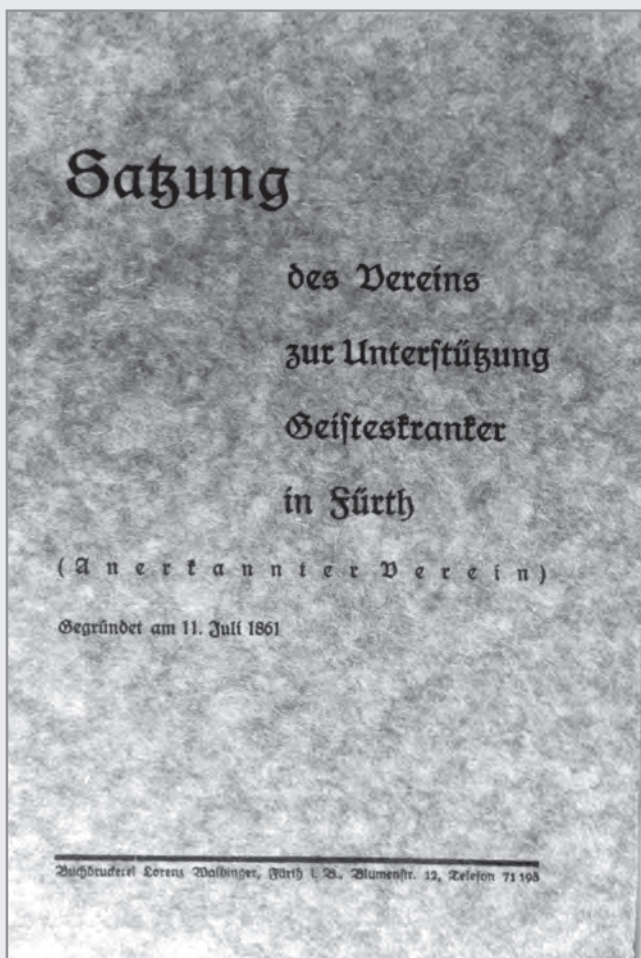
Die erste private Anstalt für Geistesschwache gründete der Taubstummenlehrer K. F. Kern 1847 in Leipzig, ihr ging 1845 in Berlin schon die „Heil- und Bildungsanstalt für Blödsinnige“ voraus. Nun folgten in rascher Abfolge weitere Anstaltsgründungen, so auch 1854 in Ansbach oder beispielsweise 1872 die Epileptikeranstalt in Bethel bei Bielefeld.

Um 1850 verdeutlichten erste statistische Erhebungen ein unbeschreibliches Ausmaß des Elends von „Schwachsinnigen“ in jener Zeit. Ein Grund lag in der damals in Auflösung befindlichen (bäuerlichen) Großfamilie sowie in der Verstädterung und Industrialisierung. Die Anstaltsgründungen waren somit auch Antworten auf die mit dem rasanten gesellschaftlichen Wandel einhergehenden sozialen Notlagen. Zwischen 1850 und 1902 entstanden 101 Anstalten mit etwa 20.500 „Zöglingen“.



Geistig behinderte Kinder in Bruckberg (Neuendettelsauer Diakonie) um 1919. (Repro A. Mayer, Original im Archiv der Diakonie Neuendettelsau).

Zusätzlich konnten zum Beginn des 20. Jahrhunderts 304 Hilfsschuleinrichtungen mit 921 Klassen verzeichnet werden, in denen etwa 20.150 „schwachsinnige“ Kinder unterrichtet wurden. Es erschienen auch einige einschlägige medizinische und pädagogische Periodika. 1865 gründete sich die „Gesellschaft zur Förderung der Schwach- und Blödsinnigenbildung“ in Hannover, 1874 erfolgte in Berlin die erste „Konferenz der Idiotenheilpflege“ in dreijährigem Turnus, die sich 1898 in „Konferenz für das Idioten- und Hilfsschulwesen“ umbenannte und seit 1907 „Verein für Erziehung, Unterricht und Pflege Geistesschwacher“ hieß. Um die Jahrhundertwende verstärkte sich die Diskussion über die alternative Anstalts- oder Hilfsschulerziehung der Schwachsinnigen. Vor allem für Kinder aus armen Familien blieben die hohen Kosten der Anstaltserziehung unerschwinglich.



Der Verein zur Unterstützung Geisteskranker in Fürth wurde schon im Jahre 1861 gegründet (im Bild die Satzung), leistete aber nur eine Art Zusatzkrankenversicherung. (Repro A. Mayer, Original der Satzung im Stadtarchiv Fürth).

## 6. Geistig behinderte Menschen in Fürth vor 1914

Das erste Datum, das sich für Fürth nachweisen lässt, bezieht sich auf Geisteskranke, was überrascht, denn in der allgemeinen Entwicklung kam den Geisteskranken erst mit einem zeitlichen Verzug zu anderen Behindertengruppen fürsorgliche Aufmerksamkeit

zu. Am 11. Juli 1864 gründete sich in Fürth der „Verein zur Unterstützung Geisteskranker“. Der Verein übernahm die Verpflegungskosten von Mitgliedern und deren Kindern in staatlichen Heil- und Pflegeanstalten, war also eher eine Art Zusatzkrankenversicherung. 1888 waren 22 Personen aus Fürth auf Kosten der Armenpflege in der „Kreisirrenanstalt Erlangen“ untergebracht, auf Kosten des Vereins 14 Personen, auf Privatkosten ebenfalls 14. 1914 hatte der Verein immerhin 4.370 Mitglieder, kam dabei aber nur für 17 kranke und behinderte Menschen auf. Für 1903 findet sich eine Notiz, der zufolge in der „Kreisirrenanstalt Erlangen“ auf Kosten der Armenpflege 39 Geisteskranke untergebracht waren, die Ausgaben betrugen 15.466 Mark. „Epileptiker, Blöde etc.“ waren in Neuendettelsau untergebracht (16 Personen), die Kosten lagen bei 3.710 Mark.

Seit dem 1. Mai 1900 bestand in Fürth eine Hilfsschule (d.h. eine oder mehrere Klassen), seit Oktober 1915 ein Kindergarten für körperlich und geistig Zurückgebliebene, der im April 1924 jedoch wieder aufgelassen wurde.

Abgesehen von dem Verein lässt sich in Fürth vor dem Ersten Weltkrieg - und im übrigen bis zur Gründung der Lebenshilfe 1961 - nur eine gesonderte Institution für geistig behinderte Menschen im engeren Sinne nachweisen: Am 11. Dezember 1913 erging vom überaus verdienstvollen Stadtschulrat Dr. Bernhard Bauer eine Stiftung über 25.000 Mark - damals eine ganz erhebliche Summe - zugunsten geistig behinderter Kinder aus Fürth. Die Stiftung war dem Andenken an seine verstorbene geistig behinderte Tochter gewidmet, so berichtet die Fürther Stadtchronik: „Schwere Heimsuchung hat die Familie des erst in Pension getretenen Schulrats Dr. Bauer betroffen. Ihr Schmerzenskind Frieda, das aber um deswillen mit um so größerer Liebe und Aufopferung gehegt und gepflegt wurde, ist nach mehrwöchigem Leiden aus dem Leben abgerufen worden.“ Der Schulrat starb wenig später, wobei der frühe Tod im Alter von 56 Jahren auf die persönlichen Umstände zurückgeführt wurde: Dr. Bauer hatte sich zeitlebens für die Kinder der Stadt engagiert, die Behinderung der Tochter setzte ihm seelisch so zu, dass er früh pensioniert wurde, deren Tod raubte ihm dann den letzten Lebenswillen. Als seine Frau Marie Bauer 1942 verstarb, wollte sie weitere 12.000 Reichsmark der Stiftung zugehen lassen, allerdings unter der Bedingung, dass im Stiftungskuratorium ein evangelischer Pfarrer aufgenommen werde und vor allem protestantische Kinder bedacht würden. Dies lehnten die nationalsozialistischen Machthaber jedoch ab, so dass auch die Summe nicht angenommen wurde. Die Stiftung wurde nach dem Währungsschnitt im Jahre 1949 „wegen Unmöglichkeit der Erfüllung des Stiftungszwecks“ aufgehoben.

Vor 1914 gab es im Fürther Krankenhaus „Irrenzellen“, die ab 1914 nur noch vorübergehend belegt wurden. Da eine Überwachung (von Betreuung war keine Rede) nicht geleistet werden konnte, machte der Krankenhauspfleger 1917 den Vorschlag, die Irrenzellen nicht mehr zu benutzen und die Fürther Geisteskranken sofort in die Heil- und Pflegeanstalt Erlangen zu verbringen. Dem wurde wohl entsprochen, jedenfalls lassen sich keine Vermerke mehr auffinden.

## II. Das Beispiel der Neuendettelsauer Anstalten

### 1. Wilhelm Löhe und die Diakonie Neuendettelsau

Wilhelm Löhe, dessen Name außerhalb Frankens kaum bekannt ist, wurde am 21. Februar 1808 in Fürth geboren und gründete am 27. Februar 1854 den „Lutherischen Verein für weibliche Diakonie in Bayern“. Das diakonische Werk wurde einerseits als Ausfluss und Frucht des lebendigen Glaubens gesehen, andererseits sollte der christliche Liebesdienst den Glauben neu beleben. In den Vereinsstatuten hieß es, der Verein bestehe aus einer Muttergesellschaft und aus Hilfsvereinen, welche sich „der Muttergesellschaft zur Förderung ihrer Zwecke organisch angeschlossen haben“. Unverheiratete Frauen sollten zum „Dienst an der leidenden Menschheit“ ausgebildet werden. Organisatorisch war nicht vorgesehen, Neuendettelsau zum bleibenden Sitz zu machen, hier sollte nur ein Anfang gemacht werden.

Tatsächlich kam es im Folgenden zur Gründung von Zweigvereinen in anderen Städten und Gemeinden (in Fürth am 17. Mai 1861), aber diese Zweigvereine entfalteten ein so geringes Leben, dass man ihre Auflösung erwog. Neuendettelsau wurde - entgegen der ursprünglichen Planung - zum Mittelpunkt; anstelle der weitgestreuten Vereinstätigkeit trat das Konzept der Mutterhausdiakonie.



Heimbewohner in Bruckberg (Diakonie Neuendettelsau) beim Ausüben des Schusterhandwerks. (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

Obwohl nicht einmal zehn Prozent des notwendigen Kapitals vorhanden waren, beschloss Löhe den Bau eines Mutterhauses, die Diakonissenanstalt war zunächst auf engstem Raum in einem Gasthaus untergebracht. Wiederholt gingen Löhe in den ersten Jahren - wie er später selbst schrieb - aus finanziellen Gründen „die Wasser der Sorge bis an den Hals“.

Am 15. Oktober 1854 wurde das Diakonissen-Mutterhaus eingeweiht. Noch vor diesem Zeitpunkt war Löhe durch den Vater eines geistig behinderten Kindes auf die Lage behinderter Menschen aufmerksam geworden, das Kind wurde am 1. Mai 1854 in die vorläufige Bleibe des neuen Vereins aufgenommen, dem heute noch existierenden Gasthaus „Zur Sonne“. Löhe selbst sprach von einem Zufall, später von einer Fügung Gottes, die die Hinwendung zur Fürsorge für geistig behinderte Menschen bestimmte. So war schon bei der wenige Tage später stattfindenden Eröffnungsfeier der Muttergesellschaft (9. Mai 1854) die Behindertenarbeit des Werkes gegenwärtig.

Ohne besondere Kenntnisse des Aufgabengebietes machte Wilhelm Löhe die Behindertenarbeit zum wesentlichen Tätigkeitsfeld seiner Diakonissenanstalt. Dabei war diese Richtungsentscheidung mit großen Risiken behaftet, da Anstalten für behinderte Menschen zu jener Zeit in Deutschland noch keine bewährten Einrichtungen waren. Obwohl eine dezentrale Tätigkeit der in Neuendettelsau ausgebildeten Diakonissen vorgesehen war, konzentrierte sich der Wirkungskreis vor allem auf Neuendettelsau, der Boden für die Entwicklung einer Großanstalt für geistig behinderte Menschen war bereitet.

Der Schritt zur Mutterhausdiakonie war bei allen sich hieraus entwickelnden Verbesserungen für deren Schicksal in gewisser Weise auch ein Schritt zur Desintegration: Indem die Diakonie nicht mehr identisch mit den Ortsgemeinden war, kam es zu der trennenden Zuordnung der behinderten Menschen zur Diakonie und der nichtbehinderten zur Ortsgemeinde.

Löhes Konzept beinhaltete ursprünglich eine Hilfe für Bedürftige in der jeweiligen Gemeinde durch in Neuendettelsau ausgebildete Diakonissen („Hilfe aus der Gemeinde für die Gemeinde“). Aus pragmatischen Gründen, die anscheinend vor allem im Bedürfnis der Diakonissen nach einer gemeinsamen Heimstatt lag, verlief der Weg jedoch in Richtung Anstalt.

Neuendettelsau gehörte zu den frühesten Gründungen im Bereich der Behindertenarbeit. Staatliche Initiativen gab es kaum, sie verringerten sich nach den kirchlichen Gründungen weiter. Im protestantischen Bayern gab es zu jener Zeit keinerlei entsprechende Initiativen, deswegen stieß Löhe in eine ungeahnte „Bedarflücke“. Löhe zog die Konsequenz, diesen Dienst zu einer vordringlichen Aufgabe für die Diakonie zu machen.

Im Oktober 1854 hatte man schon sieben Pfleglinge zu versorgen. 1855 wurden zwei Bauernhäuser in der Nähe der Dorfkirche gekauft und für behinderte Menschen eingerichtet, am 14. November 1855 zog die „Anstalt für Blöde und Schwachsinnige“ dort ein, die Zahl der Pfleglinge war auf 17 angewachsen. Die Anstalt stieß zunehmend auf das Problem der Finanzierung, die meisten Pfleglinge kamen aus armen Verhältnissen und konnten die Pflegekosten nicht beibringen, nur der selbstlose Einsatz der Diakonissen hielt die Einrichtung am Leben.



Werkstätte für behinderte Menschen in Bruckberg (Neuendettelsauer Diakonie) um 1925. (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

Die Neuendettelsauer „Blödenanstalt“ blieb der einzige Zweig der Diakonissenarbeit, für den (seit 1863) eine Kirchenkollekte erbeten wurde, 1864 entstand ein Neubau für die „Blödenanstalt“.

1865 betreuten 14 Diakonissen 54 behinderte Menschen. Nach dem Kauf des Schlosses Pölsingen 1866 führte man eine Geschlechtertrennung durch, Pölsingen wurde mit Männern belegt, die Frauen blieben in Neuendettelsau. 1892 weihte ein Nachfolger Löhes die dritte Neuendettelsauer Behinderteneinrichtung in Bruckberg ein, die Zahl der Pfleglinge vergrößerte sich von 293 im Jahre 1890 auf 581 im Jahre 1895 und 817 im Jahre 1909, bis zum Jahr 1918 wurde der 1000. Pflegling aufgenommen.

## 2. Die Anstalt als Konzept

In Neuendettelsau strebte man keine gesellschaftliche Reintegration der behinderten Menschen an, Ziel war eine lebenslange Unterbringung in der Anstalt, weil sie nach damaliger Ansicht nur dort angemessen gefördert werden könnten. Behinderte Menschen wurden in Neuendettelsau als bildungsfähig betrachtet, was außerhalb der Anstalt keinesfalls selbstverständlich war. Die logische Folgerung aus dieser Einsicht war der Auf- und Ausbau des differenzierten Anstaltschulwesens.



Neuendettelsauer Pflegeanstalt um 1927 (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

Ende des 19. Jahrhunderts neigte man der Meinung zu, dass sich geistig behinderte Menschen erst durch die Angebote eines Anstaltslebens positiv entwickeln könnten: „Solche Kinder verkommen draußen in der Welt und in den Familien“. Löhes selbst meinte, dass das Dasein behinderter Menschen ohne angemessene Förderung und

ohne geeigneten Lebensrahmen zur Lebensuntüchtigkeit und zur Isolation führe, dass dagegen eine Einrichtung, die für die behinderten Menschen konzipiert war und auf deren Bedürfnisse und Defizite eingehen konnte, neue und wertvolle Lebensmöglichkeiten eröffne. Die Anstalt konnte dem Menschen mit einem eingeschränkten geistigen Horizont eine für ihn überschaubare „Welt in der Welt“ bieten. In der Anstalt ergaben sich Einsatz- und Entfaltungsmöglichkeiten, die „draußen“ undenkbar waren. Von den einfachsten Handgriffen bis zu komplexeren Aufgaben in Werkstätten und Versorgungsbereichen stand ein vielfältiges Arbeits- und Beschäftigungsprogramm offen. Ein seinerzeit beispielhaftes „Behinderten-Schulwesen“ bot Bildungs- und Erziehungsmöglichkeiten, wie sie in den herkömmlichen Lebensbereichen nicht vorhanden waren. Neuendettelsau wich von unserem heutigen Verständnis insofern ab, als die Diakonissen in einer Art Lebensgemeinschaft mit den ihnen anvertrauten behinderten Menschen lebten. Die Diakonisse war wie eine Mutter fast ständig auf ihrer Station, ein Schichtwechsel, der völlig neue Gesichter hereinbrachte, fand nicht statt. Die jeweilige Gruppe bzw. Station war für die Diakonissen nicht nur Arbeitsplatz, sondern auch eigener Lebensbereich; oft schliefen die Diakonissen bei ihrer Gruppe oder lebten nur wenig entfernt in einem Schwesternheim.

Heute werden mit dem Begriff „Anstalt“ negative Assoziationen verbunden. Als Preis für die Förderungs- und Lebensmöglichkeiten und ein Zuhause, in dem sich der behinderte Mensch in der Regel sein Leben lang geborgen wissen durfte, werden genannt: anonyme Aufbewahrung, Entpersönlichung des Einzelnen, Einbindung in einen geregelten oder gar genormten Lebensvollzug, Unterbindung von Individualität und Selbstverwirklichung, Abtrennung von der freien Gemeinschaft des Dorfes oder der Stadt.

Behinderte Menschen waren weitgehend isoliert von der Umwelt, Verbindungslinien über die Anstaltsgrenzen konnten kaum gezogen werden. Schon 1860 führte die Leitung eine

Anstaltskleidung ein, die geringe Verbindung nach „draußen“ ließ eine Sonderbekleidung offenbar unproblematisch erscheinen. Löhes selbst bezeichnete die „Blödenanstalt“ in Neuendettelsau als „schöne Insel“, was die Abgrenzung zum Dorf Neuendettelsau sinnbildlich kennzeichnete. Diese Abwendung von der Welt hing nicht nur mit den behinderten Menschen, sondern im Wesentlichen mit der Lebensform der Diakonissen zusammen. Dem interaktiven

Miteinander und der Lebensgemeinschaft von Diakonissen und behinderten Menschen stand die Desintegration in der Umwelt und der Gemeinde gegenüber.

Die Geschichte der „Anstalt“ als Institution ist lang und weitgefächert. Der Anspruch zu behüten, Schutz vor der feindlichen Außenwelt zu bieten, steht der Gefahr des Einbeziehungsweise Ausgrenzens gegenüber.

Die Anstalt bot häusliche Geborgenheit und ein im weitesten Sinne auf dem Familienleben fußendes anstaltliches Zusammengehörigkeitsgefühl, auf der anderen Seite war sie eine Zwangsgemeinschaft mit autoritären Strukturen. Das Konzept der Anstalt des 19. Jahrhunderts definierte die Insassen als unmündig in allen Lebensäußerungen, sie leitete daraus die Verpflichtung ab, alle Lebensbereiche zu kontrollieren. Auch heute noch bedeutet die Anstalt oder das Heim eine mehr oder minder eingeschränkte Verfügungsgewalt über das Selbst. Die Lebensbedingungen in den „Anstalten“ haben sich heute grundlegend verändert, dennoch unterliegen Langzeitbewohner gewissen Einschränkungen: Die Kontakte reduzieren sich auf das Innere der Anstalt oder der Institution, auch wenn eingeschränkte Besuchszeiten und Zensur von Briefen der Vergangenheit angehören.

Arbeit und Anstalt waren schon früh verbunden. Arbeit zur Strukturierung der Zeit, des Tages, Arbeit als christliche Pflicht, Arbeit als therapeutische Maßnahme, Arbeit als Schulung und Lehre, als Heranführung zum Arbeitsmarkt. Die Werkstätten für behinderte Menschen von heute sind mit dem Problem konfrontiert, zum einen geschützte Arbeitsbedingungen bieten zu wollen, andererseits am Markt bestehen zu müssen. Die Arbeit soll einen gesonderten Raum außerhalb der Anstalt einnehmen, bot aber lange nur einen weiteren geschlossenen Rahmen ohne Öffnung zum freien Arbeitsmarkt, nach dem Motto: Besser ein Platz in einer beschützenden Werkstatt als arbeitslos.

Heime waren und sind für viele nicht nur Durchgangsstationen, sondern oft genug auch „Heimstatt“ und Alterswohnsitz. Das Leben in der „Anstalt“ - später im Wohnheim o.ä. - war für junge Menschen nur die zweitbeste Option. Aber eine Option, auf die wohl auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann, wenn auch unter völlig anderen Vorzeichen wie in den ersten 150 Jahren der Behindertenpädagogik.

### 3. Behindertenhilfe in Neuendettelsau heute

In den Einrichtungen der Behindertenhilfe Neuendettelsau leben heute über 1.800 Menschen mit einer geistigen Behinderung, sie werden von rund 1.900 Teil- und Vollzeitbeschäftigten betreut. Die Behindertenhilfe bietet sehr vielfältige Wohnformen an, sie reichen von beschützenden Bereichen bis hin zu Wohnungsangeboten, die in Wohngebiete integriert sind, auch in Form eines selbständigen Wohnens mit Begleitung. Unter dem Leitgedanken „Normalisierungsprinzip“ wurden zentrale Heimstrukturen weitgehend aufgelöst. In Neuendettelsau wird heute als oberstes Ziel die Hinführung des Menschen

mit einer Behinderung zu einem weitgehend selbständigen und selbstbestimmten Leben propagiert. Die frühere strikte Trennung von Frauen und Männern wurde aufgehoben, Wohneinheiten für Paare sind heute im Angebot.

„Das Alltägliche muss zum Lernfeld werden, ohne dass es von unseren Bewohnern groß als Therapie wahrgenommen wird“, betonte Diakon Fritz Schwertberger, Leiter im Bruckberger Haus Gottessegen. Ein wichtiges Prinzip sind in den Neuendettelsauer Anstalten die „heterogenen Gruppen“. Jüngere und Ältere, leicht behinderte und schwer behinderte Menschen leben in einer Gruppe zusammen. Eine strikte Trennung der Personengruppen, wie es die Kostenträger immer wieder andeuten, würde viel an Lebensqualität in den Wohngruppen zerstören. Reine Schwerstbehindertengruppen würden eine Krankenhausatmosphäre in die Wohngruppen bringen. Die Größe der Einrichtungen ermöglicht bei vergleichsweise geringem logistischen Aufwand ein vielfältigeres vernetztes Therapie- und Förderangebot; die Bewohnerinnen und Bewohner können sich ohne Gefahr im weitläufigen Areal der Heime bewegen; sie können Aufgaben, z.B. Botengänge, wahrnehmen.

An den Standorten der Neuendettelsauer Anstalten gehören Menschen mit Behinderung einfach dazu, viele kaufen alleine oder mit Betreuung in den Geschäften ein, werden gekannt - ein Stück Normalität. Die Heime sind Orte zum Leben, ermöglichen schon aufgrund ihrer Bedeutung im Ort den behinderten Menschen auch außerhalb der „Anstalt“ ein erhebliches Maß an Akzeptanz und Normalität. Behinderte Menschen sind hier keine zu vernachlässigende Minorität, die Organisation steht hinter ihnen, kleinere Wohngruppen inmitten der „normalen“ Bevölkerung sind oft in einer schlechteren Ausgangsposition – je nach der Grundeinstellung des Umfeldes.

Neben den schon genannten Wohnmöglichkeiten für über 1.800 Behinderte bietet die Behindertenhilfe der Diakonie Neuendettelsau an verschiedenen Standorten über 750 Arbeitsplätze in Werkstätten für Behinderte, zudem spezielle Förderstätten oder Fördereinrichtungen, Seniorenarbeit für Behinderte, Freizeitangebote, Kurzeitaufnahme, Frühförderung und eine Fachschule für Heilerziehungspflege und -pflegehilfe.

Die Diakonie Neuendettelsau hat eine ganz andere Geschichte, einen anderen Ausgangspunkt und doch letztendlich in vielem dieselben Ziele wie die Lebenshilfe: Integration, Emanzipation und „... die ständige Reflexion und Weiterentwicklung von bestehenden Angeboten in den Bereichen Wohnen, Arbeit, Beschäftigung, Förderung und Betreuung“.



### III. Kulturbruch: Die staatlich organisierte Ermordung geistig behinderter Menschen

#### 1. Sozialdarwinismus und behinderte Menschen

1859 erschien in London das Buch „On the Origin of Species by Means of Natural Selection, or the Preservation of Favoured Races in the Struggle for Life“ (deutscher Kurztitel: „Die Entstehung der Arten“). Der Autor Charles Darwin bezog sich nur auf Pflanzen und Tiere, der deutsche Zoologe Ernst Haeckel übertrug 1868 in seiner „Natürlichen Schöpfungsgeschichte“ den Kampf ums Dasein auf die Völkergeschichte. Zur natürlichen Auslese fügte nun Haeckel die künstliche Auslese hinzu, wobei er auf die Spartaner hinwies, die schwächliche Kinder getötet hätten. In den Jahren vor der Jahrhundertwende häuften sich die Vorschläge der sogenannten Sozialdarwinisten, die die Selektionstheorie auf Menschen anwenden, vereinzelt kam es schon zu Sterilisationen. Bis zum Ersten Weltkrieg wurden Sterilisierungen, „Ausmerzungen“ von Erkrankten und anderer angeblicher „Volksschädlinge“ vor allem in den Zirkeln der Extremen gefordert. Wenn auch der Sozialdarwinismus in Deutschland eine große und vor allem einflussreiche Anhängerschaft hatte, so bezog der Großteil seiner Anhänger diese Ideologie doch zunächst ganz überwiegend auf das internationale Verhältnis der um die Weltgeltung konkurrierenden Nationen und Völker. Die „Deutsche Gesellschaft für Rassenhygiene“ zählte 1914 nur 350 Mitglieder, hauptsächlich Universitätsprofessoren. Solange Deutschland eine Großmacht auf dem Sprung zur Weltmacht war, wandte sich diese Ideologie nur abgeschwächt nach innen. Angesichts eines körperbehinderten Kaisers und eines geistig behinderten bayerischen Monarchen (bis 1913) waren entsprechende Ansichten nur bedingt gesellschaftsfähig.

#### 2. Wendepunkt Erster Weltkrieg: Erlebnis und Wirkung

Der Erste Weltkrieg führte zu einem taktischen Desaster auf allen Seiten. Man hatte in Deutschland die Vorstellung eines „frisch, fröhlichen Krieges“, eines kurzen Feldzuges, in dem es auf Mannesmut und Heldentum ankomme. Die Realität des ersten industriellen Krieges war eine andere. Diese Realität und ganz besonders der Ausgang des Krieges verstörte die Öffentlichkeit, viele waren Anhänger einer weltgeschicht-



Werkstatt für behinderte Menschen in Bruckberg (Diakonie Neuendettelsau) um 1925. (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

lichen „Missionsaufgabe“ des deutschen „Wesens“. Innere Feinde und innere Schwächen wurden für die Niederlage verantwortlich gemacht. Eine neue Generation, gehärtet in den „Stahlgewittern“ (Ernst Jünger) des Ersten Weltkrieges, galt nun als auserwählt zur Revision der Weltgeschichte. Zu dieser Revision konnten behinderte Menschen keinen Beitrag leisten, waren hinderlich.

1920 erschien die Broschüre „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“ von Karl Binding (Professor für Psychiatrie) und Alfred E. Hoche (Professor für Rechtswissenschaft). Hier heißt es zu geistig behinderten Menschen: „Ihr Leben ist absolut zwecklos, aber sie empfinden es nicht als unerträglich. Für ihre Angehörigen wie für die Gesellschaft bilden sie eine furchtbar schwere Belastung. Ihr Tod reißt nicht die geringste Lücke... Es ist eine peinliche Vorstellung, dass ganze Generationen von Pflegern neben diesen leeren Menschenhhlen dahinaltern, von denen nicht wenige 70 Jahre und älter werden. Die Frage, ob der für diese Kategorien von Ballastexistenzen notwendige Aufwand nach allen Richtungen hin gerechtfertigt sei, war in den verflossenen Zeiten des Wohlstandes nicht dringend; jetzt ist es anders geworden, und wir müssen uns ernstlich mit ihr beschäftigen. Unsere Lage ist wie die der Teilnehmer an einer schwierigen Expedition, bei welcher die größtmögliche Leistungsfähigkeit aller die unersetzliche Voraussetzung für das Gelingen der Unternehmung bedeutet, und bei der kein Platz ist für halbe, Viertels- und Achtels-Kräfte. Unsere deutsche Aufgabe wird für lange Zeit sein: eine bis zum höchsten gesteigerte Leistungsfähigkeit...“ - Diese Zeilen lassen sich nicht entschuldigen, verstanden werden können sie durch die Situation nach dem Ersten Weltkrieg: Die vor dem Krieg für unmöglich gehaltene schwere Niederlage, Reparationsleistungen, revolutionäre Unruhen und die stillschweigende Übereinkunft fast aller, eine Revision dieser Niederlage - wie auch immer - anstreben zu müssen. Die NS-Propaganda konnte durchaus mit Einvernehmen rechnen, wenn sie beispielsweise formulierte: „Während des Weltkrieges wurde für einen Idioten in einer staatlichen Anstalt mehr Geld zur Verfügung gestellt als für einen Frontsoldaten...“

Den damaligen Zeitgeist in der allgemeinen nationalen Depression zeigte auch eine Umfrage in Reaktion auf die Schrift der beiden Autoren: Um deren Thesen zu widerlegen, verschickte der Direktor der sächsischen Landespflegeanstalt Grohennersdorf 220 Fragebögen an die Eltern der geistig behinderten Kinder seiner Anstalt. Von den 162 Eltern, die antworteten, waren nur 19 ganz eindeutig gegen die mit „Lebensverkürzung“ umschriebene Tötung.

#### 3. Das Sterilisierungsgesetz

Kurze Zeit nach der „Machtergreifung“, am 14. Juli 1933, wurde das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ verabschiedet. Die offizielle Gesetzgebung berief sich in den Ausfhrungskommentaren auf Hitlers „Mein Kampf“: Wer

körperlich und geistig nicht gesund und „würdig“ sei, dürfe sein Leid und seine Anomalien nicht in Form eines Kindes weitergeben. Entschlossener Wille der Gesetzgebung sei es, den Volkskörper zu reinigen und krankhafte Erbanlagen auszumerzen, eine „Auslese nach Leistung“ habe stattzufinden. Zu sterilisieren seien Erbkrankte, die an angeborenem Schwachsinn leiden. Des angeborenen Schwachsinn verdächtig waren Personen, die ihren Unterhalt nicht „in einem geordneten Berufsleben“ verdienen und sich nicht sozial einfügen. Wer nur ständig „gleichmäßig wiederkehrende Arbeiten kann“, stehe ebenfalls im Verdacht. Besonders verdächtig seien Hilfsschüler. Kennzeichen von erblichem Schwachsinn seien Frühkriminalität, Konflikte mit Schule und Polizei sowie „Kritiklosigkeit gegenüber Beeinflussungen“ (!). Ungefähr 400.000 Menschen fielen zwischen 1934 und 1945 der Zwangssterilisierung zum Opfer.

Das Sterilisierungsgesetz wurde 1934 offen diskutiert, allerdings waren praktisch nur zustimmende Meinungen zu hören, lediglich aus katholischen Kreisen kam verhaltene Kritik. Praktisch alle medizinischen Kapazitäten traten damals für diese Sterilisierungen ein.



Werkstätte in Bruckberg (Diakonie Neuendettelsau) um 1935. Man beachte das Körbchen rechts im Vordergrund, in dessen Boden ein Hakenkreuz eingearbeitet ist. (Repro A. Mayer, Original im Archiv Diakonie Neuendettelsau).

#### 4. Beginn der nationalsozialistischen „Euthanasie“

Nach Aussagen seines Arztes habe sich Hitler zur „Euthanasie“ bereits 1933 oder früher entschlossen. Schon 1929 forderte er, 700.000 bis 800.000 der „Schwächsten“ zu „beseitigen“. Die Ermordung wurde ab 1933 propagandistisch vorbereitet. Schon 1933 reduzierte die Reichsregierung die Pflegesätze in den psychiatrischen Anstalten drastisch.

1938 trafen in der „Kanzlei des Führers der NSDAP“ (KdF) vereinzelt Gesuche Schwerkranker ein, die um Sterbehilfen baten, Ende 1938 oder Anfang 1939 ein Gesuch, das ein Kind betraf, das in der Leipziger Universitätsklinik lag. Das Kind war einer Zeugenaussage zufolge blind geboren,

schien geistig behindert zu sein, ihm fehlte ein Bein und teilweise ein Arm. Der Vater hatte sich an Hitler mit der Bitte gewandt, dem Kind „das Leben zu nehmen“. Hitler schickte seinen persönlichen Arzt nach Leipzig, wo dieser die Angaben überprüfte und den Ärzten die Durchführung der „Euthanasie“ genehmigte. Dieser Fall führte dazu, dass Hitler einige Amtsleiter seiner Kanzlei dazu ermächtigte, in Fällen ähnlicher Art entsprechend zu verfahren. Alle Gesuche seien allein von seiner Kanzlei zu bearbeiten.

Am 18. August 1939 erging ein streng vertraulicher Runderlass des Reichsinnenministeriums, der den Kreis der betroffenen Kinder festlegte. Betroffen waren vor allem Kinder mit „Mongolismus, Hydrocephalie (Wasserkopf), Missbildungen jeglicher Art und Lähmungen“. Meldepflichtig waren Hebammen und Ärzte. Über 5.000 Kleinkinder, Kinder und Jugendliche wurden auf einer der „Kinderfachabteilungen“ ermordet, die der Rechtsausschuss an bestehende Heil- und Pflegeanstalten angliederte. Diese Tötungen waren somit in das öffentliche Gesundheitswesen eingebunden.

Mit dem Beginn des Krieges am 1. September 1939 wurden die Zwangssterilisierungen weitgehend eingestellt, da die Ärzte bei den Truppen gebraucht wurden. An Stelle der Sterilisierungen trat nun die „Euthanasie“.

Der Krieg ermöglichte es, „im Zuge kriegsbedingter Räumungsmaßnahmen“ ganze Anstalten zu verlegen, ohne dass dies anfänglich Verdacht erregte. Schon Anfang September wurden erste Pflegeanstalten vollständig geräumt. Am 21. September 1939 erging ein Erlass zur Erfassung aller Heil- und Pflegeanstalten. Ende September 1939 begann in Polen die Ermordung physisch Kranker mit der Erschießung von 3.700 Heiminsassen.

Am 9. Oktober 1939 verfügte das Innenministerium, demzufolge sämtliche Patienten zu melden sind, die „1. an nachstehenden Krankheiten leiden und in den Anstaltsbetrieben nicht oder nur

mit mechanischen Arbeiten (Zupfen u.ä.) zu beschäftigen sind: Schizophrenie, Epilepsie..., senile Erkrankungen, Therapie-refraktäre Paralyse und andere Lues-Erkrankungen, Schwachsinn jeder Ursache, Encephalitis, Huntington und andere neurologische Endzustände; oder 2. sich seit mindestens 5 Jahren dauernd in Anstalten befinden; oder 3. als kriminelle Geistesranke verwahrt sind; oder 4. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder nicht deutschen oder artverwandten Blutes sind...“ Auf dem Fragebogen selbst fand sich unter anderem die Frage, ob und wie oft der Patient Besuch erhält, was mancherorts einen ersten Verdacht weckte. Noch bevor diese Meldebögen in den Heimen des Reiches eintrafen, räumten die Nationalsozialisten in Pommern und Westpreußen die ersten deutschen Heil- und Pflegeanstalten in Stralsund, Lauenburg und Treptow, Erschießungskommandos ermordeten die Pfleglinge in abgelegenen Waldstücken.

In Grafeneck (Schwäbische Alb) richteten die Verantwortlichen die erste Tötungsanstalt ein. Dem „Pflege“-Personal - 24 Pflegerinnen und Pflegern - wurde noch im Januar 1940 in Berlin der Zweck des Unternehmens erklärt, sie hätten mit den Tötungen selbst nichts zu tun, könnten aber jederzeit zurückertreten, ohne dadurch persönlich Nachteile zu erfahren. Alle ließen sich widerspruchslos verpflichten.

In Brandenburg fand im Januar 1940 eine erste „Probevergasung“ von 18-20 Patienten statt. Gleichzeitig ging in Polen die Ermordung von Geisteskranken weiter, teilweise im improvisierten Gaswagen oder mit dem Maschinengewehr.

Nach der Vergasung wurden die Leichen verbrannt, eine beliebige Urne den Verwandten geschickt, die Verbrennung mit seuchenpolizeilichen Vorschriften begründet.

Umgehende Todesnachricht nach dem Abtransport, offensichtlich falsche Todesursachen und anderes mehr trugen dazu bei, dass sich der Mord schon im Februar 1940 in weiten Kreisen der Bevölkerung herumgesprochen hatte.

Weder die Mitarbeiter in der Verwaltung noch die Ärzte, Pfleger und Verwaltungsangestellte etc. in den Tötungsanstalten wurden zur Mitarbeit gezwungen. Es gibt auch nicht einen nachweisbaren Fall, in dem die Weigerung eines rechtswidrigen Tötungsbefehls - sei es von behinderten Menschen, Juden oder sonstigen Ermordeten - „eine im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen objektive Gefahr für Leib und Leben des Befehlsempfängers mit sich gebracht“ hätte (Feststellung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Verfolgung von Naziverbrechen). Genauso wie bei der planmäßigen Ermordung der europäischen Juden wurde niemand zum Mitmachen gezwungen.

Im Juli 1940 erreichte die Zahl der getöteten Patienten einen Höhepunkt, alleine in diesem Monat wurden 5.400 Patienten ermordet. Zaghafte Versuche einzelner Anstaltsärzte und Direktoren, die Krankentötungen eventuell auf dem Rechtswege zu verhindern, scheiterten völlig. Eigenartigerweise gab es vereinzelt in Anstalten besonderen hartnäckigen Widerstand von NSDAP-Mitgliedern (Dr. Jaspersen, Leitender Arzt in Bethel), besonders erfolgreich sogar von einem SS-Mann (August Schilli, Anstaltsverwalter der Kreispflegeanstalt Fußbach, Kreis Offenburg). Dies hatte keinerlei negative Folgen für diese Parteigenossen. Eine kleine Privatanstalt (Göppingen) kämpfte um jeden einzelnen Patienten und erreichte, dass nur ein kleiner Teil der Patienten verlegt wurde. Diese Aktivitäten stießen jedoch auf keinen Widerhall. Die Ordinarien und vor allem die jüngeren Ärzte und Assistenten standen der NS-„Euthanasie“ ganz überwiegend positiv gegenüber. Ein Widerstand führender Ärzte war unter diesen Umständen Illusion, er fand nicht statt.

## 5. Proteste und das vermeintliche Ende der „Euthanasie“

Im Justizapparat brach nur ein einziger Richter - von ca. 1.400 - das allgemeine Schweigen: Dr. Lothar Kreyssig, Vormundschaftsrichter in Brandenburg/Havel. Kreyssig war

in der Weimarer Republik Wähler der NSDAP, nach einer Begnadigung von nationalsozialistischen Mördern durch Hitler wandte er sich jedoch von der NSDAP ab. Lothar Kreyssig schrieb am 8. Juli 1940 in einem langen Brief an Reichsinnenminister Wilhelm Frick unter anderem: „Die Frage nach dem Sinn solchen Lebens [eines geistig behinderten Menschen] rührt an die tiefsten Daseinsfragen überhaupt... Sein Sinn ist weder im Blick auf das Einzelwesen noch in dessen Bezogenheit auf die völkische Gemeinschaft zu begreifen... Es ist vermessen, zu beurteilen oder sich darüber hinwegzusetzen, was wohl ‚lebensunwertes Leben‘ für die ewige Bestimmung der Menschen bedeutet...“

Am 27. August 1940 verbot Amtsrichter Kreyssig verschiedenen Heilanstalten, Personen ohne seine Zustimmung zu entlassen, die unter der vormundschaftlichen Obhut des Amtsgerichts Brandenburg/Havel standen. Kreyssig wurde in den Ruhestand versetzt, weitere negative Folgen hatte Kreyssigs mutiges Verhalten nicht.

Im Juli 1940 erreichten die Berliner Reichskanzlei und den Reichsminister des Innern erste Protestschreiben des Centralausschusses für die Innere Mission der Evangelischen Kirche, vor allem aber sehr nachdrücklich vom württembergischen Landesbischofs Theophil Wurm. Die Proteste beeindruckten die „Euthanasie“-Verantwortlichen wenig, der Kreis der zu meldenden Patienten wurde sogar noch ausgeweitet. Am 1. August 1940 erreichte der erste offizielle Protest von katholischer Seite die Reichsregierung. Im Sitzungsprotokoll der im August 1940 tagenden Bischofskonferenz hieß es unter anderem: „Die Konferenz nimmt Kenntnis von der in weitem Umfange bereits in Deutschland durchgeführten Euthanasie und verurteilt dieselbe sowohl vom naturrechtlichen als auch vom christlichen Standpunkt... Sie... verbietet es katholischen Pflegeanstalten, aktiv bei der Verbringung ihrer Insassen mitzuwirken zwecks Vernichtung sogenannten lebensunwerten Lebens.“ Dennoch gab es Verhandlungsbereitschaft mit dem Staat, bis am 27. November 1940 der Papst die Ermordung behinderter Menschen als Verbrechen bezeichnete. Die Kirchen protestierten jedoch lange Zeit - wenn über-



*Einer von 1.200 Ermordeten aus Neuendettelsau: Der Fürther Konrad Dohrer, sein Geburtshaus stand in unmittelbarer Nachbarschaft zum Geburtshaus von Wilhelm Löhe.*

haupt - nur auf dem Dienstweg, schrieben Briefe, die dem Volk nicht bekannt waren. Manche Angehörige protestierten verdeckt über Todesanzeigen.

Die Verantwortlichen in Neuendettelsau ließen die Verlegung von fast drei Viertel aller Pfleglinge (ca. 1.200) in staatliche Heil- und Pflegeanstalten zu, aus denen heraus dann die Weiterverlegung in die Tötungsanstalten erfolgte - dies zwar außerhalb der direkten Verantwortung und ohne weitere Einspruchsmöglichkeiten der Anstaltsleitung, aber der Weg war in Neuendettelsau bekannt.

Erst am 3. August 1941 trat die Wende ein: Bischof Clemens August Graf von Galen prangerte in der Lambertikirche in Münster die Krankenmorde öffentlich an: Kranke würden umgebracht, „... weil sie nach dem Urteil irgendeines Amtes, nach dem Gutachten irgendeiner Kommission lebensunwert geworden sind, weil sie nach diesem Gutachten zu den unproduktiven Volksgenossen gehören... Hast du, habe ich nur so lange das Recht zu leben, solange wir produktiv sind, solange wir von den anderen als produktiv anerkannt werden?“

Die Wirkung der Predigt war ungeheuer, der Text wurde hektographiert und sogar von britischen Fliegern als Flugblatt abgeworfen. Die Verantwortlichen waren ratlos, eine Erschießung Galens wurde diskutiert, aber verworfen - Galen hatte erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung. Die Predigt Galens ermutigte mehrere Bischöfe, die „Euthanasie“ ebenfalls ganz öffentlich anzuprangern. Der Limburger Bischof Hilfrich schrieb an den Reichsjustizminister (mit Abschriften an den Reichsinnen- sowie den Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten): „Alle gottesfürchtigen Menschen empfinden diese Vernichtung hilfloser Wesen als himmelschreiendes Unrecht. Und wenn dabei ausgesprochen wird, Deutschland könne diesen Krieg nicht gewinnen, wenn es noch einen gerechten Gott gibt, so kommen diese Äußerungen nicht etwa von Mangel an Vaterlandsliebe“. Auch der Berliner Domprobst Bernhard Lichtenberg gehört zu den Protestierenden, abgesehen davon war er einer der ganz wenigen, die für die verfolgten Juden öffentlich eintraten. Während Proteste gegen die „Euthanasie“ strafrechtlich ignoriert wurden, brachte ihm das Eintreten für die Juden eine Gefängnisstrafe wegen Kanzelmissbrauchs ein, er starb auf dem Weg vom Gefängnis in das KZ Dachau.

Am 24. August 1941 stoppte Hitler die „Euthanasie“ in der bisherigen Form. Die Gründe lagen in den bischöflichen Protesten, nach anderen Angaben hielt Hitlers Sonderzug zufällig bei einem Abtransport geistig behinderter Kinder, deren Angehörige dann Hitler gegenüber eine drohende Haltung eingenommen hätten. Nach einem internen Bericht waren bis zum 1. September 1941 genau 70.273 Personen „desinfiziert“ - also vergast - worden, mit den durch andere Todesursachen Umgekommenen lag die Zahl der zeitgenössischen Statistik zufolge bei 93.521. Die Vergasungskammern der „Euthanasie“-Aktion wurden aber weiter verwendet. Beliefert wurden sie nun von den Konzentrationslagern, die von „Ballastexistenzen“ zu

„befreien“ seien. Die Tötungstechnologie der „Euthanasie“ wurde dann auch zur Vernichtung der europäischen Juden und zur Tötung Geisteskranker aus russischen und polnischen Lagern übernommen, da die bisherigen Massenerschießungen zu teuer, zu aufwändig und den Einsatzgruppen auf Dauer nicht zuzumuten waren.

Die meisten Patienten starben nach dem offiziellen „Euthanasie“-Stopp, also zwischen August 1941 und Mai 1945. Die Methoden des Tötens änderten sich, ein Großteil des Personals der Tötungsanstalten wurde aber zur Judenvernichtung abgezogen. Die „Euthanasie“ ging nun in die Hände williger Ärzte, Pfleger und Schwestern in bestehenden staatlichen Heil- und Pflegeanstalten über. Es lag nun im Ermessensspielraum der einzelnen Ärzte, ob und wer getötet wurde. Die „Euthanasie“-Zentrale stellte aber weiterhin Medikamente zum Vergiften zur Verfügung und setzte das bereits erprobte Personal auch gezielt ein.

Da es aber in Deutschland nach dem Stopp am 24. August 1941 zu keinen größeren Verlegungen mehr kam, die Morde wohl nur in staatlichen Anstalten stattfanden und während der Verschärfung der Kriegslage weniger auffielen, kam es nur noch selten zu Protesten. Dem schleichenden, dezentralen Mord in staatlichen Heil- und Pflegeanstalten wie Ansbach und Erlangen vermittelte Hungerkost und Medikamente fielen zwischen 1941 und 1945 in Ansbach ca. 1600, in Erlangen ca. 1500 „Pflegerlinge“ zum Opfer.



*"In Gedenken an alle Behinderten, die 1940-1941 unseren Heimen entrissen wurden." Denkmal an der Laurentiuskirche in Neuendettelsau, gegenüber dem Mutterhaus. (Foto A. Mayer).*

### 1. Nachkriegssituation

Die Propaganda der Nationalsozialisten wirkte auch nach dem Krieg noch weiter. Schulbefreiung bei "Bildungsunfähigkeit" wurde geistig behinderten Menschen auferlegt, was gleichbedeutend mit sozialer Ausgliederung war. Einrichtungen wie sozialpädagogisch orientierte Horte, Tagesstätten und Beschützende Werkstätten seit 1950, hatten zunächst den Charakter von Notlösungen, die auf Initiative der Eltern entstanden.

Nach 1950 bildete sich eine Vielzahl von Elternvereinigungen und Selbsthilfeorganisationen, die den institutionellen Rahmen für Bildungs-, Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen schufen. Deren Aktivitäten änderten mit der Zeit im gewissen Maße die Einstellung der Bevölkerung gegenüber behinderten Menschen und schufen so eine Voraussetzung für die soziale Eingliederung. Auch das Bundessozialhilfegesetz von 1961 setzte die Eingliederung in die Gesellschaft auf dem Wege der "Hilfe zur Selbsthilfe" zum Ziel.

Dass vor dem geschichtlichen Hintergrund von Sterilisation und „Euthanasie“ in Deutschland sofort nach 1945 alles völlig anders sein würde, war illusorisch. Eine Entwicklung wie nach 1918 war zwar nicht mehr zu befürchten, aber die Ideologie des Wirtschaftswunders, die auch als Strategie der Verdrängung und des Vergessens („Unfähigkeit des Trauerns“) interpretiert wurde, bot vor allem geistig behinderten Menschen zunächst wenig Perspektiven. Deutlich stärker noch als nach dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich aber für Kriegsversehrte eine starke Lobby. Anfangs gab es zu anderen behinderten Menschen Berührungssängste, die sich später jedoch weitgehend auflösten. Am 16. Juni 1953 erließ der Bund das Schwerbeschädigtengesetz. Grundgedanke des Gesetzes war es, die Personengruppe der Kriegsbeschädigten arbeitsrechtlich zu schützen und ihre Eingliederung in das Arbeits- und Erwerbsleben zu fördern. Erst das an seine Stelle getretene Schwerbehindertengesetz vom 29. April 1974 löste die Leistung des Gesetzes von der Ursache der Behinderung. Der Einfluss der nationalsozialistischen Propaganda war nach 1945 keineswegs von heute auf morgen verschwunden, im Übrigen war angesichts des gerade überstandenen Massenmordes das Selbstbewusstsein der Eltern behinderter Kinder nicht übermäßig stark ausgebildet. Zudem hatte das alte Vorurteil überdauert, demzufolge eine Behinderung mit irgendeinem schuldhaften Verhalten der Eltern zu tun haben müsse.

Tom Mutters, der Gründer der Lebenshilfe, beschrieb die Situation wie folgt: „Außer den Betreuungsmöglichkeiten in den Anstalten gab es keine Hilfen für Menschen mit geistiger Behinderung. Unter ihren Eltern herrschten Ratlosigkeit und Verzweiflung, auch als Nachwirkung auf den Massenmord an geistig behinderten Menschen. Viele Eltern versteckten ihr geistig behindertes Kind vor der Öffentlichkeit. Das gesellschaftliche Urteil, geistig behinderte Menschen als ‚lebensunwert‘ zu betrachten, lebte auch nach dem Krieg weiter fort. Und es gab kaum jemanden, der den Eltern half oder ihnen Mut machte... Nicht nur die Eltern, auch die Ärzte waren damals meistens ratlos. Viele von ihnen hatten ja ihre Ausbildung noch während des Dritten Reiches gemacht und

gelernt, dass es sich nicht lohnt, sich um solche Kinder zu mühen und für sie zu sorgen. Den Eltern wurde geraten, ihre Kinder in Heimen unterzubringen. Aber der Ruf der Heime hatte unter dem Naziregime gelitten. Die Eltern wollten ihre Kinder da nicht hingeben. Sie wollten lieber in der Familie für sie sorgen. Doch die Aufgabe, für ein geistig behindertes Kind zu sorgen, war für viele Familien eine derart belastende Aufgabe, dass manche daran zerbrachen.“

Nach 1945 gab es die kirchlichen Anstalten, die damals bei allem Engagement des Personals aber noch nicht als Heim, als Ersatz für ein Zuhause gelten konnten. Abgesehen davon war die Unterbringung teuer, denn die öffentliche Hand übernahm die Kosten nur unter bestimmten Bedingungen. Der Kontakt zu dem Kind konnte bei einer Unterbringung nur stark eingeschränkt aufrechterhalten werden, da in den 50er Jahren das Auto noch keine Selbstverständlichkeit war. Die geringen Hilfen für behinderte Menschen vor Ort brachten es aber mit sich, dass Familien viel eher als heute mit der Erziehung eines behinderten Kindes überfordert waren.

### 2. Tom Mutters und die Bundesvereinigung der Lebenshilfe

Der Holländer Tom Mutters, geboren 1917 in Amsterdam, kam 1949 als Beauftragter im Kindersuchdienst der internationalen Flüchtlingsorganisation der Vereinten Nation nach Deutschland. 1952 bekam er durch den UN-Hochkommissar für Flüchtlinge den Auftrag, sich um die geistig behinderten Kinder der ausgewanderten Flüchtlinge und um Personen, die während des Nationalsozialismus verschleppt wurden, zu kümmern. Tom Mutters: „So kam ich in die Heil- und Pflegeanstalt in Goddelau bei Darmstadt und sah, in welchem jämmerlichen Zustand die Kinder dort lebten. Die Anstalt selbst war von einer Mauer umgeben. Viele Gebäude hatten Gitter vor den Fenstern. Die Einrichtung für psychisch kranke und behinderte Menschen sah eher aus wie ein Gefängnis. Hier waren schwer geistig und mehrfach behinderte Kinder in zwei Sälen zusammengepfercht. Außer der notwendigsten körperlichen Pflege gab es für sie keinerlei Hilfe. Der Gestank in diesen Räumen verschlug einem fast den Atem. Der stellvertretende Direktor dieser Anstalt sagte wörtlich zu mir: ‚Kümmern Sie sich nicht um diese Kinder. Sie sind zwar Pädagoge, aber auch Sie können aus diesen Idioten keine Professoren machen. Machen sie sich hier eine schöne Zeit. Wir sorgen schon für diese Kinder‘“. Geistig behinderte Menschen waren damals vielfach mit psychisch kranken Menschen, Alkoholikern und unzurechnungsfähigen Sexualverbrechern untergebracht.

Tom Mutters beschloss, hier etwas zu ändern. Er sammelte Geld, die ersten Spenden kamen aus dem Ausland. Und so konnte er ziemlich schnell neue Betten, Möbel, Kleidung und vieles andere kaufen und kleinere Zimmer für eine Anzahl der Kinder einrichten. Über die Arbeit von Tom Mutters in Goddelau wurde viel in der Presse berichtet und so bekam er viel Post von Eltern, die anfragten, ob er nicht auch etwas für ihre Kinder tun könne. Einige diese Eltern lud Tom Mutters nach Marburg, wo in der Bibliothek der kinderpsy-

chiatrischen Abteilung der Nervenlinik Marburg am 23. November 1958 die Lebenshilfe gegründet wurde.

Die Gründung der Lebenshilfe war nicht nur eine pragmatische Notwendigkeit, sie war eine überfällige Konsequenz aus der bisherigen Geschichte der behinderten Menschen. Die Gründungsmitglieder waren erstmals die Betroffenen selbst sowie deren Eltern und Freunde. Die Bedeutung des Ereignisses kann nicht geschmälert werden durch die Tatsache, dass sich unter den Gründungsmitgliedern auch ein Hauptverantwortlicher für die nationalsozialistische „Euthanasie“ befand; ein leider nicht untypischer Vorfall in der Bundesrepublik dieser Jahre.

Betroffene gründeten diese Organisation, denn wer könnte mehr betroffen sein von der Behinderung der Kinder als die Eltern? Betroffene, die ihre Kinder eben nicht in einer Langzeiteinrichtung abgeben wollten, denen dieser Entschluss aber damals durch die Rahmenbedingungen ein fast übermenschliches Engagement abverlangte.

In den Anfangsjahren musste es eine Hauptaufgabe der späteren Bundesvereinigung Lebenshilfe sein, den weitverbreiteten Vorurteilen über behinderte Menschen und die Entstehung von Behinderungen entgegen zu arbeiten. Auf dieser Grundlage erst konnten die weiteren Aufgaben gelingen: Einwirkung auf den Gesetzgeber zugunsten geistig behinderter Menschen, Unterstützung und Anregung wissenschaftlicher Forschung.

Den späteren Erfolg der Lebenshilfe machte jedoch das Ziel aus, die Arbeit durch Gründungen von Kreis- und Ortsvereinigungen auf eine sichere, breite Basis zu stellen. Eltern und deren geistig behinderte Kinder sollten vor Ort Einrichtungen zur Betreuung, Therapie, Pflege, Schulung, Arbeit und zum Wohnen erhalten, so dass eine echte, nicht nur theoretische Alternative zur Unterbringung in einer Langzeiteinrichtung geschaffen wurde.

### 3. Gründung der Lebenshilfe Fürth am 4. Dezember 1961

Dieser Programmpunkt blieb nicht nur Theorie: Die Bundesvereinigung wurde schon drei Jahre nach ihrer Gründung in Fürth vorstellig, das genaue Datum ist leider nicht überliefert. Vermutlich war Dr. Ernst Griesbach, der Leiter der Schul- und Erziehungsberatungsstelle Fürth, maßgeblicher Initiator vor Ort. Bundesgeschäftsführer Tom Mutters hielt vor Vertretern verschiedener Dienststellen der Fürther Stadtverwaltung einen Vortrag über die Lebenshilfe, hierzu waren zwei Eltern von geistig behinderten Kindern eingeladen worden. Mutters stellte vor allem Hilfen und Einrichtungen in seinem Heimatland Niederlanden vor, das Deutschland weit voraus war: Sonderkindergärten, spezielle Schulen, Werkstätten und Wohnheime, Ausbildungswege, an deren Ende Selbständigkeit sowie die Eingliederung in Gesellschaft und Alltag standen.

Der Vortrag hinterließ angesichts der damaligen Realität in Fürth einen zwiespältigen Eindruck: Einerseits waren die Anwesenden beeindruckt von den schon vorhandenen Möglichkeiten, andererseits stellten die Vertreter



*Tom Mutters, der Gründer der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Initiator der Fürther Lebenshilfe und vieler anderer Einrichtungen wie zum Beispiel der Aktion Sorgenkind. Das Foto stammt aus dem Jahre 1997 anlässlich seines 80. Geburtstages. (Foto: Bundesvereinigung Lebenshilfe).*

der Stadtverwaltung resigniert fest, dass die gezeigten Einrichtungen die Finanzkraft einer Stadt wie Fürth weit überstiegen, sofern keine staatliche Fördermittel bereitgestellt würden. Tom Mutters ließ der Resignation keinen Raum. Er rief die Anwesenden auf, nicht auf staatliche Hilfe zu warten, sondern einen Ortsverein der Lebenshilfe zu gründen und mit Eigeninitiative einen Anfang zur dezentralen Betreuung zu machen.

Die Eltern nahmen sich den Anstoß von Tom Mutters zu Herzen. Etwa 15 Eltern, die dem Schulamt bekannt waren, nahmen untereinander Kontakt auf und nach einigen Vorabsprachen fand auf Einladung von Dr. Ernst Griesbach am 4. Dezember 1961 die Gründungsversammlung im „Ottoschulhaus“ (Ottosstraße 2) statt. Diese Gründungsversammlung nannte den neuen Verein „Lebenshilfe für das geistigbehinderte Kind Fürth e.V.“, der 52. Ortsverband der Bundesvereinigung Lebenshilfe war damit entstanden. In Anlehnung an die Satzung des Bundesverbandes stellten sich die Gründungsmütter und -väter vier vorläufige Ziele:

- Schaffung von Einrichtungen in Eigeninitiative.
- Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden, um sie zur Mitarbeit zu gewinnen.
- Werbung von Mitgliedern, um den Verein auf sichere Füße zu stellen.
- Aufklärung der Fürther Bevölkerung über geistig Behinderte und die Ziele des Vereins.

Eine staatliche Unterstützung ergab sich durch das am 1. Juni 1962 (Fassung vom 30. Juni 1961) in Kraft getretene Bundessozialhilfegesetz, es enthielt erstmalig einen Rechtsanspruch auf Hilfen in besonderen Lebenslagen. Für die Träger von entsprechenden Einrichtungen bedeutete es eine erhebliche Verminderung der nicht geringen Risiken, die mit dem Betrieb solcher Einrichtungen verbunden sind.

## V. Räume für behinderte Menschen

### 1. Vollzeittagesstätte

Im Frühjahr 1963 stellte die Baugenossenschaft Eigenes Heim der Lebenshilfe einen 60 Quadratmeter großen Raum im Anwesen Friedrich-Ebert-Straße 138 zur Verfügung. Die Eltern tünchten, strichen die Fensterrahmen und verlegten einen neuen Fußboden. Einige Fürther Geschäftsleute hatten mit Spenden die Ausstattung erleichtert. Die Lebenshilfe schaffte ebenfalls mit der Hilfe von Spenden den ersten (gebrauchten) VW-Bus an, in dem ein Vater und eine Mutter abwechselnd etwa 15 Kinder aus dem Stadtgebiet zur Tagesstätte brachten. Die VW-Busse wurden in Fürth ein markanter Werbeträger für die Lebenshilfe. Der provisorische Tagesstättenbetrieb konnte nun in eine Vollzeittagesstätte umgewandelt werden, sie war wochentags von 9 bis 15 Uhr in Betrieb.

Am 2. Mai 1963 eröffnete die Einrichtung, die Betreuung übernahmen die von der Stadt eingestellte Jugendleiterin Herta Pönn, eine gerade examinierte Heilpädagogin, und Dorothea Görtz, Mutter eines behinderten Kindes. Die häusliche Isolation der Kinder war durchbrochen, ohne dass sie in einem Heim der Familie und der Außenwelt gänzlich entzogen gewesen wären. Am 16. Mai 1963 besuchten Stadtschulrat Martin Heim und Mitglieder sämtlicher Stadtratsfraktionen die neue Einrichtung. Stadtschulrat Heim wies anlässlich des Besuches auf den experimentellen Charakter der neuen Sonderschule hin, deren Erfolg erst nach einer einjährigen Probephase bewertet werden sollte. Noch war die Fürther Stadtverwaltung nicht voll überzeugt, ob die Lebenshilfe auch das notwendige Durchhaltevermögen aufbringen werde, um eine solche Einrichtung dauerhaft zu betreiben.

Vorsitzender Karl Reinmann stellte die Sonderklasse als ersten Schritt dar und umriss die weiteren Ziele, die den Zuhörern eher wie Utopien anmuteten: Man denke an Anlernwerkstätten, an „beschützende Werkstätten“ und eventuell auch an ein Wohnheim für „geistig Behinderte“. Dies alles seien aber noch Zukunftspläne, zuvor müssten endlich gesetzliche Grundlagen für derartige Hilfen geschaffen werden. Hilfe sei bisher nur über das Sozialhilfegesetz möglich. Eltern könnten neben der „großen seelisch-moralischen Last“ nicht auch noch große finanzielle Opfer zugemutet werden. Sowohl Stadtschulrat Heim wie Vorsitzender Reinmann sprachen sich gegen die Heimunterbringung von geistig behinderten Menschen aus. Seinerzeit ging man von etwa 50 geistig behinderten Menschen in Fürth aus.

Für die Eltern bedeutete es, dass für die Unterbringung in Tagesstätten und „beschützenden Werkstätten“ in der Regel keine Kosten mehr anfielen.

Anfangs betreute eine Mutter neun Kinder an einem Nachmittag in der Woche in einer privaten Wohnung im Rahmen eines Spielnachmittags. Die Kinder konnten sich an die Gruppensituation gewöhnen und die anderen Mütter waren einmal in der Woche entlastet, so dass ihnen mehrere Stunden Freizeit vergönnt waren.

Nach langwierigen Verhandlungen übernahm die Fürther Stadtverwaltung ab September 1963 neben den Kosten für die Jugendleiterin auch jene für die zusätzliche Kindergartenhelferin (Frau Meews). Die Stadt trug nun zudem die Hälfte der laufenden Kosten mit. Alle sonstigen Anschaffungen musste die Lebenshilfe Fürth tragen.

### 2. Beschützende Werkstätte

Die Idee der Lebenshilfe sprach sich herum, Ängste und Vorbehalte schmolzen bei den Eltern dahin, so dass bald die Anzahl der betreuten behinderten Menschen Anfang 1964 bei 21 lag und im Laufe des Jahres auf über 25 stieg. Der angemietete Raum reichte nicht mehr aus, aber die engagierten Vereinsmitglieder fanden einen aufgelassenen Kindergarten der Arbeiterwohlfahrt in der Heilstättensiedlung (Jakob-Böhme-Straße). Die Eltern renovierten die Räume, so dass kostengünstig attraktive Gruppenräume entstanden. Es konnten nun auch Kinder aus dem Landkreis Fürth aufgenommen werden, der im Gegenzug ab 1. August 1964 mit Anneliese Gipp eine weitere Kindergärtnerin finanzierte. Ende 1965 besuchten vier Kinder aus dem Landkreis die Sonderschule.

Mit dem Umzug der Tagesstätte in die Jakob-Böhme-Straße war der Raum in der Friedrich-Ebert-Straße wieder freigegeben. Die Regelungen des Bundessozialhilfegesetzes erleichterten die Einrichtung von „beschützenden Werkstätten“, dieses Projekt wurde ohne großes Zögern in Angriff genommen.

Schon am 1. November 1964 begannen acht erwachsene und jugendliche behinderte Menschen unter Anleitung eines Handwerksmeisters mit einer berufsbezogenen Ausbildung; sehr bald kam die Herstellung von End- und Zwischenprodukten im Auftrag von Fürther Spielzeugfirmen hinzu. Es wurden Nadeln sortiert, Papierbögen gefaltet, Spielwaren abgepackt, aber auch für die Radioindustrie Lötpfannen und Spulenkörper komplettiert.

Zunächst bei manchen Zeitgenossen eher als Beschäftigungstherapie verstanden, vertrieb die Einsatzfreude und die Begeisterung an der Arbeit bei jedem Besucher althergebrachte Vorurteile über behinderte Menschen, deren Selbstbewusstsein durch diese Arbeit enorm gestärkt wurde, auch deswegen, weil die Arbeit wie die jedes anderen Beschäftigten freitags mit einem Taschengeld entlohnt wurde. Die Leitung hatte

Anton Saller übernommen, der hierfür einen gutbezahlten Posten als technischer Meister in der Holzbranche aufgab. Die Auftragslage war von Anfang an hervorragend. Die Arbeitszeiten waren fünf Tage die Woche jeweils von 8 bis 12 und von 13 bis 16 Uhr. Anton Saller zeigte sich überrascht „was diese Kinder leisten können“, wenngleich von ihm große Geduld verlangt werde, aber der erste Werkmeister sah die Werkstätte als „Lebensaufgabe“. Ein 19-jähriger behinderter Mensch spendete ihm und der Lebenshilfe schon im April 1965 höchstes Lob: „Mir gefällt es hier prima. Wo ich früher war, haben mich die Leute immer veräppelt und gehänselt.“ Die Lebenshilfe und ihr Werkmeister Saller nahmen sich 1965 vor, behinderte Menschen im Laufe der Zeit für andere, höher bewertete Tätigkeiten zu qualifizieren. Handwerkliche Tätigkeiten wie Sägen, Hobeln und Bohren sollten erlernt werden. Ende 1965 war die Kapazität der Werkstätte mit 13 Jugendlichen erschöpft, die Räume in der Friedrich-Ebert-Straße ließen keine größere Belegung mehr zu.

### 3. Probleme und Pläne

Die Aufbauarbeit des Vereins führte sogar im Jahre 1964 kurzzeitig zu einer Unterbelegung; so suchte man für die Sonderschule noch vier bis fünf Kinder und auch in der beschützenden Werkstätte hatte man noch Plätze frei. Die Kosten der Sonderschule lagen damals bis 8,55 DM pro Kind und Tag. Die Zuschüsse der Stadt, des Regierungsbezirks und die Beiträge der Eltern konnten die Kosten nicht vollständig decken, so dass die Lebenshilfe an der Jahreswende 1964/65 ein Defizit von 12.000 Mark zu verbuchen hatte. Dies lag unter anderem an der nachlassenden Spendenwilligkeit in Fürth. Der Verein setzte deswegen vermehrt Hoffnungen auf die Sendung „Vergiß mein nicht“ mit Peter Frankenfeld. Vorsitzender Reinmann hoffte zudem auf eine Kostenübernahme für eine zusätzliche Lehrkraft in der Sonderschule, was seitens der Stadt dann Anfang 1965 auch gewährt wurde, so dass 1965 drei Lehrkräfte zur Verfügung standen: Herta Pönn, Renate Seidenbacher und Anneliese Gipp.

Im selben Jahr beauftragte die Lebenshilfe zunächst Architekt Feldner, den Ortsvorsitzenden in Zirndorf, mit einem Entwurf für ein Betreuungszentrum mit Wohnheim und ein Ausbildungsinstitut für Lehrkräfte. Dieser Gebäudekomplex sollte auf den Bedarf des ganzen Großraums zugeschnitten werden. Im Landkreis Fürth gab es nach damaliger Einschätzung etwa 100, in Fürth etwa 80 Kinder, die eine Sonderschule in Anspruch nehmen sollten oder könnten. Die Planungen erfolgten in Hinblick auf das seinerzeit in Beratung befindliche Sonderschulgesetz, mit dem große Erwartungen verbunden wurden. Im März 1965, als die Lebenshilfe ihr 100. Mitglied begrüßen konnte, hieß es in den Fürther Nachrichten: „Nur die wenigsten Einwohner wissen es: auch in Fürth gibt es eine ‚Aktion Sorgenkind‘. Ortsvereinigung der Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind nennt sie sich, und ihr jetzt dreijähriges Wirken hat bereits gute Früchte getragen... Die ‚Lebenshilfe‘ in Fürth hat mit ihrer tatkräftigen Arbeit... einen guten Anfang

gemacht. Den Erfolg sieht man täglich an den Kindern und Jugendlichen, die in der Sonderschule und in der ‚Beschützenden Werkstatt‘ betreut werden: Sie fühlen, dass sie einen Platz in der Gemeinschaft gefunden haben.“

Im November 1965 spendete die „Aktion Sorgenkind“ dann tatsächlich 7500 Mark für einen neuen Schulbus, eine „namhafte Fürther Autofirma“ gewährte einen weiteren Zuschuss für ein zweites neues Fahrzeug. Der einzige bisher vorhandene Bus hatte schon 130.000 Kilometer auf dem Buckel.



*Die Schulbuse waren in Fürth ein markanter Werbeträger für die Lebenshilfe, hier im Frühjahr 1966. (Foto: Nachlass Karl Reinmann).*

Insgesamt brachte die Lebenshilfe 1965 selbst 85.000 Mark für ihre Aufgabe auf, für die damaligen Verhältnisse eine gewaltige Summe. Die Stadt und der Landkreis hatten - wie schon erwähnt - die Kosten für die Lehrkräfte übernommen, das Fürther Sozialamt hatte als erste Behörde in Bayern die Eingliederungshilfe für Jugendliche gewährt.

### 4. Aufbauarbeit durch Sonderschulgesetz erleichtert

Am 1. Januar 1966 trat das Sonderschulgesetz in Kraft, das die Einrichtung von Sonderschulklassen vorschrieb. Der Vorstand der Lebenshilfe war genauso wie das Schulamt etwas verunsichert und im Unklaren, wie sich das neue Gesetz in der Praxis auf die Sonderschule der Lebenshilfe auswirken würde. Es zeigte sich jedoch, dass dieses Gesetz große Verbesserungen brachte.

Das Sonderschulgesetz etablierte gesetzlich den neuen Schultypus, der die Heranführung behinderter Menschen an die Gesellschaft weiter erleichterte. Die Schulpflicht für geistig behinderte Menschen wurde festgelegt, Schulgeldfreiheit gewährt und schulvorbereitende Einrichtungen als Vorstufe zur Sonderschule anerkannt. Die Integration des geistig behinderten Kindes in die



Gesellschaft erhielt durch dieses Gesetz einen großen Schub. Die Sondervolksschüler waren Regelschülern im Hinblick auf die staatliche personelle und finanzielle Unterstützung seitens des Staates gleichgestellt. Jetzt konnte eine planvolle Aufbauarbeit geleistet werden.

Die Lebenshilfe Fürth nahm den zugespielten Ball auf und beantragte bei der Regierung von Mittelfranken die Bildung eines Sonderschulsprengels aus der Stadt und dem Landkreis Fürth sowie die Errichtung einer öffentlichen Sonderschule. Der Verein versäumte auch nicht, eine schulaufsichtliche Genehmigung für die Errichtung einer privaten „schulvorbereitenden Einrichtung“ zu beantragen.

Das Stadtschulamt beantragte bei der Aufsichtsbehörde die Einrichtung einer Sonderklasse, wie es das neue Schulgesetz vorschrieb. Am 2. August 1966 wurde die Schule von der Stadt übernommen, was der Verein trotz des guten Verhältnisses zur Stadt mit zwiespältigen Gefühlen aufnahm, da man befürchtete, dass die in Eigeninitiative geschaffene Einrichtung per Gesetz aus den Händen der Betroffenen gleiten würde.

Die Schulleitung übernahm Herr Rektor a. D. Wilhelm Jahn, unterstützt wurde er von der „außerplanmäßigen“ Lehrerin Inge Brehmer (entspricht heutigen Lehramtsanwärtern). Die Schule bestand aus zwei Gruppen mit 10 Knaben und 9 Mädchen.

Die „Beschützende Werkstatt“ bekam 1966 von der Baugenossenschaft Eigenes Heim einen weiteren großen Raum hinzu, so dass dort 20 Jugendliche unter der Anleitung zweier Betreuer arbeiten konnten. 1966 gewann die Lebenshilfe 30 neue Mitglieder hinzu. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit stieg kontinuierlich, einerseits aufgrund des eigenen Engagements, andererseits aufgrund überregionaler Aktivitäten der Aktion Sorgenkind mit der populären Fernsehserie „Vergiß mein nicht“.

Da die Baugenossenschaft großzügig weitere 150 Quadratmeter - wohl in der Friedr.-Ebert-Straße 29 1/2 - zur Verfügung stellte, konnten weitere zehn Arbeitsplätze geschaffen werden.

Im Februar 1967 waren schon 32 Kinder in der Sonderschule, im September desselben Jahres existierten bereits drei Klassen mit 24 Knaben und 21 Mädchen.

## VI. Der große Sprung zum mehrstufigen Betreuungssystem

### 1. Theresienkrippe wird zur Lebenshilfe-Einrichtung

Anfang 1967 konnte Vorsitzender Karl Reinmann bekanntgeben, dass nunmehr für die Betreuung von behinderten Menschen ein 14.000 Quadratmeter großes Grundstück an der Zirndorfer Straße zur Verfügung stehe, das die Lebenshilfe vorerst von der Stadt auf fünf Jahre gepachtet habe. Auf dem Grundstück stand ein älteres Wohnhaus und eine Baracke, letztere wurde nach Renovierungen Anfang 1967 als Sonderkindergarten in Betrieb genommen. Das Haus und die Baracke hatten in Bezug auf Kinderbetreuung schon eine jahrzehntelange Geschichte hinter sich. Der St. Johannes Verein für freiwillige Armenpflege betrieb hier von den 1930er bis Mitte der 1960er

Jahre ein Kinderwohnheim und zeitweise auch eine Art Kinderspital, die Baracke diente dabei als „Liegehalle“. Die Einrichtung wurde „Theresienkrippe“ genannt, der Name war vielleicht umgangssprachlich von der Theresienstraße abgeleitet, wo der St. Johannes Verein ansässig war. Das dreigeschossige Wohnhaus - eine später denkmalgeschützte Villa im Heimatstil, erbaut 1903 - stand nach dem Umbau als Hausmeisterwohnung und als Wohnheim zur Verfügung. Das damals etwas verwilderte, doch als „parkähnlich“ eingeschätzte Grundstück mit einem „schönen Fichtenbestand“,



*Auf dem Gelände der ehemaligen Theresienkrippe entstand ab 1967 das Betreuungszentrum, hier in einer Aufnahme vom September 1974 (Foto: Knut Meyer).*

der nach damaligen Vorstellungen nach Möglichkeit erhalten werden sollte, wurde von 20 Studenten aus allen Ländern Europas über das Deutsche Jugend-Aufbauwerk in einem gärtnerischen Vier-Wochen-Einsatz gestaltet. Eine 60.000 Mark-Spende der Aktion Sorgenkind tat ihr übriges, mit ihr wurde auch der vierte Bus in Dienst gestellt.

Mit der neuen Liegenschaft konnte die Lebenshilfe ein mehrstufiges Betreuungssystem schaffen: Sonderschule, beschützende Werkstatt, Kindergarten und Wohnheim.

Im vorschulischen Sonderkindergarten an der Zirndorfer Straße (heute Aldringerstraße) arbeiteten zwei heilpädagogisch ausgebildete Kindergärtnerinnen, Leiterin war Frau Lauer mann. Hier lernten Kinder ab vier Jahren den Umgang mit Gleichaltrigen, Gemeinschaftsgefühl, den Umgang mit einfachem Spielzeug und Grundbegriffe der Sprache.

Die Sonderschule Heilstätte - Ende 1967 besuchten sie schon 80 behinderte Kinder aus Fürth und dem Landkreis - übernahm Kinder im Alter von etwa 8 Jahren vom vorschulischen Sonderkindergarten oder auch direkt vom Elternhaus in die Unterstufe. Einfache Handgriffe, Unterscheidung der Farben und einfache handwerkliche Tätigkeit standen hier auf dem Lehrplan. In der Mittel- und vor allem in der Oberstufe standen Sprachübungen und einfachstes Rechnen im Mittelpunkt der Ausbildung. Die Lehrkräfte erfanden sogar eigene Gedächtnisstützen für die Buchstaben des Alphabets: ein „Kuchenesser“ stellte entsprechend der Mundbewegung das „M“ dar, der „Maulaufreißer“ das A, der „Zähneblecker“ das „N“. Fürther Alltags-Pragmatismus schlug damals wie heute pädagogische Konzepte aus der Universität, möchte man hinzufügen.

In der Sonderschule wurde dann auch begutachtet, wer in der beschützenden Werkstatt einer produktiven Tätigkeit zugeführt werden konnte. Dort arbeiteten behinderte Menschen inzwischen von 8 bis 16 Uhr - man näherte sich also weiter dem normalen Industrie-Alltag an. 1967 waren weiterhin Spielzeugfirmen die Hauptauftraggeber. Die behinderten Beschäftigten setzten Miniaturautos zusammen, arbeiteten an Figuren für ein „Mensch ärgere Dich nicht“ und fertigten für die Elektro-Industrie. 1967 gab es keinerlei Reklamationen der Auftraggeber.

Insgesamt hatte die Lebenshilfe 1967 ca. 170.000 Mark eingenommen, Anfang 1968 gehörten dem Verein 175 Mitglieder an, die Hälfte davon betroffene Eltern. Im Hinblick auf die kommenden Vorhaben bestellte die Jahreshauptversammlung im März 1968 den bisherigen 1. Vorsitzenden Karl Reinmann zum Geschäftsführer, den Vorsitz übernahm sein Stellvertreter Heinz Görtz.

## 2. Erste Schritte zum Betreuungszentrum

Im Jahre 1968 brach die Lebenshilfe in die Domäne der Langzeitunterbringung ein: Im Wohnhaus in der Zirndorfer Straße (heute Aldringerstraße 4) eröffnete sie im Mai 1968 ein Wohnheim für behinderte Menschen, die keine Familie hatten oder nicht in der Familie bleiben konnten. Es war als eigenes Heim für 12-15 behinderte Menschen konzipiert und sollte von daher eine Alternative zur „Anstalt“ sein. 1968, nur wenige Jahre nach der Gründung, betreute der Verein Lebenshilfe Fürth etwa 100 behinderte Menschen. 21 Kinder von vier bis acht Jahren besuchten die Vorschule an der Zirndorfer Straße, in der öffentlichen Sonderschule mit angeschlossenem Tagesheim wurden 43 Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 6 und 16 Jahren ausgebildet, in der Werkstätte waren zu jener Zeit 19 Jugendliche und Erwachsene beschäftigt.

Erstmalig machten im Mai und Juni 1968 auch Kinder der öffentlichen Sonderschule für geistig behinderte Menschen einen Schullandaufenthalt im neuen Waldheim „Sonnenland“.



Stadtwaldspaziergang im Frühling 1968, von links nach rechts: „Heinzi“ Karlheinz R., Robert G., Helmut H., Hermann K., Günther F., Manfred G. und Roland M. (Foto Nachlass Karl Reinmann).

Im 3. August 1968 eröffnete Oberbürgermeister Kurt Scherzer auf der Fürther Freiheit für die Lebenshilfe eine sechswöchige Tombola, um das Projekt eines Betreuungszentrums an der Zirndorfer Straße voranzutreiben. Das Projekt, von dem schon Modelle existierten und das mit fünf bis sechs Millionen Mark veranschlagt war, sollte wegen der hohen Kosten abschnittsweise verwirklicht werden. Schirmherr der Tombola war Oberbürgermeister Kurt Scherzer, als Losverkäufer betätigte sich viel Fürther Prominenz, wie zum Beispiel Friedel Stranka. Im von Oberbürgermeister Kurt Scherzer und 2. Vorsitzenden Simon Böhmetzriether unterschriebenen Spendenaufruf hieß es unter anderem: „Ungezählten Eltern auf der ganzen Welt hat das Schicksal die Sorge um ein geistig behindertes Kind auferlegt. Auch in den Mauern unserer Stadt leben viele solche Eltern, denen wir unser Mitgefühl und unsere Hilfe nicht versagen sollten... Jeder möge bedenken, dass ihn heute oder morgen das gleiche Schicksal treffen kann.“ Zu jener Zeit betreute die Lebenshilfe 92 Kinder, den Sonderkindergarten besuchten 29, die Sonderschule 45 und die beschützende Werkstätte 18 behinderte Menschen, im Wohnheim waren vier Jugendliche untergebracht. Die Räume reichten nicht mehr aus, abgesehen vom Wohnheim waren alle Einrichtungen überbelegt.

Die Tombola und die Spendenaktion brachten den erstaunlichen Reingewinn von 130.000 Mark, so dass die Lebenshilfe 1968 bei insgesamt 238.000 Mark Einnahmen und 174.000 Mark Ausgaben einen Überschuss von 106.000 Mark verbuchen konnte.

Im September 1968 erhielt die Lebenshilfe Fürth aus der Aktion Sorgenkind des Zweiten Deutschen Fernsehens ihren fünften VW-Bus. Im selben Monat erweiterte sich die Sonderschule von drei auf fünf Klassen mit ebenso vielen Lehrern. Rektor Jahn ging nun endgültig in den

Ruhestand, Horst Gutsche übernahm die Schulleitung der inzwischen auf 48 Schüler - 31 Knaben und 17 Mädchen - angewachsenen Schule.

Wie jeder Verein blieb auch die Lebenshilfe nicht von einem handfesten Krach verschont. Karl Reinmann, im Jahr zuvor als Geschäftsführer bestimmt, kündigte zum 30. April 1969. Die Gründe waren ständige Spannungen mit der Vorstandschaft. Kurzzeitig übernahm Peter Horn das Amt des Geschäftsführers. In der Jahreshauptversammlung im März 1969 spitzte sich der interne Konflikt anhand eher belangloser Satzungsfragen weiter zu, Anlass war der Beitritt der Lebenshilfe Fürth Land zur städtischen Ortsgruppe, der gesamte Vorstand trat zurück. Angesichts der großen Aufgabe „raufte“ man sich aber bald wieder zusammen. Die Lebenshilfe zählte nach der Fusion mit dem Landkreis 325 Mitglieder. Trotz der Spannungen war der allgemeine Wille ungebrochen, die Provisorien endlich in das Betreuungszentrum einmünden zu lassen.

Das Jahr 1969 brachte eine weitere Schwierigkeit mit sich: Zwar wurde im Frühjahr ein Haus in der Weiherhofer Straße 69 (Dambach) für die Sonderschule zur Verfügung gestellt, das Anwesen in der Heilstättensiedlung musste aber verlassen werden, es fiel im Herbst dem Abriss zum Opfer, so dass ab September 1969 nur die Weiherhofer Straße zur Verfügung stand und deswegen der Unterricht in Schichten abgehalten werden musste. Ein Teil der sieben Klassen mit 36 Knaben und 28 Mädchen kam jeweils Montag, Dienstag, Mittwoch, der andere Donnerstag, Freitag und Samstag. Die Raumnot verschärfte sich zusehends.

Vor allem aber waren sowohl die sanitären Einrichtungen wie auch die Heizmöglichkeiten in der Weiherhofer Straße mangelhaft bis ungenügend, was nach einem Kälteeinbruch im Dezember 1969 zu einem heftigen Schlagabtausch zwischen der Lebenshilfe und der Stadt Fürth führte. Probleme ergaben sich auch daraus, dass Horst Gutsche beamteter Schulleiter der Sonderschule und gleichzeitig Vorsitzender des Vereins war (bis 20. Mai 1971). Auf einer außerordentlichen Hauptversammlung flogen nicht wenige Funken aufgrund der Situation in Dambach, die einerseits der Stadt, andererseits aber auch dem eigenen Vorstand angelastet wurde. Die Notwendigkeit eines Zentrums an der heutigen Aldringerstraße stellte sich wiederum in aller Deutlichkeit, und Karl Reinmann führte mit dieser Perspektive die aufgeladene Versammlung zu einem positiven Ausklang.

In den Werkstätten arbeiteten 1969 durchschnittlich 25 Schützlinge. Aufgrund der guten Auftragslage wurde sogar ein kleines Produktionsband eingerichtet, auf dem vor allem Spielzeug montiert wurde. Der damalige Geschäftsführer Peter Horn: „Wir könnten 50 Personen beschäftigen, doch bietet die Werkstätte jetzt nicht mehr Platz“.

Das Jahr 1970 stand dementsprechend im Zeichen der Geldbeschaffung für das neue Förderzentrum, auf dem zuerst eine neue Werkstätte entstehen sollte. Nach dem damaligen Kenntnisstand waren mindestens 500.000 Mark Eigenmittel für das geplante Bildungszentrum notwendig. Neben der im Vorjahr abgehaltenen Großtombola auf der Freiheit brachten eine Mitgliederwerbaktion und eine Spendenverpflichtung auf das jeweilige Einkommen der

Mitglieder einen Reinerlös von 150.000 Mark.

Die sieben Lehrerinnen und Lehrer der Sonderschule unterrichteten inzwischen 68 Schüler. Eine weitere Ermutigung erfuhr die Lebenshilfe durch das Arbeitsförderungs-Gesetz (AFG) von 1970. Zuschüsse und Darlehen zum Bau und zur Einrichtung von „Behindertenwerkstätten“ waren nun auch durch die Bundesanstalt für Arbeit möglich; behinderte Menschen konnten Unterstützung zur Ausbildung und Einarbeitung beantragen. Das Inkrafttreten des AFG kam gerade noch rechtzeitig zum Werkstattbau, so dass mehr Zuschussmöglichkeiten, vor allem für Werkzeuge und Maschinen, in Anspruch genommen werden konnten.

Im Januar genehmigte das bayerische Innenministerium der Lebenshilfe 900.000 Mark Zuschuss für den Bau einer beschützenden Werkstätte (der Voranschlag lag bei 2,5 Millionen Mark).

Anfang 1971 konnte der Unterricht in der Sonderschule wieder in normalen Bahnen abgewickelt werden, da in der Marienstraße 25a, in dessen Gebäude seit Ende 1970 die Werkstatt der Lebenshilfe untergebracht war, Räume frei wurden. Rund 25 behinderte Menschen im Alter zwischen 15 und 25 Jahren aus der Stadt und dem Landkreis arbeiteten dort montags bis freitags und stellten weiterhin hauptsächlich Spielsachen her, aber auch Netzteile für die Tonbandproduktion der Grundig Werke. Die Werkstatt leitete wie bisher Anton Saller, der von zwei Mitarbeitern und einem Zivildienstleistenden unterstützt wurde.

Die Schulleitung wurde ebenfalls in die Marienstraße verlegt. Zum August 1971 verließ Horst Gutsche die Sonderschule, so dass die Schulleiterstelle zu Anfang des Schuljahres 1971/72 unbesetzt war. Zu dieser Zeit waren 76 Kinder (48 Knaben und 28 Mädchen) in der Schule, eine weitere Klasse stand vor der Eröffnung. Kurz nach Ausscheiden von Horst Gutsche als Schulleiter übernahm Herr v. Glatz die Stelle des Geschäftsführers.

### 3. Reprivatisierung der Sonderschule

Während das Bauamt der Stadt Fürth seit 1970 den Neubau der Sonderschule in der inzwischen auf Aldringerstraße umbenannten Zirndorfer Straße plante, stand für die Lebenshilfe zunächst völlig unvermittelt die Reprivatisierung der Sonderschule auf der Tagesordnung. Hintergrund war einerseits eine naheliegende Überlegung: Da die Lebenshilfe am selben Ort eine umfassende Fürsorge plante, wäre es von Vorteil, wenn auch die Schule in dieselbe Trägerschaft überginge. Das Sonderschulgesetz von 1965 gab die Möglichkeit, solche Einrichtungen wieder zu privatisieren, der Staat trug aber nach einer Gesetzesänderung weiterhin die Personalkosten. Der springende Punkt lag aber vor allem darin, dass bei einer Reprivatisierung nicht die Stadt, sondern der Staat die Baukosten von 3 Millionen Mark tragen müsste.

Diese relativ späte Erkenntnis aus der Lektüre des Sonderschulgesetzes veranlasste Stadtschulrat Karl Hauptmann „fünf Minuten vor Zwölf“ vehement einer-

seits auf die Bremse und andererseits auf das Gaspedal zu treten, was im Vorstand der Lebenshilfe - inzwischen war Karl Reinmann wieder 1. Vorsitzender (von 1971 bis 1989) - zunächst zu Irritationen und gewissen Ängsten führte, die sich in entsprechendem Briefverkehr und Sondersitzungen des Vorstandes niederschlugen.

Tatsächlich hatte man in der Lebenshilfe durchaus Bedenken in Bezug auf die Reprivatisierung: Der Status der behinderten Kinder könnte verschlechtert werden, wenn sie nicht wie andere Kinder in eine öffentliche Schule gingen; der auf die Lebenshilfe zukommende zusätzliche Verwaltungsaufwand würde nur zum Teil durch das Sonderschulgesetz abgefangen werden; die Suche nach geeigneten Lehrkräften müsste eventuell der Verein übernehmen; die Bindung von Vereinskaptal zur Zwischenfinanzierung würde ebenfalls angesichts der weitreichenden Planungen zu Problemen führen. Auf der anderen Seite: Angesichts der möglichen Ersparnis von drei Millionen Mark gab die Stadt der Lebenshilfe weitgehende Hilfezusagen.

Derweilen präsentierte Architekt Bernhard Heid die Planungen für die Schule mit zehn Klassenräumen. Die Baupläne hätten nun bei der Regierung eingereicht werden müssen, wurden aber zurückgehalten, um die Reprivatisierung noch vorher abzuwickeln. Da auch andere kommunale Sonderschulbetreiber die entsprechende gesetzliche Regelung wahrgenommen hatten, waren die beteiligten staatlichen Stellen mit einer Vielzahl von Reprivatisierungsanträgen überhäuft und nahmen zu diesen Anträgen mittlerweile eine ablehnende Haltung ein.

Im November 1971 führte die Lebenshilfe unter den Erziehungsberechtigten eine Unterschriftenaktion durch, um die Reprivatisierung aus Gründen der Anbindung an das Bildungszentrum zu fordern. Am 27. Dezember 1971 ging der entsprechende Antrag der Lebenshilfe an die Regierung von Mittelfranken.

Mittlerweile stand der Rohbau des ersten Bauabschnittes der „Werkstatt für geistig Behinderte“ kurz vor der Fertigstellung, was die Argumentation gegenüber der Regierung erleichterte, die im Übrigen noch einmal die Grundkonzeption der Lebenshilfe zusammenfasste: „Wir planen den Bau eines Bildungs- und Betreuungszentrums für geistig Behinderte. Ein solches Zentrum muss folgerichtig auch eine Sonderschule für geistig Behinderte einschließen. Die lückenlose Bildung und Betreuung der Behinderten soll kontinuierlich von der Früherfassung bis zum Berufsschulalter gewährleistet sein, ... dabei soll von dem Grundsatz ausgegangen werden, dass den Behinderten die familiäre Nestwärme so lange wie möglich erhalten bleiben soll. Erst wenn die Eltern verstorben sind oder andere zwingende Gründe es notwendig machen, sollen die Behinderten zur Erhaltung ihres bisherigen Lebenskreises in unserem Wohnheim Aufnahme finden.“ Abgesehen davon malte Vorsitzender Reinmann - sicherlich mit stillschweigendem Einverständnis der Stadt Fürth - die bestehende öffentliche Sonderschule in den düstersten Farben.

#### 4. Fertigstellung und Bezug der Werkstätten

Am 27. Oktober 1971 feierte man im kleinen Kreis Richtfest der Beschützenden Werkstatt, das Betongebäude an der Zirndorfer Straße stand nun im Rohbau. Die Finanzierung konnte als gesichert bezeichnet werden, die Kosten - damals auf 2,1 bis 2,5 Millionen Mark geschätzt - wurden durch Zuschüsse von Land, Bezirk, Kommune und Landkreis, von der Aktion Sorgenkind und von der Bundesanstalt für Arbeit, die auch den erforderlichen Maschinenpark zur Verfügung stellte, mitgetragen. Trotzdem musste die Lebenshilfe enorme Eigenmittel aufbringen, um die Gesamtkosten decken zu können. Der Werkstattbau mit einer Grundfläche von 1.000 Quadratmetern konnte allen behinderten Menschen „echte Industriearbeit“ garantieren. In Fürth entstand die damals größte Werkstätte dieser Art in Bayern. Sie unterschied sich insofern von früheren Werkstätten, als nach Fertigstellung eine „echte Produktion“ aufgenommen werden könnte, so ein damaliges Statement.

Mit Bescheid vom 20. März 1972 genehmigte die Regierung von Mittelfranken der Lebenshilfe, eine private Sonderschule zu betreiben. Als Gründe wurden von der Regierung unter anderem angegeben: „Es wird sich voraussichtlich günstig auswirken, wenn die in Fürth bestehenden und geplanten Einrichtungen zur Förderung geistig Behinderter in einer Hand liegen. Die Eltern der Kinder, die gegenwärtig die öffentliche Sonderschule für geistig Behinderte in Fürth besuchen, haben sich unterschriftlich mit einem Wechsel in die beantragte private Sonderschule einverstanden erklärt“.

Im April 1972 gab es deswegen auf der Jahreshauptversammlung mehrere Gründe zum Feiern: Die Beschützende Werkstatt war im Rohbau fertig und der Errichtung der privaten Sonderschule stand nichts mehr im Wege, so dass die Provisorien in der Marienstraße und in Dambach mit rund 80 Schülern in absehbarer Zeit dem Ende zugingen. Der Verein feierte (verspätet) sein zehnjähriges Jubiläum, und Karl Reinmann skizzierte auf der Versammlung die Entwicklungsgeschichte, die von schwierigen Anfängen gezeichnet gewesen sei: „Es war ein mühevoller Weg, bis das Eis bei den Behörden gebrochen war“. Der Beginn sei schon deshalb so schwer gewesen, weil es Anfang der 60er Jahre „keine Grundlagen für die Hilfe des geistigbehinderten Kindes gab“. Gesetzesänderungen wie das Sonderschulgesetz von 1966 und das Arbeitsförderungsgesetz von 1970 brachten Unterstützung, so habe die Bundesanstalt für Arbeit alleine 600.000 Mark für die Beschützende Werkstatt beigesteuert. Im April 1972 beantragte die Lebenshilfe bei der Stadt Fürth, ihr das Erbbaurecht am Grundstück Aldringerstraße 4 (früher Zirndorfer Straße 114) einzuräumen, unter anderem, weil der Grundstücksnachweis eine wesentliche Voraussetzung zur Genehmigung der Errichtung von schulischen Einrichtungen durch die Regierung von Mittelfranken war.

Zum 1. August 1972 übernahm die Lebenshilfe Fürth die Sondervolksschule für geistig behinderte Menschen wieder vollständig. Neuer Leiter wurde Herbert Meyer, der seit 1970 in der Sonderschule unterrichtete. Im September 1972 besuchten 52 Knaben und 30 Mädchen die Schule.

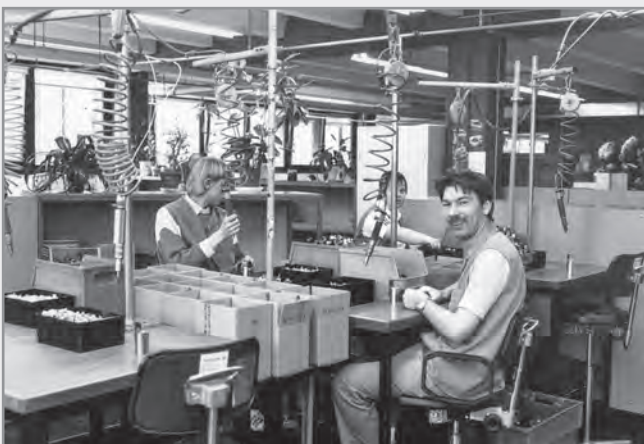


*Im Juli 1972 war die Beschützende Werkstätte fertiggestellt, hier zusammen mit dem Wohnheim im Oktober 1979 (Foto: Knut Meyer).*

Im Juli 1972 war die Beschützende Werkstätte mit einem Kostenaufwand von 3,2 Millionen Mark Bau- und Einrichtungskosten fertiggestellt und wurde mit 33 behinderten Menschen bezogen, Anfang September nahm sie ihre Arbeit unter der Leitung von Herrn Scholze auf, im Laufe des Jahres wuchs die „Belegschaft“ auf 45; insgesamt bot die neue Einrichtung 120 Ausbildungs- und geschützte Arbeitsplätze, bis 1976 sollte sie voll belegt sein. Es waren seinerzeit Erweiterungsmöglichkeiten auf 200 Plätze vorgesehen. Im Zuge der Fertigstellung in der Aldringerstraße wurden von den Eltern Arbeitsleistungen im Wert von ca. 400.000 Mark erbracht.

Bis zur Fertigstellung der Sonderschule sollten die Schüler weiterhin in der Weiherhofer Straße 49 und in der Marienstraße 25a untergebracht werden, von der Marienstraße wurden bis September 1972 die Einrichtungen der beschützenden Werkstätten in die Aldringerstraße verlegt und die frei werdenden Räume der Sonderschule zur Verfügung gestellt. Entsprechend den Bestimmungen des Sonderschulgesetzes wurde zum Beispiel ein provisorischer Gymnastiksaal eingerichtet.

Als erste Einrichtung dieser Art in Bayern stand die Beschützende Werkstatt nicht nur geistig behinderten Jugendlichen, sondern - ohne Altersbeschränkungen - allen behinderten Menschen offen, die nicht in den normalen



*Produktion in der Beschützenden Werkstätte. (Foto: Knut Meyer).*

Arbeitsprozess eingliedert werden konnten. Die Presse titelte dementsprechend: „Ein neuer Fürther Modellfall“. Ein Abkommen mit der Bundesanstalt für Arbeit sicherte der Werkstätte die notwendige Unterstützung und Förderung. Der Bau hatte auch wieder eine vermehrte Spendentätigkeit zur Folge, die von mit Kleingeld gefüllten Cognacflaschen über Prominenten-Fußballturniere bis zu größeren Spenden beispielsweise von der „Fränkischen Pelzindustrie“ reichte. Mitte 1974 trat das neue Schwerbehindertengesetz in Kraft, das unter anderem bei einer Erwerbsminderung um mindestens 50 Prozent einen erhöhten Kündigungsschutz, Zusatzurlaub und Steuervergünstigungen gewährte. Am 27. Juli 1974 lud die Lebenshilfe zu einem Tag der offenen Tür in der Aldringerstraße ein, „Stolz anstatt Scham“ war ein Motto, das die Presse im Titel ihres Berichtes aufnahm: „Wenn man die Entwicklung dieser beschützenden Werkstätte aus kümmerlichen Anfängen zu der heutigen Größe miterlebt hat, dann ist dieser Fortschritt noch viel augenfälliger. Aus den verschüchterten, gehetzten Kindern von einst sind sehr selbstbewusste junge Leute geworden, die stolz auf ihre Arbeit sind, die ihre Fabrikate wiedererkennen, wenn sie sie in Schaufenstern oder im Fernsehen entdecken.“



*Rainer K., ein „Gründungsnutzer“ der Lebenshilfe, bei der Produktion in der Beschützenden Werkstätte. Rainer K. zog es jedoch auf das Land, er wollte landwirtschaftlich und mit Tieren arbeiten, so wechselte er in eine kirchliche Betreuungseinrichtung auf dem Lande in der Oberpfalz. (Foto: Knut Meyer).*

### 1. Die neue Sonderschule

1973 und 1974 stiegen kontinuierlich die Besuchszahlen der Sonderschule. Im September 1973 waren 54 Knaben und 32 Mädchen an der Schule, im September 1974 schon 60 Knaben und 34 Mädchen, im September 1975 64 Knaben und 38 Mädchen, also insgesamt 104 Schüler

1974 schuf die Lebenshilfe die Frühbetreuung: Erfahrene Erzieherinnen besuchten Eltern in ihren Wohnungen, um sie im Umgang mit behinderten Säuglingen und Kleinkindern zu unterstützen. Im September 1974 kam Peter Pschörer als Leiter der Sonderschule zur Lebenshilfe.

Ende 1974 machte die „Aktion Kleeblatt“ mit der siebenjährigen Sabine Wenzel Furore. Sie startete eine Sammelaktion für die Aktion Sorgenkind und trat mit ihrer Aktion sogar in der damals allwöchentlichen Sendung der Aktion Sorgenkind im ZDF auf.

Da der Freistaat 1975 eine Million Mark für den Bau der Sonderschule freigab, konnte am 4. Juni 1975 mit dem Schulhausneubau begonnen werden. Die Gesamtnutzfläche war auf 3.160 Quadratmetern, die Kosten auf 5,5 Millionen projektiert. Im Kellergeschoß waren eine rund 100 Quadratmeter große Turnhalle und ein therapeutisches Bad mit einer Beckengröße von viereinhalb mal sechs Meter vorgesehen.

Die bestehende Sonderschule bekam 1975 mehrfach Besuch von Hauptschülern, die Begegnungen mit behinderten Kindern suchten. Die Oberstufe nahm sogar an einem Ausflug der Fürther Schulen nach Kelheim teil, es ergaben sich dabei keinerlei Probleme. Seit Schuljahresanfang 1975/76 war der Schule eine „Berufsschule für geistig Behinderte“ mit einer Klasse angegliedert. Die Klasse setzte sich aus Jugendlichen zusammen, die in der Werkstatt arbeiteten und ein Abschlusszeugnis der Sonderschule vorweisen konnten. Der Unterricht fand zweimal wöchentlich vormittags mit je vier Stunden statt.

Zum Abschluss des Schuljahres feierte die Lebenshilfe das schon traditionelle große Kinderfest. Das Weihnachtsfest 1975 wurde von Eltern eines amerikanischen Schülers der Sonderschule organisiert, jedes Kind bekam ein Geschenk von einem „amerikanischen Weihnachtsmann“.

Am 14. Oktober 1976 konnte das Richtfest für die private Sondervolksschule und die schulvorbereitende Einrichtung gefeiert werden. Zum Richtfest erschienen zahlreiche Ehrengäste aus dem Bayerischen Landtag, dem Bundestag und aus den kommunalen Gremien.

Wie schon 1975 wurden auch 1976 Konfirmation und Kommunion der Lebenshilfe-Kinder in gesonderten Veranstaltungen organisiert, wiederum nahm eine Oberstufenklasse am Ausflug der Fürther Schulen teil. Die Schlussfeiern der Sonderschule entwickelten sich zum Ereignis, so dass 1976 die Fürther Nachrichten hierüber berichteten. Im November 1976 startete im Landkreis Fürth eine Spendenaktion für den Sonderschulneubau, dessen Kosten auf 5,1 Millionen Mark veranschlagt waren, das Kapitaldefizit der Lebenshilfe betrug noch etwa 100.000 Mark.

Im September 1976 erweiterte sich die Berufsschule für geistig behinderte Menschen auf drei Klassen. 1976 wurde in der

Dr. Mack Straße eine Villa angemietet, da das bestehende Wohnheim zu klein wurde. In der Villa waren 12 Bewohner untergebracht.

Zu Weihnachten 1976 besuchten 40 Auszubildende der Schickedanz-Kleiderfabrik die 110 behinderten Kinder der Sonder- und Vorschule und betätigten sich als singende, spielende und geschenkfrohe Weihnachtsboten.

Zunehmende Umzugsstimmung bemächtigte sich im Jahr 1977 der Helfer und Betreuten der Lebenshilfe. Schon ab Mai wurden die Vorschüler im Neubau an der Aldringerstraße untergebracht, die bisher in einem Anwesen an der Dr. Mack Straße beaufsichtigt wurden. Schon Anfang 1977 wurde das Gebäude in der Weiherhofer Straße geräumt und die Klassen in der Aldringerstraße untergebracht; im Gegenzug zogen die Wohnheim-Bewohner aus dem alten Anwesen in der Aldringerstraße in ein ehemaliges Lehrlingswohnheim in der Friedrich-Ebert-Straße 51, das vom Diakonischen Werk angemietet und trotz gewisser Mängel - kein Aufzug, relativ wenige Einzelzimmer und ausschließlich Gemeinschaftssanitäreinrichtungen - ca. 40 Menschen mit Behinderungen à fünf Gruppen lange Jahre zur Heimat wurde.

Den genannten Nachteilen standen verschiedene Vorteile gegenüber: Zunächst war das Haus nicht „geschlossen“ und lag inmitten einer Wohngegend; der damalige Heimleiter Ulrich Steiner formulierte dies damals so: „Die hier wohnenden Behinderten sind begrenzt gesellschaftsfähig, weshalb sie nach außen können und sollen“. Kontakte und Freundschaften mit Außenstehenden schienen möglich.



*Keine Studenten-WG, sondern der Gemeinschaftsraum des Wohnheims in der Friedrich-Ebert-Straße um 1980.*

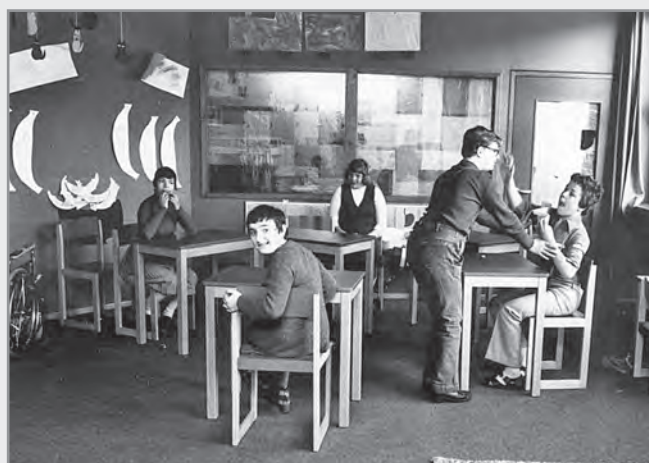
*(Foto: Lebenshilfe).*

Anfangs wohnten zehn behinderte Menschen hier, im März 1979 waren es schon 24 (16 Männer und acht Frauen). Die Kapazität des Hauses war auf 48 Bewohner ausgelegt. Die Bewohner waren in Gruppen zusammengefasst, zu jeder Gruppe gehörten eine Teeküche, ein Speiseraum und ein Gruppenleiter, der im gleichen Stockwerk bei seiner Gruppe wohnte. Träger des Wohnheims war eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die „Behinderten-Wohnheim Fürth GmbH“, die eine Einrichtung der Lebenshilfe war. Der Betrieb brachte der Lebenshilfe zwar ein weiteres Defizit, doch war es ihr wichtig, den geistig behinderten Menschen ein möglichst „normalhäusliches“ Leben führen zu lassen.

Auch der Umzug der Sonderschule war im Jahre 1977 vollzogen, wenngleich die offizielle Einweihung erst im Folgejahr stattfand. Mittlerweile betreute die Lebenshilfe 15 Kinder in der Frühförderung, 22 Kinder in drei Gruppen der Schulvorbereitenden Einrichtung (SVE), 91 Kinder in zehn Schulgruppen sowie vier Gruppen Berufsschule. Der SVE und der Schule wurde die Tagesstätte angeschlossen. In diesem Jahr wurden die Kinder der Lebenshilfe mehrfach zu Veranstaltungen eingeladen, so zum Beispiel von den Schaustellern zum Fürther Frühlingsfest, das seinerzeit am Lohnert-Sportplatz stattfand. Die Auszubildenden der Schickedanz Kleiderfabrik feierten, wie im vorherigen Jahr, bei der Lebenshilfe ihr Weihnachtsfest.

Zum 1. August 1977 wurde in Fürth ein „Behinderten-Taxi“ eingeführt. Der Bezirk übernahm die Kosten für vier Fahrten in der Woche, behinderte Menschen zahlten je nach Einkommen eine Beteiligung.

Am 2. Juni 1978 lud die Lebenshilfe Fürth e.V. zur Einweihung der - schon bezogenen - privaten Sondervolksschule für geistig behinderte Menschen ein. Die Sondervolksschule war mit einem Kostenaufwand von 4,5 Millionen Mark errichtet worden. Sie enthielt nicht nur nette und freundliche Schulräume, Lehrküche und Arbeitszimmer, sondern auch Gymnastiksäle und im Untergeschoß sogar ein Schwimmbad. Der Fürther Maler Hans Langhojer hatte den nüchternen Zweckbau mit bunten Riesenschildern verschönert.



Ein Klassenraum der Sondervolksschule (Förderschule) im Oktober 1979. (Foto: Knut Meyer).

Architekt Bernhard Heid, der schon für die Planung der Werkstätte verantwortlich gewesen war, übergab anstelle eines Schlüssels - moderne Schlüssel seien zu schmacklos - Schulleiter Pschörer zur Eröffnung ein „Orffsches Musikinstrument“. Mit dem Neubau hatte die Lebenshilfe ihr langverfolgtes Ziel erreicht, ein Zentrum für behinderte Menschen zu schaffen.

Karl Reinmann betonte zur Einweihung, dass dieses Ziel ohne die Hilfe der öffentlichen Hand - des Freistaates Bayern, der Stadt Fürth und des Landkreises Fürth - nicht zu schaffen gewesen wäre. Gleichzeitig kündigte er die Erweiterung der Beschützenden Werkstatt an. Für die Stadt Fürth sprachen Bürgermeister Heinrich Stranka und

Stadtschulrat Senator Karl Hauptmannl, für den Landkreis Landrat Dr. Dietrich Sommerschuh. Karl Hauptmannl führte in Bezug auf geistig behinderte Kinder unter anderem aus: „... hier müssen wir Staat und Gesellschaft anklagen, dass sie über Jahrhunderte hinweg diese Kinder einfach übersahen und nichts für ihre Entwicklung getan haben. Die Eltern waren auf sich allein gestellt und dabei oft finanziell und pädagogisch überfordert. So ist es dankbar anzumerken, dass sich auch in Fürth Mütter, Väter und Lehrer zusammaten, um auch für die Stadt Fürth und den Landkreis Einrichtungen für geistig behinderte Kinder zu schaffen... Schier unlösbare Aufgaben taten sich damals vor den Beteiligten auf, aber Zielstrebigkeit, Zähigkeit und Ausdauer haben letzten Endes dazu geführt, dass wir heute dieses Zentrum für geistig behinderte Schüler und Jugendliche einweihen können. Besonderer Dank gebührt dem Vorsitzenden der Lebenshilfe, Herrn Karl Reinmann, der mit den weiteren Vorstandsmitgliedern dieses Werk geschaffen hat. Was er und seine Mitarbeiter in den vergangenen Jahren geleistet haben, kann von Außenstehenden kaum ermessen werden.“ Spontaner Beifall unterbrach an dieser Stelle die Rede.

## 2. Projekt Sprachheilschule

Im September 1978 bemühte sich die Lebenshilfe, den Bekanntheitsgrad der Frühförderung zu steigern, da die Nachfrage noch relativ gering war. Die für die Eltern kostenfreie Betreuung beinhaltete Besuche von Fachkräften in der Wohnung, Aufstellung und Durchführung von Therapieplänen, Gruppentherapien mit anderen Kindern sowie die Betreuung der Eltern in heilpädagogischer Hinsicht. Die Frühförderung wollte möglichst alle Kinder erfassen, die aufgrund von klinischen Untersuchungen vom ersten Lebenstag an von einer Behinderung bedroht schienen. Die bedrohten Kinder sollten nicht etwa „kaserniert“ werden, wie manche Eltern befürchteten. Die Frühförderung wollte den Störungen durch Beratung und Anleitung der Eltern, durch gesteuerte Gesamtentwicklung des Kindes nach neuesten Erkenntnissen entgegenwirken. Die mobile Hausbetreuung und ambulante Dienste standen in zwei eigens eingerichteten Räumen der Lebenshilfe im Vordergrund.

Am 16. Oktober 1978 begann die „Schulvorbereitende Einrichtung für Sprachbehinderte“ mit ihrer Arbeit; acht Kinder besuchten ab diesem Zeitpunkt die neue Einrichtung. Auch diese Einrichtung war, einschließlich Transport zur Lebenshilfe, für die Eltern kostenfrei. Eigentlich wäre die Stadt Fürth für diese Einrichtung zuständig gewesen und begann auch 1976 mit einer Sprachheilschule unter der Regie eines Kindergartens. Da in die Sonderklassen aber auch Schüler aus dem Landkreis aufgenommen werden sollten, hätte es eines Schulverbandes zwischen Stadt und Land bedurft, der nicht zustande kam. In die Bresche sprang die Lebenshilfe, die damit erstmals ihr angestammtes Terrain der Arbeit mit geistig behinderten Menschen verließ.

Die Nerven des Vorstandes wurden im Oktober 1978 starken Belastungsproben ausgesetzt: Einerseits machte der

Fiskus unerwartet mit der Steuerbegünstigung der Werkstätten Schwierigkeiten, da hierfür die - bisher nicht vorhandene - Mitgliedschaft in einem der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege Voraussetzung war. Auch verspäteten sich die staatlichen Zuschüsse für die Werkstatt und für die Schule, obwohl die Einrichtungen längst arbeiteten. Die notwendige Zwischenfinanzierung seitens der Lebenshilfe war für den Schatzmeister alles andere als erbaulich.

Die beschützende Werkstätte, in der noch wenige Jahre zuvor Plätze angeboten wurden, platzte mittlerweile aus allen Nähten. Über die 120 in dem seinerzeit bestehenden Bau angebotenen Plätze hinaus war die Nachfrage so groß, dass das Platzangebot auf 180 erhöht werden sollte. Die Kosten waren auf 2,5 Millionen Mark veranschlagt. Im Herbst 1978 begannen - relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit - die Arbeiten am Erweiterungsbau.

Im Schuljahr 1978/79 besuchten zwischen 92 und 102 Kinder die elf Gruppen der Schule, 21 Kinder die drei Gruppen der Schulvorbereitenden Einrichtung.

Das staatliche Schulamt bestellte am 1. März 1979 Peter Pschörer zum Schulleiter, er leitete die Schule schon seit 1974. Am Beispiel der 1978 eingerichteten Sprachheilschule zeigte sich, dass die Lebenshilfe mit Vorbehalten und Vorurteilen zu kämpfen hatte, das Odium der „Anstalt“ nicht überwunden war: Die Sprachheilschule war für Sprachbehinderte mit normaler Intelligenz gedacht. Eltern sprachlich behinderter Kinder mit normaler Intelligenz zeigten jedoch erhebliche Vorbehalte, da die Sprachheilschule zunächst im Gebäude der Lebenshilfe angesiedelt war: Die Eltern weigerten sich vielfach, ihre Kinder in die Obhut der Lebenshilfe zu geben. Sie glaubten einfach nicht, dass ihre Kinder bei der Lebenshilfe gut aufgehoben waren und befürchteten eine Stigmatisierung.

Den Eltern entstanden außer den Essenskosten in Höhe von 34 Mark und einem Lehrmittelbeitrag von fünf Mark im Monat keine Kosten. Es gab keine Wartezeiten für den umfassenden Beratungsdienst, aber auch keine Meldepflicht der Ärzte für Problemkinder. Transportkosten zur Lebenshilfe wurden voll erstattet, die „Fürther Transportgesellschaft für Behinderte“ konnte auf sieben Busse und zwei Lastkraftwagen zurückgreifen.

Im Schuljahr 1979/80 umfasste die Schule zwischen 102 und 107 Kinder in 11 bzw. 12 Gruppen, davon zwei Gruppen Berufsschule (20 Kinder). Die Schulvorbereitende Einrichtung (SVE) wurde von 21 Kindern in Anspruch genommen. 1979 konnte die Lebenshilfe auf eine türkische Dolmetscherin zurückgreifen - dreizehn der Schützlinge waren Türken.

Eine Vielzahl von integrativen Festen prägte das Jahr 1980. Neben einem Flamenco-Fest im Juni wurde auch ein Rock-Festival im Folgemonat durchgeführt, eine Klasse des Hardenberg-Gymnasiums besuchte die Sonderschule. Eine Wohltätigkeitsveranstaltung „Tanz im Herbst“ fand dagegen leider nur geringen Anklang.

Im März 1980 erschien die erste Nummer einer eigenen Zeitung der Lebenshilfe in Fürth, damals noch unter dem Titelkopf „Gemeinsam“. Die Publikation sollte nach damaliger Planung einmal monatlich mit einer Auflage von angeblich 50.000 Stück erscheinen. Im Geleitwort hieß es:

„Mit der Zeitung will die Lebenshilfe ihre Stimme erheben für eine Gruppe von Mitbürgern, die auch heute noch - trotz aller Bemühungen - im Schatten der Gesellschaft steht: die Behinderten, Alten und Sozialschwachen... Was diese Zeitung nicht will: Mitleid hervorrufen: Sie will vielmehr aufrufen zur Integration dieser Menschen in unserer Gemeinschaft, zu ihrer Anerkennung, nicht zuletzt aber auch zur aktiven Mithilfe der Bürger zu diesem Vorhaben.“

1980 richtete die Lebenshilfe in Fürth die erste Außenwohngruppe mit sechs Bewohnern ein, das Haus Korczak im Krähenweg 65. Benannt wurde es nach Janusz Korczak (eigentlich: Henryk Goldszmit). Der polnische Arzt, Kinderbuchautor und bedeutende Pädagoge beschäftigte sich vor allem mit Kinderrechten, Sonderpädagogik und Alternativschulen. Er war von 1911 bis 1942 Leiter eines jüdischen Waisenhauses in Warschau. Ähnlich wie Isaak Halleman, der Fürther Waisenhausleiter, begleitete Korczak die etwa 200 Kinder seines Waisenhauses im August 1942 in das Vernichtungslager Treblinka, obwohl ihm selbst Fluchtmöglichkeiten offenstanden.

Ein weiterer Versuch zur Begegnung von behinderten und nichtbehinderten Menschen war im Dezember die Gründung eines Filmklubs, der monatliche Filmabende durchführen wollte. Zum Advent richtete die Nürnberg-Fürther Frauenloge bei der Lebenshilfe eine Feier aus. Die Schule umfasste im September 107 Kinder in 13 Klassen, die schulvorbereitende Einrichtung 15 Kinder in zwei Gruppen. Der Transport behinderter Menschen wurde inzwischen von der eigenständigen „Fürther Transportgesellschaft für Behinderte“ vorgenommen, bei der die Lebenshilfe Hauptgesellschafter war.

### 3. Das „Jahr der Behinderten“ und der beginnende Sozialabbau

Im Januar 1981 fand erstmals eine Dichterlesung in der Aula der Schule statt, Fürths Theaterleiter Kraft-Alexander las eine Geschichte des tschechischen Autors Karel Capek. Zum „Jahr der Behinderten“ war eine vermehrte Aufmerksamkeit der Medien zu verzeichnen. Längere Reportagen zum Klassenunterricht, zur Frühförderung und über Einzelschicksale erschienen.



Heidi Dröge mit einem behinderten Kind im Kugelbad der Frühförderung, 1981 war das Kugelbad noch eine therapeutische Sensation. (Foto: Knut Meyer).



Die Frühförderung stellte in diesem Zusammenhang fest: „Nicht das behinderte Kind ist das Problem, sondern die Umgebung“. Unter dem Druck ihrer Umwelt richteten aber auch die Eltern oft überhöhte Erwartungen an die Möglichkeiten von Frühförderung und Lebenshilfe. Entwicklungsrückstände könnten zwar beseitigt werden, aber bei Kindern mit geistigen und körperlichen Schäden müsste den Eltern zunächst nach der Geburt über den Schock hinweggeholfen werden, dass ihre Kinder nie normal in die Leistungsgesellschaft eingepasst werden können: „Wir machen keine Therapie um jeden Preis, sondern nur, wenn das Kind Spaß daran hat... Wer gibt uns das Recht, das Kind nach unserem Ebenbild zu formen“, so Heidi Dröge, die damalige Leiterin der Frühförderung. Bis 1981 wurde die Frühförderung als Modell von der Regierung bezahlt, später übernahmen die Krankenkassen und der Regierungsbezirk die Kosten. Soweit diese über das bewilligte Maß hinausgingen, übernahm sie die Lebenshilfe, etwa wenn ein Kind mehr als die vorgesehenen zwei Stunden Förderung pro Woche brauchte. Als die Fürther Lebenshilfe 1977 mit der Frühförderung die Initiative ergriffen hatte, war die Finanzierung des Projektes noch keinesfalls gesichert.



Die Frühförderung zog 1981 in den Neubau in der Aldringerstraße 5 um, Foto vom Februar 1981 (Foto: Knut Meyer).

Zum alljährlichen Sommerfest im Juli 1981 konnten einige regional bekannte Musiker engagiert werden, Angehörige des US-Veteranenvereins sorgten für das leibliche Wohl. Im Stadttheater wurden im Foyer Exponate aus dem Werkunterricht der Lebenshilfe präsentiert. Der Lions-Club Fürth und die Aktion Sorgenkind e.V. spendeten im Laufe des Jahres 1981 jeweils einen Bus.

1981 kam noch die zweite Außenwohngruppe in Cadolzburg/Wachendorf mit zwei Gruppen und zwölf Bewohnern hinzu (Fürther Straße 2); in diesem Jahr betreute die Lebenshilfe in ihren Einrichtungen insgesamt über 400 behinderte Menschen.

Zum Abschluss des Jahres der Behinderten 1981 zogen örtliche Vertreter für Fürth eine weitgehend ernüchternde Bilanz. Die Aktivitäten der Stadt beschränkten sich hauptsächlich auf Verbesserungen in bautechnischer Hinsicht: behindertengerechte Parkplätze, Absenkung von Gehsteigkanten, behindertengerechte Toiletten in Schulen, behindertengerechte U-Bahn Zugänge etc. Vorwürfe an das Stadttheater wurden laut, das bei Senioren-Vorstellungen nur zwei bis drei behinderte Menschen zuließ. Mangelnde Kooperation der Kirchengemeinden und „geringes Interesse von Nicht-Behinderten an der offenen Behindertenarbeit“ beklagten Mitarbeiter der in Fürth tätigen Diakoniewerke Neuendettelsau und Fürth. Von Missachtung, Vorurteilen und Diskriminierung musste jedoch vor allem Georg Jordan, der Leiter des Behindertenwohnheims der Lebenshilfe, berichten. Bei der Suche von Wohnungen für die Außenwohngruppen sei er bei Vermietern und Anwohnern ganz überwiegend auf Ablehnung gestoßen. So hatten nach Abschluss eines entsprechenden Mietvertrages in einem Reihenhaus neun von 11 Nachbarn vehement gegen den Einzug der behinderten Menschen protestiert. Immobilienmakler hätten ihm bedeutet, dass beim Einzug von behinderten Menschen in der Nachbarschaft angeblich ein Wertverlust von 50.000

Mark pro Haus hingenommen werden müsse. In Bezug auf das „Jahr der Behinderten“ sah Jordan neben „Pflichtaktionen“ Erfolge nach wie vor in harter Kleinarbeit, in Gesprächen mit und über behinderte Menschen, in Kontaktpflege und der Verminderung von Vorurteilen, wobei er sich aber nicht falschen Hoffnungen hingeben wollte: „Vorurteile sind stabil. Man meidet eine Gruppe, weicht ihr aus, tritt nicht mit ihr in Kontakt, kann daher Vorurteile gar nicht abbauen“. Georg Jordan war ein Verfechter der Verselbständigung von behinderten Menschen und hob in „seinem“ Wohnheim als erster in Mittelfranken die strikte Geschlechtertrennung auf.

Die behinderten Bewohner im Wohnheim äußerten sich im Dezember 1981 auch eher negativ zum „Jahr der Behinderten“: Georg, damals 19 Jahre alt, beklagte, dass behinderte Menschen in Heime gesteckt, in eigenen Werkstätten isoliert und oftmals von den Eltern abgeschoben werden, da sie nicht deren Vorstellungen entsprächen: „Es gab zwar viele Sendungen, aber verändert hat sich wenig“. Die 30jährige Hildegard: „Auch in diesem Jahr sind die Leute nicht freundlicher geworden. Warum behandelt man uns nicht gleich, wir haben Sorgen und Probleme wie jeder andere.“ - Soweit zum „Jahr der Behinderten“ 1981.

#### 4. Integrativer Kindergarten

Allerdings wuchsen seit Anfang der achtziger Jahre die Schatten eines wirtschaftlichen Rückgangs in der Bundesrepublik, der sich vornehmlich am Arbeitsmarkt und auf die Chancen der beruflichen Eingliederung und Beschäftigung von behinderten Menschen auswirkte, aber auch die personelle Versorgung mancher Sonderschulen beeinflusste und schließlich zum stufenweisen Sozialabbau führte. Unversehens wurde die Erhaltung sonderpädagogischer Maßnahmen und Einrichtungen angesichts angespannter Haushaltslagen zum Thema. In Fürth verband man zum Beispiel in Zusammenhang mit dem zweiten Haushaltsstrukturgesetz im Frühjahr 1982 entsprechende Befürchtungen. Im Rahmen des Gesetzes mussten sich Eltern nun an betreuende Maßnahmen beteiligen. Zuvor war ihnen lediglich ein Betrag von 34 Mark pro Kind und Monat für die „häusliche Ersparnis“ aberlangt worden. Allerdings gab es im Bayerischen Sonderschulgesetz andere Richtlinien, die die Gesetzesänderung des Bundes wieder ausglich, so dass im Ergebnis nur ein größerer Papierkrieg herauskam. Die Lebenshilfe befürchtete nun, dass wegen des überhöhten Verwaltungsaufwandes manche besser verdienenden Eltern ihre Kinder aus der Tagesstätte abmeldeten, was indirekt zu Kürzungen des Stellenplanes und zu einem geschmälernten therapeutischen Angebot führen würde. Bei der Lebenshilfe griffen Schule und Tagesstätte ineinander. Da das Haus als Ganztagesstätte konzipiert war, fielen auch die Therapien weg, sobald ein Kind aus der Tagesstätte genommen wurde. Eine Lehrkraft kommentierte das 1982 so: „Gleich nach dem Jahr der Behinderten werden die Leistungen zurückgeschraubt. Ein eindeutiger Rückschritt.“

Die am 28. Dezember 1981 - also noch im „Jahr der Behinderten“ - beschlossene Gesetzesänderung brachte in den meisten Fällen für die Eltern behinderter Kinder eine finanzielle Belastung (sofern nicht das bayerische Sonderschulgesetz griff), der Platz in einer Tagesstätte für behinderte Kinder kostet seinerzeit monatlich etwa 200 Mark (ein normaler Kindergartenplatz 60 Mark). Auch die Offenlegungspflicht der Einkommens- und Vermögensverhältnisse wurden als diskriminierend empfunden.

Das Sommerfest der Lebenshilfe im Juli 1982 war wieder eine Großveranstaltung mit zahlreichen Entertainern und Shows. Im Juli 1982 besuchte das Infomobil der Aktion Sorgenkind Fürth. Die Berater des Infomobils wurden rege in Anspruch genommen.

In der Frühförderung der Lebenshilfe unter der Leitung von Heidi Dröge betreute ein interdisziplinäres Team von sechs Fachkräften 94 Kinder in Stadt und Landkreis. Heidi Dröge und die Frühförderung schoben ein neues Projekt an, den integrativen Kindergarten. Behinderte und nicht behinderte Kinder zwischen drei und sechs Jahren sollten unter Anleitung von Fachkräften miteinander spielen und aufwachsen. Der am 1. Oktober 1982 eröffnete integrative Kindergarten war zunächst versuchsweise auf ein Jahr konzipiert. Es gab durchaus Widerstände gegen das Projekt. So standen beispielsweise Befürchtungen Eltern nicht behinder-

ter Kinder dagegen, dass ihre Sprösslinge durch den Kontakt mit behinderten Kindern auf deren Niveau „herabgezogen“ würden. Heidi Dröge hielt dem entgegen, dass behinderte Kinder im emotionalen Bereich nicht behinderten „haushoch überlegen“ seien. Von einem engen Kontakt hätten somit beide einen Nutzen. Die behinderten Kinder bekämen soziale Kontakte, die nicht behinderten könnten gesellschaftliche Grenzen überwinden. Aber auch manche Eltern behinderter Kinder hatten Bedenken: Hatte man nicht in den letzten Jahrzehnten mühsam die eigene Schule, eigene Einrichtungen für behinderte Kinder geschaffen? War das durch das Konzept der Integration nicht gefährdet?

Die Bedenken wurden durchaus ernstgenommen, aber man wollte einen Versuch starten. Karl Reinmann gab die Zusage, dass im Vereinszentrum an der Aldringerstraße ein Domizil zur Verfügung gestellt würde. Das Jugendamt übernahm 80 Prozent der Kosten. Die Stadt und der Trägerverein machten der engagierten Gruppe um Heidi Dröge keinerlei Auflagen hinsichtlich der Ausrichtung und dem Umfang des Vorhabens. Anfang Juni 1982 billigte Karl Reinmann und der Vorstand das umfangreiche Konzept des Kindergartens – damit war das Versuchsstadium überwunden und der Kindergarten konnte ganz offiziell eingeweiht werden.

Als dankbare Geste gegenüber dem kooperativen Vorstand bekam das Projekt vom Team den Namen „Karl-Reinmann-Kindergarten“. Der erste integrative Kindergarten - damals übrigens als 30. Kindergarten in Fürth - wurde am 2. November 1982 mit zehn nichtbehinderten und fünf behinderten Kindern eingeweiht. Inzwischen hatte das bayerische Kultusministerium das Projekt als Modellversuch anerkannt.

#### 5. Erste zentrale Unterbringung der Sprachheilschule

Schon vor der offiziellen Einweihung des integrativen Kindergartens kam die Lebenshilfe im August und September 1982 in einen gravierenden finanziellen Engpass, da die Regierung mit der Erstattung des Sach- und Personalaufwandes in Verzug geraten war. Zunächst fehlten 1,65 Millionen, im September immerhin noch 1,27 Millionen Mark. Die Summen betrafen den Betrieb der Sonderschule für geistig behinderte Kinder an der Aldringerstraße sowie die Schulen für stark sprachbehinderte Kinder, die mittlerweile provisorisch in vier Anwesen in der Stadt untergebracht waren. Die Mittel waren zwar bereitgestellt, aber die zur Freistellung notwendige Abrechnung des Sach- und Personalaufwandes der Sprachheilschule konnte erst verspätet vorgelegt werden, da die Schule erst kurz bestand. Zur Vorfinanzierung der Millionensumme musste sich die Lebenshilfe „total blankstellen“, der Kreditrahmen um 100.000 Mark überzogen werden. Abgesehen davon waren die Ansparungen schon von einer Reihe von Investitionen belastet. Der vereinte Einsatz der Fürther Landtagsabgeordneten beschleunigte die Freigabe der ausstehenden Mittel ganz erheblich.

So konnten auch die 250.000 Mark für den Umzug der schulvorbereitenden Einrichtung für stark sprachbehinderte Kinder (vier „Provisoriumsstellen“) in das ehemalige BIG-Verwaltungsgebäude an der Erlanger Straße in Anspruch

genommen werden. Im April 1983 betreute ein breit gefächertes Kollegium von 30 Mitarbeitern 170 Mädchen und Jungen. Betreuungskosten für die Eltern fielen nicht an, da die Regierung von Mittelfranken teils direkt, teils indirekt alle Lohn- und Gehaltskosten übernahm.

Ebenfalls im April 1983 führte die Tanzgruppe der Lebenshilfe im Stadttheater anlässlich der musischen Wochen „Peter und der Wolf“ von Sergej Prokofjew auf. Die Schauspielgruppe hatte sich 1981 anlässlich verschiedener Theaterbesuche gebildet. Am Anfang standen Stücke wie „Frau Holle“ und „Rotkäppchen“.

Am 5. Juli fand in Fürth im Stadion des TV 1860 das dritte „Landesschulfest für Behinderte“ statt. 26 Schulen aus ganz Bayern beteiligten sich mit 550 Wettkämpfern.

Das Jahr 1984 war zunächst geprägt von weiteren Gesetzesänderungen im Rahmen des Sozialabbaus. Die unentgeltliche Beförderung von behinderten Menschen im Schienenverkehr wurde zum 1. Januar aufgegeben, am 1. April

wurde der Personenkreis von behinderten Menschen stark reduziert, denen Freifahrten beim öffentlichen Nahverkehr und Befreiung von der Kfz-Steuer zustanden.

Der integrative Kindergarten erfreute sich reger Nachfrage, so dass Erweiterungen erfolgten und projektiert wurden. Die Hand in Hand mit dem integrativen Kindergarten arbeitende „Kind- und Eltern-Frühförderung“ mit elf Therapeuten stand jedoch vor Finanzierungsproblemen, da sich der Bezirk im Jahre 1983 aus der Kostenträgerschaft zurückzog. Die Mischfinanzierung durch Sozialhilfeträger und Krankenkassen, was den medizinischen Teil der Frühförderung anbetraf, war nicht kostendeckend und hinterließ viele Unklarheiten.

Beteiligungen der Lebenshilfe Fürth e.V. an einer Autoreisen-Firma und einem Autohändler sowie Privatfahrten von Zivildienstleistenden mit Lebenshilfe-Bussen führten im Mai 1984 vor allem bei der ÖTV zu Irritationen, die jedoch ausgeräumt werden konnten.

## VIII. Ihrer Zeit zu weit voraus:

### 1. „Lennys Hütte“ und die „Gesellschaft für Integration“

Im September 1984 wurde im Wohnheim Friedrich-Ebert-Straße 51 ein großer Raum als Begegnungsstätte in Form einer Kneipe eingerichtet: „Lennys Hütte“ war geboren. Seit April 1984 waren die Vorarbeiten im Gang gewesen, um die Begegnungsstätte zu schaffen: „Ziel ist die Integration von Behinderten und Nicht-Behinderten. Beide Seiten sollen den Umgang miteinander lernen“, so Vorsitzender Karl Reinmann. Allerdings: Zur Eröffnung waren 100 Nachbarn eingeladen worden, gekommen war ein einziger. Mit Musikgruppen und Schülertheater sollte zukünftig das Eis gebrochen werden. Die Heimbewohner waren zu meist unter sich, aber das hatte auch seinen Vorteil: Sie hatten verschiedentlich die Erfahrung gemacht, dass sie in „normalen“ Lokalen ungern gesehen waren, wobei die Skala der Ablehnung von abfälligen Bemerkungen bis zum Lokalverbot gereicht habe. Das Unternehmen „Lennys Hütte“ war im Freistaat einzigartig. Die Lebenshilfe war

bei der Finanzierung des Projektes auf sich alleine gestellt, vor allem mussten zwei hauptamtliche Mitarbeiter bezahlt werden. Anfang 1985 war eine mangelnde Akzeptanz von behinderten Menschen außerhalb des Wohnheims und bei den Anwohnern zu verzeichnen, auch ansonsten hielt sich die Besucherfrequenz in Grenzen. Im Sommer 1985 veranstalteten das Wohnheim, Lennys Hütte und die „2-CV-Freunde“ ein Sommerfest am Kanal.

Angeregt von einer Elterninitiative entstand im Januar 1985 unter der Obhut der Lebenshilfe eine Gesellschaft für Integration (GfI). Ziel der maßgeblich von Heidi Dröge initiierten Gesellschaft war es, die Eingliederungen von behinderten Menschen aus ihren wenigen Reservaten in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens zu fördern. Da die Nachfrage nach dem Integrativen Kindergarten längst über die Angebotskapazität herausgewachsen war, suchte die GfI Erweiterungsmöglichkeiten und visierte die Einrichtung gemeinsamer Schulklassen für behinderte und nichtbehinderte Kinder an. Geschäftsführerin wurde Heidi Dröge, die schon als Geschäftsführerin der Kind- und Eltern-Frühförderung und beim Aufbau des integrativen Kindergartens Erfahrungen gesammelt hatte.

Im Juni 1986 bemühte sich die Gesellschaft für Integration mit vielfältigen Aktivitäten um die Einrichtung einer integrativen Schulklasse in einem Modellversuch als Fortsetzung des Integrativen Kindergartens. Dem Vorurteil, integrative Beschulung schade der kindlichen Entwicklung und Leistungsfähigkeit, hielt die GfI dem widersprechende Forschungsergebnisse entgegen.

Im Oktober 1986 erhielt die GfI vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus die endgültige Abfuhr für die integrative Schulklasse. Über die Absage des Bayerischen



In „Lennys Hütte“ im September 1984. (Foto: Knut Meyer).

Staatsministerium für Unterricht und Kultur zeigte sich bei der GfI um so weniger Verständnis, als gerade zu diesem Zeitpunkt in anderen Bundesländern verstärkt integrative Klassen eingerichtet wurden. Überdies war mit dem Veto kein Alternativvorschlag verbunden gewesen. Die hoffnungsvollen Eltern standen vor dem Problem, dass die dem integrativen Kindergarten entwachsenen Kinder aus dem eingespielten sozialen Rahmen in Sonder- bzw. Förderschulen mussten, die in manchen Fällen auch weiter entfernt lagen.

Das Ministerium stieß sich auch am Anspruch der integrativen Schule als dritte Form des Bildungswesens, so schrieb Ministerialdirigent Dr. Kaiser an die GfI: „Diese Forderung weist in die falsche Richtung. Es ist nicht zu verantworten, zwischen Grundschulstufe der Sonderschule und Grundschule eine neue Schulform einzurichten...“ Seiner Ansicht nach ermöglichte das Konzept der GfI keine den individuellen Bedürfnissen der behinderten Kinder angepasste Entscheidung, in welcher Schulart die bestmögliche Förderung erfolgen könne. Das Projekt sei daher mit dem Bayerischen Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen nicht vereinbar. Beanstandet wurde ferner, dass im GfI-Konzept nicht die hinreichend erfolgreiche Teilnahme der behinderten Kinder am Unterricht, sondern primär die soziale Integration in den Blickpunkt gerückt werde.

Im November 1986 traf sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Gesellschaft für Integration in Fürth. Hier wurde weiterhin gefordert, die Integration über den Kindergartenbereich hinaus zu betreiben. Die Arbeitsgemeinschaft lobte die Einrichtungen in Fürth, hier habe die Arbeitsgemeinschaft ein „optimales Pflaster“ gefunden.

## 2. Jubiläen und Gewitterwolken

Ludwig Niebler sorgte nicht nur in seiner Eigenschaft als Hausmeister für die Kinder der Lebenshilfe an der Aldringer Straße, im Sommer 1986 schaffte er auf eigene Kosten eine kleine Damwild-Familie an, die sich zu aller Freude in dem Schulgelände tummelte. Schon zuvor hatte er sieben Jahre zwei Rehe gehalten, die der Hausmeister als schwerverletzte Kitz bei sich aufgenommen hatte.



Die Rehe von Ludwig Niebler waren 1986 eine besondere Attraktion in der Aldringerstraße. (Foto: Peter Vrbata).

1987 feierte die Lebenshilfe Fürth ihr 25jähriges Bestehen mit verschiedenen Veranstaltungen, unter anderem mit einem großen Sommerfest am 4. Juli. Ein Bus-Pendeldienst brachte Besucher von der Fürther Innenstadt zur Aldringerstraße und zurück. Das kunterbunte, multi-kulturelle Programm wurde wieder einmal von Günter Stössel abgeschlossen. Oberbürgermeister Uwe Lichtenberg zeichnete in seiner Festrede den Weg der Lebenshilfe von einer kleinen Privatinitiative zu einer „mustergültigen Einrichtung“ nach.

Beim kurz darauf folgenden Tag der offenen Tür zeigten alle Mitarbeiter unter Leitung von Vorsitzenden Karl Reinmann, GmbH Geschäftsführer Georg Jordan und Schulleiter Peter Pschörer den Alltag bei der Lebenshilfe wie auch ihre Ziele auf. Dem Vorsitzenden Karl Reinmann wurde 1987 das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.



Karl Reinmann im März 1979 vor dem Wohnheim Friedrich-Ebert-Straße 51, damals auch Geschäftsstelle der Lebenshilfe und Zweigstelle des Bundesamtes für Zivildienst.

(Foto: Günter B. Kögler).

Im Juni 1988 feierte das „Behinderten-Wohnheim“ sein 20jähriges Bestehen mit einem großen Fest am Hafen. Die Hoffnung, möglichst viele Leute zum Fest am Hafen zu locken, die im Alltag keinen Kontakt zu behinderten Menschen hatten, erfüllte sich leider nicht. Ein großes Festzelt, Veranstaltungen, Aufführungen, Spiel und Spaß erwarteten die Gäste. Zwanzig Jahre „oft mühevoller, aber immer wertvoller Arbeit“ waren im Vergleich zu den anderen 77 Wohnheimen der Lebenshilfe in der Bundesrepublik tatsächlich außergewöhnlich, in Bayern sei das Fürther „Behinderten-Wohnheim“ wahrscheinlich das älteste überhaupt, so vermutete Karl Reinmann in seiner Festrede. Zu diesem Zeitpunkt arbeiteten 16 pädagogische Mitarbeiter in der Friedrich-Ebert-Straße 51 und in den beiden Außenwohnstätten in Burgfarrnbach und Wachendorf mit etwa 65 behinderten Menschen. In kleinen überschaubaren Wohneinheiten lebten die Gruppen von jeweils drei bis zwölf Bewohnern mit einem bis vier Betreuern.

Seit sieben Jahren verlief der Versuch mit gutem Erfolg, durch Außenwohngruppen der Ghettosituation des Heimlebens zu entgehen: Eine Gruppe wohnte in einem Reihenhause in Burgfarrnbach und zwei in Wohnungen in Wachendorf. Diese Außenwohnanlagen, in denen die selbständigeren behinderten Menschen Platz gefunden hatten, boten nach Ansicht der Betreuer gute Integrationsmöglichkeiten. Alle Gruppen waren gemischtgeschlechtlich, um das Miteinander zwischen Mann und Frau einzuüben. Das Verhältnis mit der Nachbarschaft war nach Anfangsproblemen inzwischen fast herzlich. Der Tagessatz von 5,28 Mark, den der Bezirk Mittelfranken zur Verfügung stellte, musste für Frühstück und Abendessen und am Wochenende auch für den Mittagstisch ausreichen. Die Kosten der Wohnheimplätze wurden von der Sozialhilfverwaltung des Bezirks nur für „werkstattfähige“ behinderte Menschen übernommen. Wer in Rente ging, musste unter diesen Bedingungen in ein Altenheim abgeschoben werden und verlor seine gewohnte Umgebung. Aber auch die Erzieher und Mitarbeiter des Heimes in der Friedrich-Ebert-Straße waren sich zum Jubiläum 1988 einig: „Der Alltag in diesem Haus ist nicht trostlos. Er ist vielmehr geprägt von Fröhlichkeit und Geduld.“

Im Laufe des Jahres 1988 zogen jedoch Gewitterwolken zunächst über „Lennys Hütte“ auf. Der Wirtschaftsbeirat der Lebenshilfe machte sich Gedanken, wie man den Verlust von jährlich 50.000 Mark mindern könne. Die Vereinsführung schlug vor, die Heimgruppen sollten die Bewirtung mit ihren Betreuern übernehmen, so dass den beiden 30-Stunden Kräften gekündigt werden könne. Diese Idee fand in der Friedrich-Ebert-Straße - vorsichtig ausgedrückt - nur geringe Gegenliebe.

Ende 1988 kam die Lebenshilfe in Turbulenzen: Zunächst gab Karl Reinmann sein Amt von sich ab. Vorsitzende waren nun gemeinsam Diethart Bischof, damals schon fünf Jahre 2. Vorsitzender, sowie Peter Schneidzik und Franz Schreiber. In die Kritik kamen wieder die Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen, ein Darlehen an einen Rechtsanwalt und eine Immobilienbeteiligung, die ganz erhebliche Verluste verursachte. Fehler in Bezug auf Finanzierungen mussten eingestanden werden. Die Lebenshilfe konnte jedoch den Kritikern entgegenhalten, dass sie sich von einem Elternverein zu einer Organisation entwickelt hatte, die fast alle Lebensbereiche und Bedürfnisse von behinderten Menschen abdeckte. Die erforderlichen Eigenmittel für die Vielzahl der geschaffenen Einrichtungen konn-

ten nur aus Spenden, Zuschüssen und eben weiteren Vereinsaktivitäten - auch in Form von Beteiligungen - aufgebracht werden. Gerade die Förderung des integrativen Gedankens („Lennys Hütte“, Gesellschaft für Integration) war nur durch finanzielle Aktivitäten möglich. „Lennys Hütte“ verursachte alleine nach wie vor einen jährlichen Zuschussbedarf von 50.000 Mark, so dass eine Schließung diskutiert wurde.

Im Frühjahr 1989 wurde zur Erhaltung der „Förderverein Lennys Hütte“ gegründet, im Juni 1989 renovierte die Maler-Innung Fürth „Lennys Hütte“, die Innung verlangte weder die Arbeits- noch die Selbstkosten. Die Planung der Gestaltung erfolgte im Rahmen einer Semesterarbeit in der Kunstakademie Nürnberg. Später übernahm noch der Evangelische Verein zu Förderung junger Arbeitsloser die Schreinerarbeiten.

### 3. Schaffung des Familienentlastenden Dienstes - Aufgabe von Lennys Hütte

Am 21. Juni 1989 fand auf dem Gelände des TV 1860 Fürth das sechste „Bezirkssportfest für geistig Behinderte“ statt. 74 Soldaten der Stabsstaffel des Heeresfliegerregiments 26 aus Roth halfen nicht nur drei Tage lang beim Aufbauen und Vorbereiten, sondern führten auch die Sportlerriege an, betreuten und motivierten die 1.200 Teilnehmer aus 15 Schulen für geistig behinderte Menschen in ganz Mittelfranken. Die Organisation hatte weitgehend die Schule in Dambach übernommen, die Finanzierung sicherte die Regierung von Mittelfranken. Im Oktober 1989 richtete die Lebenshilfe mit finanzieller Unterstützung des Lions-Clubs Fürth einen



*Auch eine Partnerschaft mit behinderten Menschen aus Paisley hat sich entwickelt. Hier sind um 1991 Schotten (ohne Arbeitsmantel) zu Besuch in den Dambacher Werkstätten. Etwas rechts von der Mitte hält ein Mitarbeiter der Werkstätten ein eben produziertes Cullmann-Stativ in den Händen. (Foto: Lebenshilfe).*

Familientlastenden Dienst (FeD, Lebenshilfe-Familiendienst) ein. Der FeD übernahm eine stundenweise Betreuung behinderter Kinder, Jugendlicher und Erwachsener. Der Lions-Club übernahm seinerseits die Kosten der Einrichtung. Die grundlegende Finanzierung war eine Grundvoraussetzung für die beantragten Zuschüsse bei Stadt, Land und Bund in Höhe von etwa 100.000 Mark. Da alle Zuschüsse aber erst ab 1. Januar 1990 flossen, übernahm die Aktion Sorgenkind die Zwischenfinanzierung. Die hilfesuchenden Familien zahlten dem FeD für eine Betreuungsstunde fünf Mark. Der FeD sollte helfen, die Selbständigkeit behinderter Menschen zu fördern und eine frühzeitige Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu vermeiden. 1990 wurden insgesamt 3.639 Betreuungsstunden geleistet.

Zum Tag der offenen Tür im Juni 1990 konnten die Mitarbeiter der beschützenden Werkstätten ihren Leistungsstandard demonstrieren. Spielzeugautos wurden montiert, Steckdosen zusammengesetzt, Leiterplatten mit Elektronik bestückt, neben Teilen aus der Fahrzeugelektrik entstanden komplette Computertastaturen. Abgesehen von der Lohnmontage bestand auch noch eine Kunststoffspritzerei mit sieben Maschinen. In der Ausbildungsabteilung konnten in einem zweijährigen Arbeitstraining die notwendigen Fertigkeiten im Umgang mit Werkstoffen und Werkzeugen erlernt werden. Die Löhne waren keineswegs Zuschüsse, sie wurden erwirtschaftet, lediglich die Kosten für das Betreuungspersonal trug die Sozialhilfe.

Im Dezember 1990 eröffnete „Lennys Hütte“ im neuen Outfit; im Juni 1991 stellten 29 Künstlerinnen und Künstler zugunsten der Lebenshilfe Werke zur Verfügung, die in „Lennys Hütte“ versteigert wurden, der Erlös betrug mehr als 7.000 Mark.

Als Ersatz für ein angemietetes Haus der Außenwohngruppe Wachendorf erwarb die Lebenshilfe 1991 ein größeres Objekt in Roßtal (Eichenwald), welches mit 14 Plätzen belegbar war.

Ebenfalls 1991 mietete die Lebenshilfe in Zirndorf Räume mit 1.000 qm Fläche als Zweigstelle der Dambacher Werkstätten an. Sie dienten vor allem der Beschäftigung und Betreuung von Mitarbeitern mit hohem Betreuungs- und Pflegeaufwand, da in den Werkstätten in Dambach die erforderlichen Voraussetzungen – z.B. ein Wickelraum – nicht zur Verfügung standen. Auch für schwerstbehinderte Mitarbeiter, die ein ruhigeres und überschaubareres Umfeld benötigen, war die Zweigstelle eine Alternative zum Betreuungs- und Beschäftigungsangebot der Hauptstelle, auch sie konnten so ein gewisses Maß an verwertbarer Arbeit erbringen. Bei den Planungen für die Dambacher Werkstätten war von einem anderen Personenkreis ausgegangen worden, da die Aufnahme von schwerstbehinderten Menschen nach den damaligen Vorgaben des Arbeitsamtes nicht vorgesehen war.

Am europaweiten „Aktionstag der Behinderten“ Anfang Mai 1992 fand auch in Fürth am Bahnhofplatz eine Demonstration von etwa 20 Rollstuhlfahrern und 40 weiteren Teilnehmern statt. Die Hauptforderung der behinderten Menschen ging vor allem an die Politiker, die im Grundgesetz die Rechte behinderter Menschen verankern sollten. In Ländern wie Frankreich oder den USA hätten behinderte Menschen schon weitaus mehr verbrieft Rechte auf Gleichstellung, so argumentierte eine Sprecherin der Demonstration.

Die Stadt Fürth stellte immerhin im Sommer 1992 eine halbe Planstelle für einen „Behindertenbeauftragten“ in Aussicht, der schon lange gefordert, aber aus finanziellen Gründen immer abgelehnt wurde.

Der Lions-Club und die Aktion Sorgenkind verschafften dem Familientlastenden Dienst (FeD) 1992 und 1993 einen geeigneten Fuhrpark für seine Betreuungsdienste. 1993 richtete der FeD eine Freizeitgruppe für geistig und körperlich behinderte Jugendliche und Erwachsene ein, die auf große Resonanz stieß. Der dringende Platzbedarf des FeD war allerdings auch ein Grund für die Vorstandschaft der Lebenshilfe, das Projekt „Lennys Hütte“ aufzugeben. Letzten Endes kam vieles zusammen: Mangelnde Akzeptanz bei der Öffentlichkeit vereitelte die integrative Zielrichtung, die entsprechend mangelnden Einnahmen verhinderten einen kostendeckenden Betrieb. Die Sprachheilschule musste im Frühjahr 1993 zunehmend mit Einschränkungen kämpfen: Im Zuge von Sparmaßnahmen des Kultusministeriums wurde eine Stelle gestrichen und die Gruppenstärke auf elf Kinder erhöht. Diese wurden lediglich von einer Heilpädagogin ohne Hilfe einer Zweitkraft betreut; damit war praktisch der Personalschlüssel eines Regelkindergartens erreicht, eine individuelle Förderung der Kinder kaum noch möglich.

Inzwischen musste die Lebenshilfe auch ansonsten Sparmaßnahmen einleiten. Das im Rahmen des Solidarpaktes I (vom 13. März 1993) verabschiedete „Föderale Konsolidierungsprogramm“ sah ein generelles Einfrieren der Pflegesätze aller Behindertenorganisationen auf den Stand von 1992 sowie eine jährliche Kostensenkung von mindestens einem Prozent vor. Konsequenzen für die Lebenshilfe: Personalabbau, da die Gehälter mit 70 bis 80 Prozent des Lebenshilfe-Budgets den dicksten Brocken ausmachten. Dies werde dann eine schlechtere Betreuung bewirken, so der kommissarische Geschäftsführer Georg Jordan im Juni 1993: Statt mit individueller Betreuung werde man sich wohl mit der „satt und sauber“-Devise der längst vergessen geglaubten Anstalten aus der Frühzeit der „Behindertenfürsorge“ begnügen müssen.

Finanzierungsprobleme brachten dem so hoffnungsvoll gestarteten Projekt „Lenny's Hütte“ zum 1. Juli 1993 das Aus. Mit der integrativen Kleinkunsthöhle verlor die Fürther Szene einen weiteren Farbtupfer, aber der Zuschussbedarf lag in keinem Verhältnis zum doch eher geringen Zuspruch.

### 1. Neuer Namen, neue Führung, neue Pläne

Im Raum der ehemaligen Lennys Hütte konnte am 17. Dezember 1993 das 25jährige Jubiläum des „Behinderten-Wohnheims“ gefeiert werden. Begonnen hatte alles - wie weiter vorne beschrieben - 1968 mit sechs Frauen und sechs Männern in der alten Villa an der Zirndorfer Straße. 1975 bezog man zusätzlich eine Villa in der Dr.-Mack-Straße. 1977 quartierte sich die Lebenshilfe in die Friedrich-Ebert-Straße 51 ein, zum 25jährigen Jubiläum hatte das Wohnheim 60 Bewohner. 1993 bestanden zwei Außenwohngruppen, so die Gruppe Korczak in Burgfarrnbach, die 1994 nach Anwanen umziehen sollte, da die alten Räume gekündigt worden waren. Seit 1991 bewohnte eine andere Gruppe das Haus Eichenwald in Roßtal. Ziel der Außengruppen war es, den behinderten Menschen mehr Verantwortung zu übertragen und die Selbständigkeit zu fördern. Aber auch im „Stammhaus“ war man immer bestrebt, behinderten Menschen nicht alles abzunehmen, sondern ihnen einen eigenen Entscheidungsfreiraum und Aufgaben zu geben. Zum 25jährigen Jubiläum war die ehemalige Lennys Hütte bis auf den letzten Platz gefüllt.



*Gemütliches Beisammensein in der Friedrich-Ebert-Straße 51 im Juni 1993. Ende 1993 feierte das „Behinderten-Wohnheim“ als Institution sein 25jähriges Bestehen. Ganz rechts Jürgen Brodka, mit einer kurzen Unterbrechung seit 1979 Wohngruppen-Betreuer bei der Lebenshilfe. (Foto: Knut Meyer).*

Im Januar 1994 forderte die Lebenshilfe, die äußerst beengten Zustände der rund 215 Schüler der Sprachheilschule zu verbessern. Aus dem Stammhaus in der Theaterstraße waren seit 1982 zwei der insgesamt zehn Klassen in die Erlanger Straße ausgelagert worden, zudem neun Gruppen des Schulkindergartens und der Tagesstätte. Da die drei Einrichtungen aber in ein und dasselbe pädagogische Konzept gehörten, entstanden nicht nur organisatorische Unstimmigkeiten, sondern auch Reibungsverluste in der Betreuung. Die Lebenshilfe forderte den Stadtrat auf, für die drei schulischen Bereiche ein gemeinsames Domizil zu finden. Der Mietvertrag in der Erlanger Straße lief zum Ende des Schuljahres 1996/97 aus, dann drohten Mieterhöhungen, wenn überhaupt eine Verlängerung möglich sei, so äußerte sich der damalige Lebenshilfe-Geschäftsführer Helmut Dörfler. Der Freistaat war im Übrigen nicht mehr bereit, die hohen

Mietkosten voll zu tragen, so dass sich schon für das Jahr 1992 eine Finanzierungslücke von 40.500 Mark ergeben hatte. Die Lebenshilfe schlug vor, das ehemalige Schulgebäude der Amerikaner in Atzenhof in die Überlegungen einzubeziehen. Im August 1994 wurde leider die alte Villa - die ehemalige Theresienkrippe - in der Aldringerstraße abgebrochen. Der Denkmalschutz verweigerte zwar zunächst den Abbruch, aber die Lebenshilfe hatte schon 1971 die Genehmigung zur Beseitigung erhalten; die Villa blockierte die zweite Laderampe der Werkstätte. Im Mai 1995 wurde dann vor dem ehemaligen Standort der Villa eine Lagerhalle gebaut. Die zweite Außenwohngruppe, Haus „Korczak“, wurde 1994 von dem gemieteten Objekt in ein gekauftes Haus in Anwanen am Kleiberweg umgesiedelt (acht Bewohner). 1994 begann auch die Planung eines neuen Wohnheimes in der Fronmüllerstraße, da das bis April 2001 genutzte Heim in der Friedrich-Ebert-Straße keinen Aufzug hatte und die Räume insgesamt nicht behindertengerecht aufgeteilt waren. Im November 1994 änderte die Lebenshilfe ihre Satzung. Ein wesentlicher Punkt war der Vereinsname, der bisher „Lebenshilfe für geistig Behinderte Stadt und Fürth Land e.V.“ hieß. Gegen den Antrag, das Wort „geistig“ zu streichen, wandten sich vehement gerade Eltern geistig behinderter Kinder. Da aber die Lebenshilfe längst nicht nur für geistig behinderte Menschen aktiv war, fand man als Kompromissformel: „Lebenshilfe für Menschen mit geistiger oder anderer Behinderung Fürth e.V.“ Zudem wurden in der Satzung ausdrücklich der „Behindertensport“ und die musische Förderung eingefügt. Beide Bereiche seien für behinderte Menschen noch wichtiger als für nichtbehinderte. Als Beispiel konnte die Fußballmannschaft der Werkstätten genannt werden, die mehrfach bayerischer Meister im „Behinderten-Fußball“ geworden war. 1995 kamen wiederum eindringlich die schwierigen räumlichen Bedingungen in der Sprachheilschule in die öffentliche Diskussion.

Die im Rahmen der Gesundheitsreform eingeführte Deckelung der Pflegesätze brachte die Lebenshilfe zunehmend in Personalprobleme, da die Zuschüsse zu den Personalkosten nicht mehr vom tatsächlichen Aufwand, sondern vom Personalkostenstand des Jahres 1994 ausgingen, der jährlich um denselben Prozentsatz wie die Sozialhilfe erhöht wurde. Daraus folgten Einschränkungen bei Neueinstellungen. Der neue Vorsitzende Dr. Thomas Jung kommentierte dies Anfang 1996 so: „Deckelung bedeutet auch, dass nur noch die notwendigsten Kosten im medizinisch-pflegerischen Bereich übernommen werden. Es besteht Gefahr, dass an die Stelle von Förderung und tatsächlichem Bedarf behinderter Menschen die Verwahrung tritt - satt und sauber, das muss genügen.“

Der aus beruflichen Gründen scheidende Vorsitzende Peter Schneidzik stellte ein relativ neues Phänomen vor: Behinderte Menschen würden heute zwar weniger diskriminiert als früher, aber dafür die Eltern häufiger angegriffen: Da man heute schon vor der Geburt (pränatale Diagnose) manche körperliche und geistige Beeinträchtigungen voraussehen könne, müsse man doch kein behindertes Kind mehr bekommen, werde Eltern oft entgegengehalten.

1996 befand sich die Lebenshilfe aber auch in einer Aufbruchsstimmung: Ein neuer integrativer Kindergarten und ein neues Wohnheim mit 44 Wohnplätzen in der Südstadt waren in Planung, für die Sprachheilschule ergab sich eine Perspektive im Landkreis. Um 1996 bot die Lebenshilfe Fürth e.V. knapp 1.000 Betreuungsplätze an. Im April 1996 erschien die erste Ausgabe des Mitgliederbriefes „Lebenshilfe Fürth aktuell“, seinerzeit noch selbst kopiert und geheftet.

Für den neuen Kindergarten mit drei Gruppen für 45 behinderte und nichtbehinderte Kinder wurden 490.000 Mark veranschlagt und dementsprechend zu Spenden aufgerufen. Die „Aktion Sternstunden“ des Bayerischen Rundfunks übergab der Lebenshilfe im Dezember 1996 einen Scheck über 300.000 Mark für diesen integrativen Kindergarten.

Nach dem Gebäude für den neuen integrativen Kindergarten an der John F. Kennedy-Straße sicherte sich die Lebenshilfe 1997 ein weiteres Stück der amerikanischen Hinterlassenschaften in der Südstadt, vom Bund erwarb der Verein ein 6.600 Quadratmeter großes Gelände an der Fronmüllerstraße, um dort für voraussichtlich 10,5 Millionen Mark die neue Zentrale zu schaffen. Nach der Fertigstellung wollte die Lebenshilfe ihren Stammsitz samt „Behindertenwohnheim“ (Friedrich-Ebert-Straße) in die neuen Gebäude verlegen. Der Bund verkaufte das Gelände „sehr günstig“, unter Berücksichtigung der zu erwartenden Zuschüsse von Bund, Freistaat und Bezirk rechnete der Verein immerhin noch mit drei Millionen Mark Kosten für die Lebenshilfe. Im neuen Quartier wollte die Lebenshilfe ihr bewährtes Angebot entscheidend ausweiten und Lücken in der Behindertenbetreuung schließen. Das Wohnheim sollte um vier Plätze aufgestockt werden (in der Friedrich-Ebert-Straße waren 40 Plätze vorhanden), eine Tagesförderstätte für nicht Arbeitsfähige und zwei Gruppen für Schwerstbehinderte sollten entstehen, die bisher aufgrund der räumlichen Voraussetzungen in der Friedrich-Ebert-Straße nicht aufgenommen werden konnten. Wegen des höheren Pflegeaufwandes würde sich auch die Zahl der Beschäftigten erhöhen. Der Zeitplan hing aber von den Zuschusszusagen aus Bonn ab.

Ende 1997 erhöhten sich die Kostenschätzung auf 11,6 Millionen Mark, als Eigenanteil ergaben sich mittlerweile 2,8 Millionen Mark. Wohnheim, Wohnpflegegruppen und Tagesförderstätte auf dem 6.500 Quadratmeter großen Gelände sollten 3.245 Quadratmeter umfassen.

Am 11. August 1997 verstarb der langjährige Vorsitzende und Lebenshilfe-Pionier Karl Reinmann im Alter von 73 Jahren. Mit dem Karl-Reinmann-Kindergarten war ihm schon zu Lebzeiten ein bleibendes Denkmal gesetzt worden.

## 2. Der Sternstunden-Kindergarten

Seit Beginn des Schuljahres 1997/98 begann ein integratives Projekt in Form einer Zusammenarbeit zweier Klassen der Pfisterschule und der Förderschule in Dambach. Einmal im Monat trafen sich die beiden Klassen, unternahmen beispielsweise Besuche im Nürnberger Tiergarten

und in Museen, malten und bastelten gemeinsam und führten zwei Weihnachtsverkäufe mit selbstgebastelten kleinen Kunstgegenständen im City-Center durch. Der Erlös kam der Weihnachtsaktion „Freude für alle“ der Fürther Nachrichten zugute.

Zur Jahreshauptversammlung im November 1997 konnte Vorsitzender Dr. Thomas Jung auf Spenden ohne Sachbindung in Höhe von 43.000 Mark (Verdopplung gegenüber Vorjahr) und eine Mitgliederzahl von 787 verweisen. Erweiterungspläne für die expandierenden Einrichtungen der Frühförderung und der Förderschule Dambach wurden geschmiedet. Weiterhin hoffte man auf eine Verlegung der Sprachheilschule übergangsweise in die ehemalige US-Schule in Atzenhof, bevor das langfristige Ziel eines Sonderpädagogischen Zentrums in Oberasbach verwirklicht werden könne. Die beschützenden Werkstätten in Dambach mit 210 behinderten und 70 nichtbehinderten Arbeitskräften konnten Modernisierungen und die Aufnahme neuer Produktionsbereiche vermelden, die Spritzgussabteilung war 1997 voll ausgelastet, neue Aufträge für die Automobilproduktion waren gewonnen worden (Airbags). Die Lebenshilfe-Familiendienste boten Betreuung, Beratung und Freizeitangebote für 90 Familien an und leisteten diese Dienste mit 30 Beschäftigten. Darüber hinaus förderte die Kind und Eltern- Frühförderung der Lebenshilfe mit 23 Mitarbeitern 232 Kinder pädagogisch und 140 logopädisch und krankengymnastisch.

Mit der Eröffnung des Sternstunden-Kindergartens in der Kalb-Siedlung im Februar 1998 folgte der zweite integrative Kindergarten der Lebenshilfe. Der einstige amerikanische Kindergarten war gründlich überholt worden, die Herstellung kostete knapp eineinhalb Millionen Mark, wovon die Lebenshilfe etwa 650.000 Mark übernommen hatte, die restlichen Gelder teilten sich die Stadt und der Freistaat. Die Lebenshilfe hatte zudem von der Aktion „Sternstunden“ des Bayerischen Rundfunks über 300.000 Mark als Spenden erhalten, weshalb der Kindergarten auch den Namen „Sternstunden-Kindergarten“ erhielt. Sonne, Mond und Sterne waren denn auch die Namensgeber für die drei Gruppen des neuen Kindergartens, mit dem das schon im Karl-Reinmann-Kindergarten bewährte Konzept dieser integrativen Pädagogik fortgesetzt wurde. Die integrative Leistung sollte im Sternstunden- Kindergarten noch um das Element der vielen Nationen erweitert werden, aus denen die Kinder kamen: „Jeder kann von jedem lernen“ war damit sowohl ein integratives wie multikulturelles Motto.

## 3. Snoezelen-Räume und Heilpädagogisches Förderzentrum

Im Frühjahr 1998 verließ Geschäftsführer Helmut Dörfler Fürth, um im oberpfälzischen Irchenrieth die Leitung eines Heilpädagogischen Förderzentrums der Lebenshilfe zu übernehmen. Helmut Dörfler hatte maßgebend die zahlreichen Neuerungen, Investitionen und Projekte angeschoben, die in den Folgejahren verwirklicht wurden. In seine Fußstapfen trat Werner Winter, der schon Ende der



80er Jahre im Wohnheim als Zivildienstleistender arbeitete, zwischenzeitlich übernahm Georg Jordan kommissarisch die Geschäftsführung wie schon vor der Ankunft von Helmut Dörfler.

Die erste Benefiz-Gala zugunsten der Lebenshilfe in der Stadthalle im April 1998 wurde mit 1.300 Besuchern ein großer Erfolg. Der Erlös der Show, bei der sämtliche Mitwirkende ohne Honorar auftraten, war für den Bau des Wohnheims in der Kalb-Siedlung gedacht.

Am 27. Juni 1998 lud die Lebenshilfe zum Tag der offenen Tür nach Dambach ein, gleichzeitig feierte der integrative Karl-Reinmann-Kindergarten sein 15jähriges Jubiläum. Der Kindergarten in der Weiherhofer Straße 45 hatte nun zwei Gruppen, in denen unter Leitung von Rosemarie Gäbel-Bauer jeweils zehn nichtbehinderte und fünf behinderte Kinder Betreuung fanden. Vorsitzender Dr. Thomas Jung und die Leiterin formulierten zu diesem Anlass, dass noch immer die Fortführung des integrativen Konzepts nach der Einschulung fehle. In Gegensatz zu allen anderen Bundesländern öffneten sich die bayerischen Schulen nur in Ausnahmefällen behinderten Kindern, die Integration scheiterte bislang am Prinzip der Lernzielgerechtigkeit. Allerdings habe die CSU-Landtagsfraktion im Mai 1998 verkündet, in der nächsten Legislaturperiode einen entsprechenden Gesetzesentwurf einzubringen. Noch 1994 hätte sich das „Kultusministerium“ bei der Novellierung des Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes durchgesetzt und die CSU-Fraktion davon überzeugt, dass die Klassen in Bayern lernzielgleich, also mit Schülern ähnlicher Begabung besetzt werden sollten. Für Kinder, die als Vorschüler einen integrativen Kindergarten besuchten, war die Einschulung ein Schnitt, da in der Förderschule keine „Normalität“, keine Gemeinschaft mit nichtbehinderten Menschen gelebt werden könne.

Die inzwischen - zumindest in der Öffentlichkeit - fast vergessene „Gesellschaft für Integration“ hatte 15 Jahre zuvor vehement die integrative Grundschule gefordert, war aber an der Staatsregierung gescheitert.

Da der Umzug des Wohnheims abzusehen war, plante der Lebenshilfe-Vorstand am 23. Juli 1998, in dem freiwerdenden Gebäude ein heilpädagogisches Förderzentrum einzurichten. Die Frühförderung in der Aldringerstraße „platze aus allen Nähten“. Das heilpädagogische Zentrum sollte in Zusammenarbeit mit dem benachbarten Klinikum entstehen. Der Zulauf zur Frühförderung erhöhte sich beständig, einerseits weil immer mehr Kinderärzte junge Patienten an die Einrichtung weiterempfohlen, andererseits auch wegen der mit dem medizinischen Fortschritt gestiegenen Überlebenschancen von Frühchen, die über die klinische Versorgung hinaus „Entwicklungshilfe“ brauchten. Die Frühförderung unter Leitung von Werner Steinkirchner betreute 400 Kinder aus der Stadt und dem Landkreis. Die 24 Mitarbeiter hielten neben der ambulanten Einrichtung auch einen mobilen Dienst aufrecht, bei dem Kinder zu Hause betreut wurden. In dem etwa 2.000 Quadratmeter großen Haus an der Friedrich-Ebert-Straße waren für das geplante heilpädagogische Zentrum 800 Quadratmeter vorgesehen, das Doppelte vom bisherigen Platz in Dambach.

Ende 1998 und im Jahre 1999 konnte die Lebenshilfe eine Vielzahl von größeren Spenden entgegennehmen, vor allem aber erreichte die Lebenshilfe im August 1998 eine Millionenspende einer Fürther Familie, die nicht genannt werden wollte.



*Im Frühjahr 1999 richtete die Tagesstätte sogenannte Snoezelen-Räume ein. (Foto: Hans-Joachim Winckler).*

Die Tagesstätte der Schule richtete im Frühjahr 1999 mit Hilfe von Spenden- und Sponsorengeldern im Aulabereich zwei sogenannte „Snoezelen“-Räume ein. Die niederländische Wortschöpfung Snoezelen (sprich: snuzelen) ist eine von zwei Zivildienstleistenden in den Niederlanden 1978 geschaffene Zusammensetzung aus den beiden Wörtern „snuffelen“ (schnüffeln, schnupfern) und „doezelen“ (dösen, schlummern). In Snoezelen-Räumen können sich behinderte Menschen mit wenigen und ausgesuchten Reizen beschäftigen und dadurch zur Ruhe kommen, denn behinderte Menschen haben oft Probleme, die Flut von Umweltreizen zu verarbeiten, der sie im Alltag ausgesetzt sind. Behinderte Menschen erleben Eindrücke unmittelbarer als nicht behinderte Menschen. Letztere können diese Eindrücke ohne weitere Verarbeitung einem Erinnerungsinhalt zuordnen, was allerdings auch einen eventuellen Genuss des Reizes unterbinden kann. Die Snoezelen-Räume dienen der Verbesserung von sensibler Wahrnehmung und zugleich der Entspannung. Sie sind beispielsweise mit Tastkästen ausgestattet, in denen entsprechende Reize isoliert dargeboten werden.

Ebenfalls im Frühjahr 1999 zog die Hauptverwaltung von der Friedrich-Ebert-Straße in das Frühförderhaus an der Aldringerstraße, während die Jüngsten der Frühförderung in die Karolinenstraße 108 umzogen. Für die Frühförderung sollte die Karolinenstraße jedoch nur eine Zwischenlösung darstellen, da sie etwa 2002 in die Friedrich-Ebert-Straße umziehen sollte. Aber auch in der Karolinenstraße hatte die Frühförderung nun 800 Quadratmeter Platz. Hatten 15 Jahre zuvor ganze sieben Mitarbeiterinnen 65 Kinder zu betreuen, waren es 1999 17 Psychologinnen, Logopädinnen, Krankengymnastinnen, Erzieherinnen, Heil- und Sozialpädagoginnen, die 250 Kinder aus Stadt und Landkreis Fürth betreuten. Die Zahl der Verhaltensauffälligkeiten hatten in den letzten Jahren stark zugenommen, ein Grund dafür sei nach Ansicht des Frühförderungs-Chefs Alois Meißner die Reizüberflutung und andere äußere Umstände, die das familiäre Gleichgewicht bedrohten. 40 Prozent der Klientel zählten zu den „Verhaltensauffälligen“, der Rest litt unter Entwicklungsverzögerungen oder anderen Behinderungen.

Am 14. Juni 1999 fand das erste Mitgliederforum statt, Prof. Dr. Bengel sprach zum Thema „Stiften und Vererben – die beste Vermögensnachfolgeregelung für das behinderte Kind“. Seitdem wurde das Forum jährlich durchgeführt und Informationen zu aktuellen Themen im Bereich Behinderungen gegeben.

Im Herbst 1999 führte die Lebenshilfe eine Tageseinrichtung für erwachsene Menschen mit schweren Behinderungen ein: Provisorisch wurde ein Raum im ersten Stock des Wohnheims in der Friedrich-Ebert-Straße eingerichtet – die „Förderstätte“ war geboren.

Im September 1999 konnte der Familienentlastende Dienst (FeD) der Lebenshilfe (Karolinenstraße 108) das zehnjährige Jubiläum feiern. War man bei der Konzeption

des Dienstes von 30 Familien ausgegangen, betreute die Einrichtung 1999 über 100 behinderte Menschen, daneben versorgte der Pflegedienst weitere 110 Familien. Ein besonderes Anliegen der Einrichtung war die Versorgung und Förderung behinderter Menschen innerhalb ihres familiären Umfeldes sowie die Entlastung der Angehörigen bei diesen Aufgaben. Hierzu besuchten drei Voll- und 34 Teilzeitbeschäftigte die betroffenen Menschen entweder direkt zu Hause oder boten Einzel- und Gruppenbetreuung in den Räumen der Lebenshilfe an.

Im Oktober 1999 feierte eine weitere Einrichtung ihr Jubiläum, die Sprachheilschule bestand 20 Jahre. Das Team aus Pädagogen, Erzieherinnen Sprachtherapeuten, Motopäden und Psychologen betreute 1999 rund 330 Kinder. 138 Mädchen und Jungen besuchten die eigentliche Sprachheilschule, die von der ersten bis zur vierten Klasse reichte und einen Wechsel in die Regelschule zum Ziel hatte. Weitere 100 Kinder im Alter von drei und vier Jahren waren in der schulvorbereitenden Einrichtung in der Erlanger Straße untergebracht, 90 mit schwerwiegenden Sprachstörungen und größerem Förderbedarf in der Tagesstätte. Die Übernahme der Sprachförderung durch einen privaten Träger war nach wie vor einmalig in Bayern. Ebenfalls nach wie vor waren aber die räumlichen Verhältnisse in der Erlanger Straße ein Grund zur Klage. Das seit fünf Jahren im Gespräch befindliche Förderzentrum in Oberasbach sollte Abhilfe schaffen, wengleich der Verlust der Eigenständigkeit damit verbunden war, was bedauert wurde. Das Förderzentrum sollte sämtliche sonderpädagogischen Einrichtungen der Lebenshilfe unter einem Dach vernetzen. Bei der Planung des Förderzentrums gab es jedoch immer wieder Verzögerungen. Schulamtsdirektor Klaus Thierbach bezeichnete es anlässlich des Jubiläums als „Glücksfall“, dass die Lebenshilfe die Trägerschaft der Sprachheilschule übernommen hatte.

## X. Wohnheim, integrativer Unterricht und Integrationspreis

### 1. Baubeginn in der Südstadt

Am 29. Oktober 1999 kam es zum ersten Spatenstich für den Neubau des Wohnheims in der Kalbsiedlung an der Fronmüllerstraße. Eine Anlage mit Dorfcharakter sollte bis 2001 auf dem 1996 erworbenen 6.400 Quadratmeter großen Grundstück entstehen, an der Konzeption und Gestaltung hatten die künftigen Bewohner unter Anleitung des Münchner Architekten Friedrich Haindl mitgewirkt. Im ersten Bauabschnitt entstanden Wohnungen für Menschen, die in den beschützenden Werkstätten arbeiteten, im zweiten Bauabschnitt ein Wohnpflegeheim mit 18 Plätzen für Menschen mit schweren Behinderungen und im dritten Bauabschnitt eine dem Wohnpflegeheim angeschlossene Förderstätte für diejenigen, die nicht in den Werkstätten arbeiten konnten. Die Ansiedlung des Neubaus in der Stadt gehörte zu den Prämissen der Planung. Behinderte



Die Frühförderung feierte im November 1999 ihr 25jähriges Bestehen. (Foto: Hans-Joachim Winckler).

Menschen sollten am städtischen Leben teilnehmen können und nicht räumlich an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Das Wohnheim war als neuer Lebensraum vor allem für junge behinderte Menschen gedacht, die sich vom Elternhaus abnabeln wollten. Jede Wohngruppe sollte sich mit einer eigenen Küche selbst versorgen. Die drei Säulen des Wohnheims waren das Normalisierungsprinzip, die Integration und die Selbstbestimmung.

In der Karolinenstraße feierte die Lebenshilfe im November 1999 ein weiteres Jubiläum: Die Frühförderung blickte auf ihr 25-jähriges Bestehen zurück. Hatte sie 1975 gerade mal eine festangestellte Kraft, so waren es nun 19 Psychologinnen, Logopädinnen, Krankengymnastinnen, Erzieherinnen, Heil- und Sozialpädagoginnen sowie eine Ergotherapeutin, die sich um rund 300 Kinder aus der Stadt und dem Landkreis Fürth kümmerten. Dr. Konrad Richter, Chefarzt der Fürther Kinderklinik, referierte zum Jubiläum über das Thema „Der Beginn des Lebens aus der Sicht des frühgeborenen Kindes“.

Eine 51-köpfige Gruppe von 26 Schülern der Lebenshilfe-Schule zur individuellen Lebensbewältigung und 15 Schüler der Fürther Sing- und Musikschule - allesamt Gymnasiasten - besuchte im Herbst 1999 die Partnerstadt Paisley. „Insgesamt 34 Stunden im Bus, 26 Stunden auf der Fähre, 9 Tage und Nächte in einer schlichten Unterkunft verbrachten die Jugendlichen miteinander. Gemeinsam kochen, schlafen und vieles mehr - Integration ohne doppelten Boden war angesagt“, so berichtete Robert Wagner, Leiter der Sing- und Musikschule. Die außergewöhnliche zwischenmenschliche Begegnung hinterließ bei allen, vor allem aber bei den nichtbehinderten Menschen, tiefe Eindrücke. Behinderte Musiker wurden in die Konzerte der Musikschule integriert, mitunter konnten die behinderten Musiker die nichtbehinderten Menschen mit ihren Fähigkeiten verblüffen. Die Sing- und Musikschule Fürth e.V. bot im Unterrichtsprogramm ein Instrumentalspiel mit behinderten Menschen an. Drei eigens für den Unterricht mit behinderten Menschen ausgebildete Lehrkräfte versuchten, behinderte Menschen in bestehende Ensembles einzubinden.

Im November 1999 stellte die Lebenshilfe der Öffentlichkeit ein viertes Standbein zur Finanzierung ihrer Arbeit vor. Neben den Mitgliedsbeiträgen, Spenden und öffentlichen Geldern sollten nun auch Erbschaften über eine Stiftung zur Finanzierung der vielfältigen Aufgaben dienen. Mit der Stiftung sollte auch ein Ausgleich zu den rückläufigen Zuschüssen der öffentlichen Hand geschaffen werden. Das Vorhaben war schon 1998 in Angriff genommen und im Juli 1999 ins Leben gerufen worden. Geistiger Vater der Stiftung Lebenshilfe Fürth war der Fürther Notar Manfred Bengel, auch auf Bundesebene ein namhafter Berater der Lebenshilfe im Stiftungswesen.

Ende 1999 konnte die Lebenshilfe anlässlich ihrer Jahreshauptversammlung auf ein tatenreiches Jahr zurückblicken: Baubeginn des neuen Wohnheims in der Fürther Südstadt, die Gründung der Stiftung Lebenshilfe Fürth und die Auslobung eines neuen Integrationspreises,

Konkretisierung der Planung des zweiten Bauabschnittes auf dem Areal Fronmüllerstraße, Weiterentwicklung der Pläne für ein Frühförderzentrum an der Friedrich-Ebert-Straße, Einreichung der Förderanträge für das geplante Förderzentrum Oberasbach.

## 2. Integrationspreis und Investitionsrekord

Der ausgelobte Integrationspreis zur Würdigung eines herausragenden Einsatzes für die Integration behinderter Menschen wurde im Februar 2000 erstmalig vergeben. Preisträger waren Martin Ermer vom Behinderten- und Versehrten-Sportverein Fürth, Schulleiter Robert Wagner von der Sing- und Musikschule Fürth und Irene Dilling, Meditationsreferentin der evangelischen Kirche.

Im April 2000 konnte das Richtfest für das neue Wohnheim an der Fronmüllerstraße gefeiert werden, im Juli 2000 führte die Lebenshilfe zum fünften Mal das Lauffest der mittelfränkischen Förderschulen durch.

Große Freude herrschte bei der Lebenshilfe im Juli 2000, als die Aktion Mensch (früher: Aktion Sorgenkind) 200.000 Mark für das neue Wohnheim bereitstellte.

Aber auch in Dambach stand die Zeit nicht still: Im August begann die Umgestaltung des Pausenhofes der Dambacher Förderschule. Die doch reichlich nüchternen Bauten in der Aldringerstraße ergänzte ein mindestens ebenso nüchterner Pausenhof, „Pausenhof-Öde“ bezeichnete Werner Steinkirchner, stellvertretender Geschäftsführer der Lebenshilfe, den Zustand. Klangspiele, Wasser- und Matsch-Ecke, Malecke und vieles mehr entstanden. Die Verwirklichung war mit 160.000 Mark veranschlagt, die vollständig aus Eigenmitteln stammten. Im Mai 2001 konnte der neue Platz den Kindern übergeben werden.

Inzwischen ging der Aufbau einer neuen Heimat für behinderte Menschen in der Südstadt zügig voran. Zusammen mit den anderen Projekten standen bis 2002 Investitionen in Höhe von rund 35 bis 40 Millionen Mark vor der Verwirklichung. „Damit gehören wir zu den größten Investoren der Region“, betonte Vorsitzender Dr. Thomas Jung im November 2000. Ende 2000 standen auch die Finanzierungsprobleme, die bislang den Baubeginn einer Sprachheilschule in Oberasbach verzögerten, vor der endgültigen Klärung. Die beiden integrativen Kindergärten zeigten einen hohen Zulauf sowohl von behinderten wie auch von nichtbehinderten Kindern, die Nachfrage nach Leistungen des Familiendienstes stieg zusehends. In der Jahreshauptversammlung bedankte sich Vorsitzender Dr. Thomas Jung beim Freistaat Bayern und der Bundesregierung in Berlin für die über 31 Millionen Fördergelder, die im Zeitraum 2000 bis 2003 zugesagt waren. Einstimmig stimmte die Jahreshauptversammlung dem Vorschlag des Vorsitzenden Dr. Thomas Jung zu, zukünftig den Schutz wehrloser Menschen vor Übergriffen Rechtsradikaler als weiteren Arbeitsschwerpunkt aufzunehmen.

Zum 5. Mitgliederforum am 20. November 2000 referierte Rechtsanwältin Roswitha Bengel über das Thema „Aktuelles zur Pflegeversicherung für behinderte

Menschen“ und informierte über Rechte und Leistungen im Pflegeversicherungsgesetz sowie über Neuheiten in diesem Bereich.



*Im April 2000 besichtigten Bewohner des Wohnheims in der Friedrich-Ebert-Straße das in der Entstehung begriffene neue Wohnheim. Die immobilen Pflegebedürftigen hatten sehnlichst auf die neue Einrichtung gewartet, wenn auch manche mobile Bewohner die Friedrich-Ebert-Straße 51 weiterhin vorgezogen hätten. (Foto: Hans-Joachim Winckler).*

Die Lebenshilfe-Familiendienste waren im Jahre 2000 wieder sehr gefragt, 100 Familien wurden stundenweise bei Pflege- und Betreuungsmaßnahmen entlastet. Bei der Betreuung eines behinderten Kindes kommt es angesichts der ununterbrochenen Anforderungen nicht selten zum „Burn-out“ Syndrom, manche pflegende Angehörige - in unserem Zusammenhang zumeist Mütter - opfern sich im wahrsten Sinne des Wortes auf. Durch den Zeitaufwand für die Pflege und damit zusammenhängender Termine kommen sie zunehmend in Isolation, mitunter wird dadurch die Identität der Person massiv erschüttert, Minderwertigkeitsgefühl und depressive Verstimmungen sind die Folge. Oft kommt es auch zu Trennungen, weil der Partner sich der Aufgabe nicht gewachsen und sich selbst vernachlässigt fühlt. Der Lebenshilfe-Familiendienst will dem entgegenwirken und bietet Eltern durch Entlastungsangebote die Möglichkeit, „ohne schlechtes Gewissen“ am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen und zeitlich Freiräume für sich selbst zu nutzen.

### 3. Integrativer Schulunterricht und neues Wohnheim

Zum Beginn des Jahres 2001 beschriftet die Lebenshilfe neue Wege bei der Integration geistig behinderter Kinder und Jugendlicher. Die Förderschule in Dambach richtete einen gemeinsamen Sportunterricht mit

Fürther Regelschulen ein. Nachdem man bereits bei der Kooperation mit der Fürther Sing- und Musikschule positive Erfahrungen gemacht hatte, war dies ein weiterer Markstein auf dem Weg zu einem umfassenden integrativen Schulunterricht mit dem Ziel, Grenzen zu überwinden und möglichst viel Normalität im Verhältnis und Miteinander behinderter und nichtbehinderter Menschen zu fördern. Die integrativen Kindergärten standen der strikten Separierung im Schulalter entgegen, deswegen hatte die Lebenshilfe aus den losen Kontakten mit der Kiderlinschule, der Pestalozzischule und der staatlichen Realschule eine feste Kooperation vereinbart. Vorsitzender Dr. Thomas Jung gab seiner Hoffnung Ausdruck: „Wenn das mit Musik und Sport klappt, geht’s auch in anderen Fächern.“ Zwar waren nicht alle Schüler begeistert, aber die Mehrzahl fand die Kooperation gut, die „soziale Akzeptanz steigt“. Ein zusätzlicher Schritt

aus der Isolation war der neue Draht zum Behinderten- und Versehrten Sportverein in Poppenreuth, bei dem behinderte Menschen Inline-Skaten, Tischtennis und Kegeln lernten. Die Förderschule der Lebenshilfe wurde als erste in Bayern von der Regierung als Partner eines Sportvereins anerkannt, so dass Zuschüsse gewährt wurden.

Anfang 2001 richtete die Stadt Fürth nach „gehörig langer Anlaufzeit“ die Stelle eines Beauftragten für die Belange behinderter Menschen ein.

Als einer der letzten der bundesweit 542 Orts- und Kreisverbände ersetzte die Fürther Lebenshilfe im Jahre 2001 auch das alte Logo der Organisation, ein kleines Mädchen mit der Hand eines Erwachsenen auf der Schulter, gegen einen nach oben geöffneten Kreis mit Punkt in der Mitte - Symbol gleichzeitig für Geborgenheit und Schutz, aber auch für Offenheit und Entwicklungsmöglichkeit,



*Im Februar 2001 präsentierten 1. Vorsitzender Dr. Thomas Jung und Geschäftsführer Werner Winter das neue Logo der Lebenshilfe. (Foto: Günter B. Kögler).*

Integration und Selbstbestimmung. Die Lebenshilfe hatte nun 40 Jahre nach ihrer Gründung rund 650 Mitglieder, 300 Beschäftigte und betreute rund 1000 Menschen.

Der Integrationspreis ging im Februar 2001 an Erika und Georg Lederer vom Zirndorfer Gustav-Adolf-Altenpflegeheim, die systematisch Menschen mit unterschiedlichen Behinderungen beschäftigten, sowie an Rektorin Ursula Faust und Hauptschullehrer Rudolf Pfann für die Förderung der Kooperation zwischen Regel- und Förderschulen. Die weitere Preisträgerin Claudia Schmitt unterstützte über neun Jahre die integrative Kinder- und Jugendgruppe des Diakonischen Werkes Fürth.

Anfang April war es soweit: Das neue Wohnheim in der Fronmüllerstraße öffnete seine Türen, in der Friedrich-Ebert-Straße verblieben nur noch 14 Personen in einer Gruppe. Im Unterschied zum alten Wohnheim waren alle Zimmer mit einer eigenen Nasszelle ausgestattet, ein Aufzug erübrigte das beschwerliche Hochtragen einiger Bewohner, das im alten Heim zum Alltag gehörte. Am 5. April 2001 konnte - nach 18-monatiger Bauzeit und fast einem Jahrzehnt Planung - das neue Wohnheim in der Fronmüllerstraße 70 bezogen werden. Die 33 Bewohner des „alten“ Wohnheims - das umgebaute Lehrlingswohnheim in der Friedrich-Ebert Straße - sowie 11 Neuaufnahmen aus den Dambacher Werkstätten konnten nun wesentliche Verbesserungen in Anspruch nehmen: Einzelzimmer, Nasszellen, Brunnenhof und vor allem den Aufzug. Dennoch hatte sich im alten Wohnheim ein „guter Geist“ entwickelt, der bei den nun verbesserten Rahmenbedingungen sicherlich erhalten und vielleicht sogar weiterentwickelt werden konnte. Auch die im Herbst dort gegründete Förderstätte als Tageseinrichtung für erwachsene behinderte Menschen zog mit um und sollte bis Sommer 2002 zunächst unter dem Dach der Wohnstätten bleiben.

Die Kind und Eltern-Frühförderung richtet im Mai 2001 eine „Sprechstunde für Schreibabys“ ein. Ein vergleichbares Beratungsangebot gab es seinerzeit nur in München und in Regensburg. Abhängig von der jeweiligen Studie sind 8 bis 29 Prozent aller gesunden Säuglinge von exzessivem Schreien betroffen (die große Streuung erklärt sich aus der unterschiedlichen Definition des exzessiven Schreiens). Da eine medikamentöse Behandlung auch von der Schulmedizin nicht empfohlen wird, sind Maßnahmen zur Entlastung der Eltern und die Unterstützung einer für Eltern und Kind tragfähigen Beziehung von besonderer Bedeutung. Das Beratungsangebot der Lebenshilfe wird häufig von jungen Eltern oder Alleinerziehenden genutzt, deren Kind trotz intensiver Bemühungen zu keinem regelmäßigen Wach- Schlafrhythmus gelangen. Die Eltern werden verunsichert und kommen aufgrund des „Schreistresses“ und ihres eigenen Schlafdefizites oft genug an die Grenzen ihrer psychischen und physischen Belastbarkeit. Das ist besonders deswegen problematisch, als die ersten Lebensmonate für den Beziehungsaufbau zwischen Eltern und Kind entscheidend sind.

Am 1. Juni 2001 erfolgte der erste Spatenstich - allerdings schon in einer tiefen Baugrube - für den zweiten Bauabschnitt an der Fronmüllerstraße, die Förderstätte und das Wohnpflegeheim für Menschen mit schweren Behinderungen geistiger und körperlicher Art. Die Förderstätte war für 28 Menschen konzipiert, für 18 von ihnen sollte das neue Wohnpflegeheim das Zuhause werden. Vorsitzender Dr. Thomas Jung hegte im Zusammenhang mit diesen Einrichtungen folgende Hoffnung: „Mit unseren neuen Einrichtungen wollen wir einen Beitrag dazu leisten, dass keine Mutter und keine Eltern, die ein schwerst behindertes Kind erwarten, sich quasi gezwungen sehen, auf dieses Leben zu verzichten.“ Der Bund übernehme voraussichtlich 68,4 Prozent, der Bezirk 9,8 Prozent und die Aktion Mensch 8,9 Prozent der Investitionen, die restlichen 12,7 Prozent (790.000 Mark) würden die Lebenshilfe und viele Spender tragen.

Am 22. Juni 2001 fand die offizielle Eröffnungsfeier des Wohnheims der Lebenshilfe statt. Pfarrer beider großer Konfessionen erteilten dem 6,75 Millionen Mark teuren Bauwerk ihren Segen, eine integrative Gruppe der Sing- und Musikschule Fürth unter Leitung von Robert Wagner, Musikschule Fürth, sorgte für die musikalische Umrahmung der Feier.

Dr. Thomas Jung, Landrätin Gabriele Pauli und Oberasbachs Bürgermeister Bruno Allar vollzogen am 20. August 2001 die ersten Spatenstiche für das lange geplante und in Diskussion befindliche sonderpädagogische Förderzentrum. Im Herbst 2003 sollten in dem dreiflügeligen Gebäude die ersten 190 Schüler unterrichtet werden, außerdem bekommen 50 Vorschüler einen Platz in der schulvorbereitenden Einrichtung (SVE). 22,6 Millionen Mark soll der Bau der Förderschule insgesamt kosten, davon übernimmt der Freistaat 17,3 Millionen Mark und der Landkreis Fürth 3,9 Millionen Mark, die Aktion Mensch e.V. beteiligt sich mit 300.000 Mark, die Lebenshilfe Fürth zahlt 2,1 Million Mark.



*Gute Laune beim gemeinsamen 1. Spatenstich: Dr. Th. Jung, Landrätin Dr. Pauli, Bürgermeister Bruno Allar*

## XI. Landesstützpunkt und Schultaufe

### 1. Landesstützpunkt für Sport mit geistig behinderten Menschen



*Athleten des Fürther Leistungsstützpunktes nahmen im Juli 2002 an den 24. Deutschen Meisterschaften teil, die 4 x 100 m Staffel war die beste deutsche Staffel und musste sich nur der Nationalmannschaft aus Australien geschlagen geben.*

In der Förderschule war die Idee gereift, einen Leistungsstützpunkt im Bereich Leichtathletik und eventuell auch für Tischtennis einzurichten. So trafen sich am 25. Januar 2001 erstmals Vertreter des deutschen Behindertensportverbandes aus Duisburg, des bayerischen Behinderten- und Versehrtenverbandes aus München und der Lebenshilfe Fürth. Das Projekt erhielt vollste Unterstützung der Sportverbände wie auch der Bundesvereinigung Lebenshilfe. Geistig behinderten Sportlern sollte hier die Möglichkeit gegeben werden, an nationalen und internationalen Wettbewerben teilzunehmen und damit die Integrationsmöglichkeiten zu verbessern. Eine Teilnahme an den Paralympics 2004 wurde ins Auge gefasst. Entsprechend lautete der Beschluss: „In Fürth wird in Zusammenarbeit mit dem BVS Bayern ein Landesstützpunkt für geistig behinderte Schüler im Bereich Leichtathletik geschaffen. Dieser Stützpunkt soll durch eine ‚Beratungsstelle für Sport mit geistig Behinderten‘, Übungsleiter-Fortbildungen und Lehrgänge ergänzt werden.“ Träger des Stützpunktes waren der Behinderten- und Versehrtenverband Bayern und die Lebenshilfe Fürth, Leiter der Initiator Karl-Heinz Händl von der Förderschule. Die offizielle Eröffnung und der erste Sichtungungs-Lehrgang waren für den 7. und 8. Juli 2001 in Fürth geplant. Mit der Vorgabe von Zielen wie Meisterschaften und

Paralympics sollten möglichst viel geistig behinderte Sportler motiviert werden. Am 7. Juli war es dann auch tatsächlich soweit, der Leistungsstützpunkt für Sport mit geistig behinderten Menschen wurde unter der Schirmherrschaft von Olympiasieger Martin Lauer eröffnet. Athleten sollten hier von Fachtrainern, Medizinerinnen und Physiotherapeuten betreut und für Wettkämpfe vorbereitet werden. Am 1. Sichtungungslehrgang auf dem Platz des TSV 1860 nahmen 15 Sportler teil, von denen immerhin fünf Sportler, davon zwei aus Fürth, für die weitere Förderung vorgesehen wurden. Von den 22 Sportlern der 2. Sichtung wurden sieben Teilnehmer und somit insgesamt 12 Sportler ausgewählt. Diese Sportler sollten nun vom Stützpunkt aus an nationalen und internationalen Wettkämpfen teilnehmen, vor allem hatte man die Paralympics in Athen im Auge. Bislang gab es für sportlich talentierte, geistig behinderte Menschen in Bayern keine Möglichkeit, nach Schulabschluss ihre Begabung durch spezielles Training weiter zu fördern.

Eine Elterninitiative aus dem Karl-Reinmann-Kindergarten und dem Sternstunden-Kindergarten richtete im Frühjahr 2001 eine Petition an den Bayerischen Landtag, der zufolge an der Adalbert-Stifter-Grundschule eine integrative Klasse eingerichtet werden sollte. Die Klasse sollte bei 20 Kindern (17 nicht behinderte und drei Förderkinder) mit zwei Lehrkräften (einer Grundschullehrerin und einer Sonderpädagogin) besetzt sein. Die Elterninitiative sammelte immerhin 300 Unterschriften, die Petition wurde aber von der CSU-Mehrheit abgelehnt, die dem ein sogenanntes Kooperationsmodell entgegengesetzten: Behinderte und nicht behinderte Kinder sollten getrennte Klassen besuchen, aber die Hälfte des Unterrichts gemeinsam besuchen.

### 2. Globalisierung trifft Werkstätten

Die Dambacher Werkstätten konnten 2001 einerseits eine Erfolgsbilanz der letzten Jahre abgeben, mussten aber auch von Problemen berichten: Im Mai 2001 waren an den Standorten Dambach und Zirndorf 215 Menschen beschäftigt, seit dem Bau der Werkstätten 1972 waren 217 behinderte Menschen aufgenommen worden, in derselben Zeit verließen 173 Mitarbeiter die Werkstätten. 96 wechselten in andere Einrichtungen, 22 konnten im freien Arbeitsmarkt Fuß fassen, 34 beendeten ihre Tätigkeit und blieben zu Hause, 14 gingen in Rente und neun Personen verstarben. Allgemein ließ sich feststellen, dass die Werkstätten ein akzeptierter Partner der Industrie geworden waren.



Arbeit stärkt das Selbstbewusstsein und steigert die Lebensqualität. - Auch von Menschen mit Behinderung.

Die Auslastung mit Aufträgen war gut, aber im März 2001 wurde die seit 1997 betriebene Produktion von Seitenairbags im Rahmen der Globalisierung zunächst zur Hälfte nach Ungarn verlagert. Angesichts der sehr unterschiedlich behinderten Menschen mussten die Betreuungs- und Beschäftigungsangebote aktualisiert werden, was aber aufgrund fehlender Räumlichkeiten nicht im optimalen Maß möglich war. Deswegen waren Grundsatzentscheidungen zur Konzeption der Werkstatt fällig. Zudem war das Werkstattgebäude in Dambach nach 30 Jahren in vielerlei Bereichen sanierungsbedürftig.

Zum 1. Juli 2001 trat das Neunte Buch im Sozialgesetzbuch (SGB IX) in Kraft, das die Rehabilitation und die Teilhabe für behinderte Menschen regelt. Entsprechend den dortigen Bestimmungen musste nunmehr kein Werkstattbeschäftigter aus seinem Privatvermögen Kosten für seinen Arbeitsplatz finanzieren. Wer unter 630 Mark verdiente, bekam ein Arbeitsförderungsgeld. Das Gesetz machte auch die Bezeichnung „Werkstatt für behinderte Menschen“ (WfbM) verbindlich und schaffte damit den seit 1961 im Bundessozialhilfegesetz (BSHG) verwendeten Begriff „Werkstatt für Behinderte“ (WfB) ab (andere veraltete Bezeichnungen waren Beschützende Werkstätte oder Behindertenwerkstatt).

Neu geregelt wurde auch die Mitwirkung der behinderten Menschen in Form eines Werkstattrates. Die Mitarbeiter wählten aus dem Betreuungspersonal eine Vertrauensperson, die zunächst die neuen gesetzlichen Vorgaben erklären und bei der Werkstattarbeit unterstützend und beratend zur Seite stehen sollte. Der Arbeitstrainingsbereich wurde in Berufsbildungsbereich umbenannt, die Einführung des Detmolder Lernwegemodells wurde durch Fortbildungsveranstaltungen forciert. Das Detmolder Lernwegemodell (DLM) ist ein wissenschaftlich fundiertes und berufspraktisch differenziertes Förderprogramm. Zugleich mit der beruflichen Bildung will es die Persönlichkeit fördern sowie kognitive Fähigkeiten und psychomotorische Fertigkeiten entwickeln. Betreute sollen nicht mit von außen vorgegebenen Lernzielen gefördert und geleitet werden, sondern der behinderte Betreute soll ein Mitarbeiter werden, mit dem die Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung partnerschaftlich zusammenarbeitet. Das DLM setzt sich aus einem Katalog von Lernzielen zusammen, die sich auf Wahrnehmungs- und Denkprozesse (kognitive Lernziele), Bewegungsausführungen (psychomotorische Lernziele), Arbeitskontakte und Arbeitsumfeld (soziale Lernziele) sowie auf die allgemeine Berufstüchtigkeit und die Arbeitssicherheit der Mitarbeiter beziehen.

Leider musste die Montage der Airbagleitungen im November 2001 vollständig eingestellt werden. Es wurden seit 1997 immerhin 10 Millionen Airbagkabel produziert, es gab keinerlei Reklamationen. Ende 2001 spürten die Werkstätten vermehrt die allgemeine wirtschaftliche Abkühlung, nach stetigem Wachstum war nun eine Zeit der Neukonsolidierung und Neuausrichtung angesagt, um den veränderten Bedingungen auf dem Weltmarkt gerecht zu werden. Die Beschäftigung der Mitarbeiter war zwar durch neue Aufträge gesichert, aber im Rahmen der

Neuausrichtung musste das Vertrauen der neuen Kunden erst erarbeitet werden, um auch wirklich lukrative Aufträge zu erhalten.

Das neue Sozialgesetzbuch forderte, dass auch Arbeitsplätze direkt bei den Partnerfirmen angeboten werden sollten. Dazu führten die Werkstätten Ende 2001/Anfang 2002 intensive Gespräche mit einer Firma, die Meeresfrüchte vertrieb. Die Mitarbeiter blieben jedoch nach wie vor Werkstattbeschäftigte, nur der Einsatzort sollte ausgelagert werden. Langfristig sollte aber durchaus für leistungsstarke behinderte Menschen die Möglichkeit geschaffen werden, den Sprung in die freie Wirtschaft zu schaffen. Die Betreuungsmannschaft der Werkstätten bereitete sich in Schulungen weiter auf die Einführung des Detmolder Lernwegemodells vor, die Mitte des Jahres 2002 erfolgen sollte. Im Dezember 2001 wurde ein externer Datenschutzbeauftragter entsprechend Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) für die Dambacher Werkstätten bestellt. Inzwischen waren die ersten Gespräche mit Behörden und Stellen über die Sanierung des Werkstattgebäudes geführt worden, wobei der Bedarf einer Sanierung grundsätzlich anerkannt wurde. Gleichzeitig versuchte die Lebenshilfe, die zu jener Zeit mit 221 Plätzen voll belegte Werkstatt mit 30 zusätzlichen Plätzen zu erweitern. Im Juni 2001 konnte mit einer offiziellen Einweihungsfeier der Abschluss des ersten Bauabschnittes des Wohnkomplexes für behinderte Menschen in der Fronmüllerstraße gefeiert werden. Die vier Gebäude sollten in fünf Wohngruppen 44 Plätze für behinderte Menschen bieten. Der erste Spatenstich für das Wohnpflegeheim mit angegliederter Förderstätte war schon zuvor im Mai 2001 erfolgt.

Dem Karl-Reinmann-Kindergarten wurde im Sommer 2001 für sein beispielhaftes musikalisches Wirken die Auszeichnung FELIX, das Gütersiegel des deutschen Sängerbundes, zuerkannt. FELIX, der bunte Singvogel, wird an Kindergärten verliehen, die besondere Leistungen in der musikalischen Früherziehung erbringen.

### 3. Jubiläumsjahr und Schultaufe

Zum „Jubiläum 40 Jahre Lebenshilfe“ fanden am 22. September 2001 ein Festgottesdienst in der Markgrafenkirche Cadolzburg, im Oktober eine große Baumpflanzaktion „40 Bäume für 40 Jahre Lebenshilfe“ und vom 31. Oktober bis zum 21. November 2001 die Ausstellung „Geschichte der Behindertenarbeit“ in der Sparkasse Fürth /Maxstraße statt. Die Lebenshilfe brachte zudem die Jubiläums-Dokumentation „Eine Geschichte der Behinderten“ heraus, die breite Beachtung selbst im (deutschsprachigen) Ausland fand. In der Mitgliederversammlung 2001 konnten Hildegard Linz, Marie Würll und Edmund Kiener für 40-jährige Mitgliedschaft ausgezeichnet werden.

Das deutsche Heimgesetz (HeimG) vom 5. November 2001 normierte in Deutschland die stationäre Pflege (gültig bis zum bayerischen Pflege- und Wohnqualitätsgesetz, in Kraft getreten am 1. August 2008). Es verbesserte die rechtliche Lage von damals rund 850.000 älteren und behinderten

Menschen in Deutschland, die auf Dauer in einem Heim lebten, stärkte die Heimaufsicht, die Transparenz der Heimverträge, entwickelte die Mitwirkung des Heimbeirats weiter und vieles mehr. Letztendlich war das Gesetz eine Bestätigung der Grundprinzipien der Lebenshilfe: Normalität, Integration und Selbstbestimmung.

Am 12. November erhielt die Förderschule den Namen „Clara und Dr. Isaak Hallemann Schule“. Isaak Hallemann war der Direktor und seine Frau Clara die hauswirtschaftliche Leiterin des ehemaligen jüdischen Waisenhauses in Fürth (seinerzeit in der Luisenstraße, seit 1982 umbenannt in Hallemannstraße). Das Ehepaar wollte die ihnen anvertrauten Kinder angesichts des wachsenden Antisemitismus nach Palästina bringen, dagegen sprachen jedoch die Satzungsstatuten, denen zufolge die Stiftung nicht in das Ausland verbracht werden durfte. Immerhin erreichten noch zwei eigene Kinder Palästina. Am 22. März 1942 wurden das Ehepaar Hallemann und zwei Kinder zusammen mit den verbliebenen Bewohnern des Hauses und zahlreichen weiteren Fürthern jüdischer Abstammung nach Izbica (Polen, südöstlich Lublin) deportiert, wo der entsprechende Bahntransport mit etwa 1.000 Juden am 27. März eintraf. Das Konzentrationslager Ghetto Izbica war ab 1942 für deportierte Juden eine Durchgangsstation (auch Transit-Ghetto oder Durchgangsghetto genannt) in die Vernichtungslager des Holocausts, insbesondere

Deportierten fanden somit entweder in Izbica oder aber in den Vernichtungslagern Sobibor und Bełżec den Tod.

Umso mehr war es eine große Ehre, dass zur festlichen Namensgebung Clara und Isaak Hallemanns überlebender Sohn Raphael Halmon und seine Frau von Tel Aviv nach Fürth kamen und mit der Lebenshilfe die Namensgebung feierten. Ein von den Schülern erstelltes Namensschild sowie eine Erinnerungstafel sollen dauerhaft an der Eingangstüre an das Schicksal unserer Mitbürger erinnern.

Einen „grandiosen“ Abschluss fand das Jubiläumsjahr 2001 im Dezember in der nahezu ausverkauften Fürther Stadthalle mit einer großen Benefiz Gala. Dazu war fast alles aufgeboten, was in Fürth Rang und Namen hatte, so Volker Heißmann und Martin Rassau von der Comödie Fürth oder aber die „Blue Frogs“ und natürlich die Jubiläumsausstellung „Eine Geschichte der Behinderten“ im Foyer.

Im Februar 2002 vergab die Lebenshilfe zum dritten Mal ihren Integrationspreis. Den symbolischen Preis - bestehend aus einer Urkunde und einem Geschenkkorb mit Artikeln aus Behinderten-Einrichtungen - erhielten Sabine Hardege, Kunstlehrerin an der Pfisterschule, für die jahrelange Kooperation ihrer Klasse mit Schülern der Hallemann-Schule, der Kindergarten Rasselbande e.V. als zweitältester integrativer Kindergarten Fürths (seit 1985) sowie der Verein Sternstunden e.V., eine Benefizaktion des Bayerischen Rundfunks.



*Raphael Halmon, Dr. Thomas Jung, Nehama Halmon*

nach Bełżec und Sobibór. Das Ghetto in Izbica war zudem zunehmend von Überbevölkerung, Krankheiten und Unterernährung geprägt, es kam zu einer Typhusepidemie. Am 2. November 1942 exekutierte die SS in Izbica die letzten dort verbliebenen 2.000 Juden. Überlebende aus dem Vernichtungslager Bełżec sind nicht bekannt. Im Lager Sobibor gab es nach dem dortigen Aufstand vom 14. Oktober 1943 47 Überlebende. Bis zum Herbst 1943 wurden die letzten Juden aus Izbica in Sobibor ermordet. Die Familie Hallemann, die Waisenkinder und die sonstigen

Ebenfalls im Februar veranstaltete der ASV Fürth eine Kampfkunstgala in der Fürther Stadthalle unter dem Motto „Miteinander-Füreinander“, flankiert von den Musikgruppen „Saitenspinner“ und den „Blue Frogs“. Die Lebenshilfe richtete am 23. März die Endrunde des Bayerischen Hallenfußballturniers für Sportler mit geistiger Behinderung aus, die Lebenshilfe Fürth konnte den dritten Platz erringen, den Sieg trug die Mannschaft aus Augsburg davon.

Die Familiendienste blickten im Rahmen des Sommerfestes am 13. Juli 2002 auf das 10jährige Bestehen der Gruppenfreizeitangebote zurück. 1992 war der Freizeittreff „Samstags-Club“ als Freizeitangebot für erwachsene behinderte Menschen und 1993 die Ferienbetreuung für behinderte Kinder entstanden. Im März 2002 entstand für behinderte Jugendliche zudem eine eigene Freizeitgruppe. Zweimal jährlich finden zudem mehrtägige Freizeiten mit erwachsenen behinderten Menschen statt.



## XII. Appell und Richtungsbestimmung

### 1. Der Schmerz des Hergebens

Im zweiten Heft „Lebenshilfe aktuell“ des Jahres 2002 widmete sich ein „Spezial“ Thema einem Problem, das sich nach über 40 Jahren Lebenshilfe den Mitgliedern zunehmend stellte, Titel: „Der Schmerz des Hergebens“. Georg Jordan berichtete: „Es ist häufig der Fall, dass nach dem Tod oder der Pflegebedürftigkeit der Eltern die Frage der weiteren Betreuung des behinderten Menschen in keiner Weise geregelt ist. Nachbarn oder der Sozialdienst versuchen dann, auf die Schnelle einen Wohnheimplatz zu bekommen, was oft genug zum Scheitern verurteilt ist, da die Wohnheimplätze nicht auf Abruf zur Verfügung stehen, sondern in der Regel belegt sind. Der betroffene behinderte Mensch befindet sich dann in einer Situation, die in ihrer Einmaligkeit alles übertrifft, was er in seinem bisherigen Leben erlebt hat.“

Das Problem konkretisiert sich vor Ort wie folgt: „Über Jahrzehnte hinweg kämpfen und engagieren sich Eltern für ihr behindertes Kind, um dann das Wichtigste überhaupt, die Frage, wo und wie ihr Kind nach ihrem Tod oder bei eigener Pflegebedürftigkeit leben wird, auszuklammern“. Das Lebenshilfe Wohnheim bietet hierzu eine Warteliste an, auf der die Eltern ihr Interesse an einem Wohnheim-Platz bekunden können. Nur hatte zum Zeitpunkt des Berichts kein einziges Elternteil, oft allein erziehend und über 70 Jahre alt, von dem Platz-Angebot Gebrauch gemacht. Aber es gilt hier letztendlich dasselbe wie bei sogenannten „normalen“ Kindern, „...nur durch eine möglichst frühzeitige Auseinandersetzung mit dem Thema Loslassen ... kann die Zukunft eines behinderten Menschen verantwortungsvoll geplant und bestmöglich geordnet werden“ (Hannelore Schreiber). Die Eltern stehen hier in einer selbstlosen Verantwortung, denn nicht immer drängen behinderte Menschen selbst auf diesen oft für alle Seiten schmerzlichen Schritt.

Diether Schüler, der Leiter der Sprachheilschule seit 1979 (Gründung 1975), ging Ende des Schuljahres 2002 in den

Ruhestand, seine Nachfolgerin wurde Ulrike Hambitzer. Rück- und ausblickend stellte Diether Schüler die Unterbringung der Sprachheilschule als ein „Provisorium“ dar, das mit dem Bau des Sonderpädagogischen Förderzentrums in Oberasbach endlich beendet werde. Die immer wieder enttäuschte Aussicht auf eine den schulischen Erfordernissen entsprechende Unterkunft sei nun eingelöst worden. Positiv sehe er, dass Kinder mit verschiedenen Auffälligkeiten unter einem Dach betreut werden. Bedenken äußerte Schüler jedoch dahingehend, ob der sprachheilpädagogische Bereich – sein Lebenswerk – und der damit verbundene Pool an Know-how der Sprachheilschule durch die Aufsplitterung auf die drei Förderzentren in Stadt und Landkreis nicht geschwächt werde.



*Gemeinsam geht es besser: Kooperative Außenklasse an der Pestalozzi-Schule.*

Im Februar 2002 erweiterte die Hallemann-Schule ihr Angebot mit einer Elternberatung an der Heilpädagogischen Tagesstätte. Eine ebenfalls neu eingerichtete Informationsbörse bündelte Informationen rund um das Thema „Behinderte/Jugendliche“. Trotz schwierigeren Rahmenbedingungen konnte zudem eine Ferienbetreuung durch die Heilpädagogische Tagesstätte durchgeführt werden.

Zum Schuljahresbeginn 2002/2003 war eine erste Klasse der Hallemann-Schule an die Pestalozzi-Schule ausgelagert worden (Kooperative Außenklasse). Einige Unterrichtsfächer – wie Musik, Sport und Sachunterricht – wurden gemeinsam besucht. Ziel der von Schulleiter Hans-Peter Haas unterstützten Kooperation war es, Begegnungsmöglichkeiten zu schaffen, wobei behinderte und nichtbehinderte Menschen voneinander lernen und profitieren sollten. Die Klasse 2a der „Pesta“ und die 1h der Hallemann-Förderschule arbeiteten zwölf Schulstunden in der Woche zusammen. Zwei Lehrer und zwei pädagogische Fachkräfte betreuten 30 Schüler, davon acht Förderschüler.



*Ein neuer Lebensabschnitt beginnt - Stephan wohnt nicht mehr bei seinen Eltern, sondern alleine in seiner eigenen Wohngruppe.*

## 2. Endlich alle im neuen Heim

Im Juli 2002 konnten die letzten Bewohner des ehemaligen Lebenshilfe-Wohnheims in die neuen Räume an der Fronmüllerstraße umziehen. Am 1. November 2002 belegten die ersten Bewohner das Wohnpflegeheim. Das Heim nahm mit einer ersten Gruppe - sechs Menschen mit schwerer Behinderung - seinen Betrieb auf. Konzipiert war das Heim für drei Gruppen mit jeweils sechs Bewohnern, also 18 Plätze, die angegliederte Förderstätte sollte 28 Plätze bieten. Auch drei Verhinderungspflegeplätze für Menschen mit schwermehrfachen Behinderungen waren vorgesehen und wurden auch verwirklicht. In der angegliederten Förderstätte stehen Therapien, Betreuung und Förderung im Angebot, die Förderstätte bekam hierfür einen eigenen Trakt. Vor dem Gebäudekomplex konnten im Oktober 2002 zwei Brunnen eingeweiht werden: Ermöglicht wurden die Brunnen durch die Zinsen der Millionenspende, die zu gleichen Teilen für das Wohnheim und für das Förderzentrum Oberasbach verwendet wurden. Heinz Siebenkäß unterstrich mit seinem 3-Säulenbrunnen die Grundprinzipien der Lebenshilfe: Integration, Normalisierung und Selbstbestimmung. Der „Stifterbrunnen“ von Alfred Oppl erinnert mit einer Tafel an die Millionenspende zur Finanzierung der Baumaßnahmen, wobei Oppl sich vom Thema „Spuren“ inspirieren ließ. Erster Vorsitzender Dr. Thomas Jung betonte, dass hier ein kleines Dorf mit einer menschlichen Architektur entstanden sei.

Die Dambacher Werkstätten konnten 2002 eine befriedigende Auftragslage vermelden, allerdings waren gegenüber früheren Zeiten doch gewisse Abstriche zu vermelden. „Einen Lichtblick“ sahen die Werkstätten unter Leitung von Franz Nübler jedoch in der Firma Prime Catch Seafood aus Oberferrieden. Dort konnten seit April 2002 mindestens sechs Mitarbeiter mit einem Gruppenleiter eingesetzt werden, ab Dezember 2002 konnten weitere vier Arbeitsplätze eingerichtet werden. Die insgesamt aber eher nachfragearmen Zeiten wurden dazu ausgenutzt, um den eigenen Betrieb zu analysieren und dabei Stärken und Schwächen herauszuarbeiten.

Die Fortbildung des Detmolder Lernwegemodells war seit Oktober 2002 abgeschlossen und wurde damit im gesamten Werkstattbereich angewandt. Im Juni 2002 stellte die Lebenshilfe den offiziellen Antrag zur Modernisierung und Umstrukturierung der Dambacher Werkstätten.

Einen Monat später, im Juli 2002, konnte an anderer Stelle Richtfest gefeiert werden: Das sonderpädagogische Förderzentrum in Oberasbach als Großprojekt mit Modellcharakter nahm Formen an.

Mit großem Erfolg nahmen acht Athleten des Fürther Leistungsstützpunktes ebenfalls im Juli an den 24. Deutschen Meisterschaften in Berlin teil. Dabei errangen Sportler aus dem Leistungszentrum vier Meisterschaften, die 4x100 Staffel war im weltweiten Vergleich Zweiter.

## 3. Was kann und darf der Mensch?

Die Lebenshilfe Fürth lud im November 2002 zu einem Podiumsgespräch mit einem zunehmend aktueller werdenden Thema ein: „Was kann und darf der Mensch?“ (Dimensionen der Gentechnik). Über die Möglichkeiten der modernen Biomedizin und die aus ethischer Sicht wünschenswerten Grenzen referierten und diskutierten die Professoren Dr. Sabine Stengel-Rutkowski und Dr. Maximilian Forschner mit Lebenshilfe-Vorsitzenden Dr. Thomas Jung. Angesprochen wurde die Präimplantationsdiagnostik (PID), die schon in verschiedenen Ländern angewandt wurde und sich auf in Reagenzgläsern entstandene Embryos bezieht. Die Embryos werden auf genetische Abweichungen (Erbkrankheiten und Besonderheiten der Chromosomen) untersucht und nur „gesunden“ bzw. „brauchbaren“ wird das Recht auf (Weiter-)Leben zugesprochen.



„Dimensionen der Gentechnik“ - Dr. Thomas Jung, Prof. Dr. Sabine Stengel-Rutkowski, Prof. Dr. Maximilian Forschner beim Podiumsgespräch in der Stadthalle Fürth.

Ein weiterer Themenkomplex war die embryonale Stammzellenforschung, die mit dem Schlagwort „verbrauchende Embryonenforschung“ verbunden wird, da Embryonen nach der Stammzellenentnahme getötet werden. Aus embryonalen Stammzellen lasse sich jedoch jedes Gewebe des menschlichen Körpers bilden und damit vielleicht in Zukunft heute noch unheilbare Krankheiten heilen. Andererseits stelle sich die Frage, ob ein im Reagenzglas entstandener Embryo nur ein Zellhaufen ist, der zu Forschungszwecken benutzt werden darf und wie erstrebenswert es ist, einen Menschen nach Maß zu schaffen. Professorin Stengel-Rutkowski machte darauf aufmerksam, dass die Humangenetik bestimmend auf Denkbilder der Medizin einwirkt: Das Gesunde gilt als gut, „das“ Behinderte als schlecht. Gerade Menschen mit Genveränderungen hätten innerhalb ihrer Anlagen ein großes Entwicklungspotential, das ihnen durch die Einstufung in „krank“ oder „behindert“ abgesprochen wird. Lebenshilfe Vorsitzender Dr. Thomas Jung verwies auf die Familie, die heute die „letzte, schwere Entscheidung für oder gegen ein Kind mit Behinderung“ finden müs-

se. Die Lebenshilfe sehe es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, mit einem breit gefächerten Hilfe-Angebot - von der Frühförderung über integrative Kindergärten, Familiendienst, Schulen, Werkstatt und Wohnheim - alle Lebensbereiche behinderter Menschen abzudecken. Damit werde Betroffenen die Entscheidung für ein Kind erleichtert, das anders sein wird, denn „jedes Leben ist es wert, gelebt zu werden.“

#### 4. Europäisches Jahr der Menschen mit Behinderung

Die Europäische Union ruft seit 1983 Europäische Jahre aus, denen bestimmte Themen zugeordnet werden und die von einer entsprechenden Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden, um die Bevölkerung, aber auch die Regierungen auf das Thema (vermehrt) aufmerksam zu machen. Die Bayerische Staatsregierung startete dazu das landesweite Aktionsprogramm „NA UND“ aus dem Programm buchte Alfons Schrüfer („Behindertenbeauftragter“ der Stadt) eine sogenannte „Road-show“ mit einem „Show-truck“. Die verschiedenen Organisationen hier vor Ort, die sich der Arbeit mit behinderten Menschen widmen, waren mit Info-Ständen vertreten, die Schulband „Blue Frogs“ der Hallemann-Schule lieferte die „besonderen Noten“ zur Veranstaltung.



*Claudia Eichhorn im freiwilligen sozialen Jahr mit einem Teilnehmer der Förderstätte.*

Das Grundsicherungsgesetz (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) trat am 1. Januar 2003 in Kraft (§ 41 ff. SGB XII), es brachte für behinderte Menschen und deren Angehörige gewisse Vorteile gegenüber der bisherigen Sozialhilfe: Bei der Grundsicherung besteht eine gesetzliche Vermutung, dass das jährliche Einkommen der unterhaltsverpflichteten Kinder und Eltern unter 100.000 Euro liegt, Unterhaltsansprüche bleiben dann unberücksichtigt.

Dunkle Wolken zogen Anfang 2003 von Seiten der Kostenträger herauf, vor allem der Bezirk Mittelfranken wollte für 2003 Nullrunden oder gar Kürzungen durchsetzen. Die Deckelung der Pflegesätze seit 1994 (nur noch prozentuale Erhöhungen) glich die Kosten nicht mehr aus,

so dass nicht abzusehen war, wie es weitergehen könnte.

Im Februar 2003 erhielt der Sternstunden-Kindergarten einem überraschenden Besuch. Der Seniorenchor des Wohnstiftes Vitalis aus Nürnberg erfreute Kinder und Mitarbeiter mit seinen gesanglichen Darbietungen.

In der Hallemann-Schule eröffnete am 4. Februar 2003 ein neues selbstentwickeltes Projekt mit Modellcharakter: „Die Insel“. Die Insel in der Hallemann-Schule lag freilich nicht im Meer, es handelte sich um einen Raum in matten Blautönen mit einer Palme, einer Hängematte und einem Knautschsack. Es gab zudem einen Boxsack, Batakes (Schaumstoffschläger) und Kissen. Hier konnten sich Kinder (mit einem Betreuer) zurückziehen, wenn sie „reif für die Insel“ waren. Mit dem Rückzug auf die Insel lässt sich Krisensituationen vorbeugen oder zum Abklingen bringen. So dient die „Insel“ überforderten Kindern als Rückzugsmöglichkeit und wütenden Kindern zum Austoben.

Im März 2003 erhielten die Werkstätten für behinderte Menschen erstmals von Uvex den Titel „Supplier of the Year“. Die Firma Uvex Arbeitsschutz GmbH – seit 1994 ein Großkunde der Dambacher Werkstätten – zeichnet damit ihre wichtigsten und zuverlässigsten Lieferanten aus.

Ab 4. April 2003 konnten Eltern ihre Kinder für das neue Förderzentrum in Oberasbach anmelden, im September war es dann soweit. Das sonderpädagogische Förderzentrum (Teilzentrum I) war (und ist) eine private Schule der Lebenshilfe Fürth für Kinder im Vorschul- und Schulalter (Grundschulbereich) mit einem Förderbedarf in Sprache, Lernen und im sozio-emotionalen Bereich. In 14 Grundschulklassen (Hauptschüler besuchen das Teilzentrum II in Cadolzburg) und in drei schulvorbereitenden Gruppen werden 220 Kinder betreut.



*Für seine Verdienste um die Belange behinderter Menschen erhielt Hans Reimann das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland.*

Hans Reimann erhielt 2003 aufgrund seiner außerordentlichen Verdienste aus seiner über 35-jährigen Vorstandstätigkeit das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland. Der integrative Sternstunden Kindergarten konnte sein fünfjähriges, der Karl-Reinmann-Kindergarten sein 20-jähriges Jubiläum feiern.

Der erste Jahrgang kooperativen Unterrichts - 23 Zweitklässler aus der Pestalozzi-Grundschule und acht Schulanfänger aus der Clara-und-Isaak-Halleman-Schule - hatte im Schuljahr 2002/2003 in der Woche zehn bis zwölf Stunden gemeinsamen Unterricht in den Fächern Sachunterricht. Ein beidseitig erfolgreicher Lerneffekt stellte sich ein. Die „Hallemänner“ lernten die in der Schule üblichen Arbeitsformen, während die „Pestas“ von den differenzierten Lernangeboten und Handlungsorientierungen profitierten. Schüler der Pesta- Grundschulklasse, die im ersten Schuljahr Verhaltensauffälligkeiten zeigten, nahmen im gemeinsamen Schuljahr vermehrt Rücksicht und zeigten Verantwortungsbewusstsein. Die Kinder wurden von einer Grundschullehrerin und einem Sonderschullehrer sowie ergänzend von einer Erzieherin und einer Praktikantin der Heilpädagogischen Tagesstätte betreut. Die Grenzen der Kooperationsklassen und des gemeinsamen Lernens lagen nicht in der Integration selbst, sondern begründeten sich in (zu) hohen Schülerzahlen. Im Schuljahr 2003/2004 wurde die Kooperationsarbeit mit einer anderen Grundschulklasse fortgeführt.

Im Juli besuchten auf Einladung der Sing- und Musikschule Fürth und der Lebenshilfe 42 schottische Schüler aus der Partnerstadt Paisley unser Fürth. Die Schülergruppe rekrutierte sich aus der Renfrew-Highschool und der Kersland-School, einer Förderschule. Die Schüler boten im Wechsel, aber auch gemeinsam musikalische Kostproben aus Schottland.

Die Kooperation mit Sportvereinen wurde stetig besser angenommen, das Angebot entsprechend erweitert. Leichtathletik, Kegeln, Inlineskaten, Schwimmen, Selbstverteidigung und Klettern standen auf dem Programm.



*Nach mehr als zehn Jahren Hoffen und Bangen war es im Jahre 2003 endlich soweit: Rosi Zitzler und Georg Leikamm waren das erste Paar aus den Wohnstätten, das heiraten konnte.*

Nach mehr als zehn Jahren „Hoffen und Bangen“ konnten Rosi Zitzler und Georg Leikamm als erstes Paar aus den Wohnstätten heiraten, gefeiert wurde im Wohnheim in der Fronmüllerstraße.

In den Dambacher Werkstätten kam es 2003 bei der Sanierung zu einem gewissen Stillstand, da das Arbeitsamt seinen zehnpromzentigen Anteil an der Finanzierung nicht

mehr bewilligte und so die Gesamtfinanzierung gleichermaßen nicht mehr sichergestellt war. Die Auftragslage hatte sich gegenüber 2002 wieder verbessert, aber die Rahmenbedingungen verschlechterten sich zunehmend. Die Anforderungen und die Schwankungen der Auftragsmengen sowie das notwendige Lagervolumen und vor allem der Preisdruck wurden immer höher, der Zeitrahmen verkürzte sich dagegen. Neu war immerhin ein Auftrag von Simba Toys. Seit Ende 2000 bestand ein Kooperationsvertrag zum betrieblichen Arbeitstraining mit dem Integrationsfachdienst ACCESS in Erlangen. In dessen Rahmen konnten von acht Teilnehmern immerhin zwei einen unbefristeten Arbeitsvertrag bei Firmen auf dem freien Arbeitsmarkt erlangen. Fünf Teilnehmer befanden sich weiterhin im „Betrieblichen Arbeitstraining“. Die Zusammenarbeit mit ACCESS brachte den Mitarbeitern der Werkstätte die Möglichkeit, zu prüfen und zu entscheiden, ob sie sich den Anforderungen des freien Arbeitsmarktes stellen können. Ende des Jahres 2003 war das Detmolder Lernwegemodell in allen Bereichen (Berufsbildungsbereich, Arbeitsbereich) eingeführt. Aus gesundheitlichen oder altersbedingten Gründen wechselten drei langjährige Werkstatt-Mitarbeiter in die Förderstätte Fronmüllerstraße.

Zur Abschlussveranstaltung des Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen am 18. Oktober 2003 in Würzburg spielte bei eisigen Temperaturen die Fürther Band „Blue Frogs“. Landesvorsitzende Barbara Stamm gab ein klares Schlusswort: „Behinderte Menschen sind keine Beeinträchtigung, sondern eine Bereicherung unseres Lebens.“ Im Landkreis Fürth fand ein Festakt im Rahmen des europäischen Jahres im Jugend- und Freizeithaus OASIS der Stadt Oberasbach statt, das Freizeithaus beherbergte auch einen „Behinderten-Club“ unter der Organisation von Gerhard Hable. Für die Lebenshilfe würdigte Robert Steinkugler die Integrationsarbeit, Robert Wagner als Leiter der Sing- und Musikschule Fürth setzte mit dem Auftritt seiner integrativen Musikgruppe einen Schlusspunkt.

2003 fand das letzte Sommerfest der Sprachheilschule statt. Vorsitzender Dr. Thomas Jung würdigte in einem Rückblick die Arbeit dieser Institution in den vergangenen Jahrzehnten und hob den Gemeinschaftsgeist sowie das kollegiale Miteinander der Lehrkräfte hervor, die maßgeblich zum Erfolg der Einrichtung beigetragen hätten. Es sei zu hoffen, dass dieser gute Geist auch im neuen Förderzentrum der Lebenshilfe aufgehe. Die Kinder mussten zum Teil Abschied voneinander nehmen, Schüler aus dem Landkreis gingen von nun an in das Förderzentrum Oberasbach, jene aus der Stadt besuchten je nach Wohnort die städtischen Förderzentren Nord und Süd. Auch die Tagesstätte der Sprachheilschule wurde entsprechend aufgeteilt, aus einem großen Team entstanden drei kleinere, angeschlossen an die jeweiligen Förderzentren.

Der Leistungstützpunkt der Lebenshilfe in Zusammenarbeit mit dem Behinderten- und Versehrten-Sportverband Bayern e.V. (BVS) Bayern (2008 unbenannt in „Behinderten- und Rehabilitations-Sportverband“, wobei das Kürzel BVS erhalten blieb) konnte 2003 auf ein äußerst erfolgreiches Jahr

mit fünf internationalen Deutschen Meisterschaften zurückblicken. Zu den „World Games“ im Juli/August 2004 in Schweden sollten etwa sieben bis neun Athleten aus der Bundesrepublik geschickt werden, der Leistungszentrum stellte hierfür vier Athleten und den Cheftrainer.

Am 19. November fand im Förderzentrum Oberasbach eine erste Einweihungsfeier eher für die Eltern statt, am 21. November erfolgte die offizielle Eröffnung mit vielen Gästen aus Schule, Verwaltung und Politik.

## XIII. Jubiläen, Umzüge und Gesetzesänderungen

### 1. Werkstattjubiläum und Global Games

Zum 1. Januar 2004 trat das Gesundheitsreformgesetz in Kraft, das insofern eine deutliche Verschlechterung für Heimbewohner, Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt oder der Grundsicherung bedeutete, als nun Zuzahlungen in Höhe von zwei bzw. ein Prozent (bei chronischer Erkrankung) des Bruttoeinkommens geleistet werden mussten.

Die Familiendienste ergänzten im Jahre 2004 ihre Angebotspalette mit einem Tanzkurs für Menschen mit Behinderungen - ein weiterer kleiner Schritt auf dem langen Weg zur Integration.

Die Sportler der Halleman-Schule nahmen mit Erfolg sowohl im Dezember 2003 an der Tischtennis-Bezirksmeisterschaft in Nürnberg wie auch im März 2004 bei der Bezirksmeisterschaft in Schwimmen teil.

Die Halleman-Schule forcierte 2004 die Zusammenarbeit mit anderen Schulen und Vereinen, so wurden beispielsweise eine Arbeitsgruppe „Inliner“ und eine Theater-Arbeitsgruppe aus der Taufe gehoben. Gemeinsame Schullandheime fanden im Mai mit der Kiderlin-Hauptschule und im Juli mit einer Klasse der Sing- und Musikschule Fürth statt. Im Juni traten Sportler und Theatergruppe gemeinsam mit der Pestalozzi-Schule bei einem „Brunch zu Gunsten geistig behinderter Kinder“ im Novotel auf. Im Juli wanderten und kletterten die Schüler mit der Bergwacht Fürth im Altmühltal und in der Fränkischen Schweiz. Die Sportler nahmen an Bezirks- und Regionalmeisterschaften in Schwimmen und Leichtathletik teil, die der Bayerische Schwimm- und Leichtsportverband durchführte. Ende 2004 erschien die eigene Schülerzeitung, der „Dambach Express“.

Das Wohnheim wählte für 2004 das Jahresmotto „Alles was Recht ist“ und bezog sich dabei vor allem auf die Vollversammlung der „Internationalen Liga von Vereinigungen zugunsten Behinderter“ am 24. Oktober 1968 in Jerusalem: Dort wurden die allgemeinen und besonderen Rechte geistig behinderter Menschen unter anderem im Artikel I festgelegt: „Der geistig Behinderte hat die gleichen Grundrechte wie jeder andere Bürger seines Landes und seines Alters“. Dem Grundgesetz fügte der Bundestag am 15. November 1994 den Artikel 3 Absatz 3 zu, dem zufolge „niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“ darf. Das Heimgesetz legte in Paragraph 2 für sich selbst fest: „Zweck des Gesetzes ist es: 1. Die Würde sowie die Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und

Bewohner von Heimen vor Beeinträchtigungen zu schützen, 2. Die Selbständigkeit, die Selbstbestimmung und die Selbstverantwortung der Bewohnerinnen und Bewohner zu wahren und zu fördern.“

Der Umsatz der Werkstätten sackte von 2001 bis 2004 von elf auf 5,5 Millionen Euro ab, deswegen musste auch am Verwaltungspersonal eingespart werden. Insgesamt waren in den Werkstätten neben 170 behinderten Menschen auch fast 100 nichtbehinderte Personen beschäftigt, weitere 51 behinderte Mitarbeiter mit hohem Betreuungs- und Pflegeaufwand arbeiteten in der Zweigstelle Zirndorf.



*Der Integrationspreis der Lebenshilfe ging 2004 an die Bergwacht Fürth und die Pestalozzi-Schule.*

Der Integrationspreis der Lebenshilfe für die Anerkennung von besonderem Engagement bei der Umsetzung des Integrationsgedankens ging 2004 an die Bergwacht Fürth und die Pestalozzi-Schule Fürth. Die Bergwacht Fürth führte seit 1999 regelmäßige Kletter-Touren mit der Halleman-Schule durch. Diese erfolgreiche Kooperation im Sport- und Freizeitbereich legte erst den Grundstein für die Kontakte zur Schwimmgemeinschaft Fürth, den Bogenschützen, dem LAC Quelle und dem ASV Fürth sowie letztlich und indirekt auch für das Leistungszentrum. Geradezu ein Meilenstein für die schulische Integration stellte die Einrichtung einer kooperativen Außenklasse an der Pestalozzi-Schule im Jahre 2002 dar. Dank des persönlichen Engagements der Schulleitung wurden sukzessive neue Möglichkeiten für einen gemeinsamen Unterricht behinderter und nicht behinderter Kinder und Jugendlicher geschaffen.

In den Frühförderräumen in der Karolinenstraße feierte die Kind und Eltern-Frühförderung am 7. und 8. Oktober 2004 ihren 30. Geburtstag.

Die Dambacher Werkstätten konnten ebenfalls im Oktober auf 40 Jahre erfolgreiche Arbeit von und mit behinderten Menschen zurückblicken. Falteten seinerzeit acht Mitarbeiter hauptsächlich Kartons, so war in vier Jahrzehnten aus diesen bescheidenen Anfängen ein Unternehmen mit 225 betreuten Mitarbeitern entstanden, in dem von einfachen Verpackungsarbeiten über Montage-, Spritz-, Klebe- und Aufbauarbeiten bis hin zur anspruchsvollen Endstückmontage von Schaltschränken vielfältige Arbeiten zur Ausführung kamen. Gefeierte wurde u.a. mit einem Tag der offenen Tür, zu dem immerhin etwa 650 Besucher erschienen. Trotz verschiedener Probleme war auch schon die Finanzierung der anstehenden Sanierung gesichert. Vorsitzender Dr. Thomas Jung äußerte sich dankbar darüber, dass „... die Lebenshilfe in einer Zeit, in der es seitens der Regierung praktisch keine Zusagen für Baumaßnahmen und Renovierungen von Wohnheimen oder Werkstätten gibt, aufgrund der Dringlichkeit die Zusage der 80-prozentigen Kostenübernahme erhalten hat.“ Von den veranschlagten Gesamtkosten über 4,9 Millionen Euro musste der Verein einen Eigenanteil von 20 Prozent sowie die Kosten der Zwischenfinanzierung aufbringen.

Nach 36 Jahren „unermüdlichem Schaffen im Dienst der Lebenshilfe“ ging Ludwig Niebler in den Ruhestand. Angefangen hatten er und seine Frau Hedwig Ende der 60er Jahre als Hauseltern im damals bayernweit ersten „Behinderten-Wohnheim“ für junge Menschen, die nicht mehr in ihrer Familie wohnen konnten. Als die Dambacher Werkstätten 1972 in Betrieb gingen, übernahm Ludwig Niebler die Stelle des Hausmeisters, nach Fertigstellung der benachbarten Förderschule im Jahre 1978 war er bis 1982 für beide Einrichtungen als Hausmeister tätig.

Die Sportler des Leistungsstützpunktes nahmen sowohl an Wettkämpfen des BVS (Bayerischer Behinderten- und Versehrtenverband), des DBS (Deutscher Behinderten- und Versehrtenverband) als auch an offenen Wettkämpfen des deutschen Leichtathletikverbandes teil und erzielten hervorragende Ergebnisse. Der Fürther Athlet Andreas Schüller erreichte mit 10,25 m im Kugelstoßen einen neuen deutschen Rekord. Fünf Athleten unter der Leitung von Cheftrainer Claus Eidam aus dem Leistungsstützpunkt schafften zudem eine Nominierung für die deutsche Nationalmannschaft für die Global Games. Die Teilnahme an den „Weltmeisterschaften der geistig Behinderten“ war gewählt worden, da eine Teilnahme an den - zudem in erster Linie körperbehinderten Menschen vorbehaltenen - Paralympics Athen aufgrund eines Skandals - eine spanische Mannschaft hatte im Jahre 2000 bei den Paralympics in Sydney eine Behinderung vorgetäuscht - nur unter sehr strengen Auflagen möglich war und deswegen abgesagt wurde. Bei den Global Games nahmen 1.300 Sportler aus 38 Nationen teil, die Athleten aus dem Leistungszentrum erreichten in ihren Disziplinen Platzierungen zwischen den Rängen 7 und 12.

Die Familiendienste vermeldeten für 2004 insgesamt 950 Beratungsgespräche und die Betreuung von 132 behinderten Menschen.

## 2. Verengter Gestaltungsspielraum

Die Dambacher Werkstätten wechselten mit 180 behinderten Mitarbeitern und dem Maschinenpark Mitte 2005 in ihr Ausweichquartier in der Kurgartenstraße auf dem Areal des früheren Grundig-Stammwerkes. Parallel dazu begannen im August die mit ca. 4,2 Millionen Euro veranschlagten Bauarbeiten zur umfassenden Modernisierung und Umstrukturierung des Betriebsgebäudes in Dambach. Bei diesem Projekt - wie auch schon beim Sonderpädagogischen Zentrum in Oberasbach - mussten die von öffentlicher Hand zugesicherten Zuschüsse zwischenfinanziert werden. Dies war ein erneuter Anlass für den Vorsitzenden Dr. Thomas Jung und den Geschäftsführer Werner Winter, auf die inzwischen eingeschränkten Gestaltungsspielräume des Vereins hinzuweisen. Die Neuinvestitionen und der Erhaltungsaufwand belasteten die Finanzen enorm. Geschäftsführer Werner Winter wies auf die sich kumulierenden Problemfelder eindringlich hin: Mit zahlreichen Neubauten und sonstigen Investitionen hatte die Lebenshilfe viele Bedarfslücken geschlossen, vorhandene Substanz wurde stetig verbessert und erhalten. Die Finanzierung des laufenden Betriebs für die verschiedenen Einrichtungen wurde zunehmend schwieriger, dem standen leere Kassen der Sozialleistungsträger und wachsender Bedarf v.a. im stationären Bereich (Wohnheimplätze) gegenüber. Nicht wenige Beschäftigte der Werkstätten lebten bei ihren hoch betagten Eltern, ohne dass diese einen Wohnheimplatz für die Zukunft reserviert hätten. Die Lebenshilfe sah sich nur noch sehr eingeschränkt in der Lage, auf dieses Dilemma zu reagieren, da die einfachste Lösung, der Neubau von Wohnheimen, aus finanziellen Gründen verschlossen blieb. Einen Ausweg suchte man darin, durch den Ausbau von ambulant betreuten Wohneinheiten zur Entlastung der Heime zu gelangen, was aber auch von Unwägbarkeiten belastet war. In jedem Fall waren Engpässe in der wohnortnahen Versorgung mit Wohnplätzen nicht auszuschließen. Der Vorstand der Lebenshilfe beschloss angesichts dieser Situation am 21. Juli 2005 Kriterien zur Vergabe von Wohnheimplätzen, wobei die Verfügbarkeit eines geeigneten Platzes und die Dringlichkeit im bisherigen Umfeld (Alter der versorgenden Angehörigen, Belastungssituation) im Vordergrund standen.

Im Sternstunden-Kindergarten konnten mit der Hilfe vieler Sponsoren erste Renovierungsarbeiten abgeschlossen werden. Im Schuljahr 2005/2006 wurden in der Hallemann-Schule mehr als 200 Schüler in insgesamt 21 Klassen unterrichtet. Wegen der Raumnot wurden Klassenzimmer im Gebäude der ehemaligen Schule zur individuellen Lernförderung in Zirndorf angemietet, so dass zum Schuljahresbeginn drei Werkstufenklassen mit angeschlossener heilpädagogischer Tagesstätte in die renovierten Räume an der Homburger Straße umzogen.

Die Sondertagesstätte am Förderzentrum Süd konnte im Juni 2005 in die neuen Räume in der Jakob-Wassermann-Straße 6a umziehen. Im November des Jahres wurde eine fünfte Gruppe gebildet, in der Tagesstätte am Förderzentrum Oberasbach eröffnete bereits zuvor im September eine zusätzliche Gruppe. Dennoch waren nicht alle Nachfragen zu befriedigen.

Eine im September 2004 in den Wohnstätten gegründete Arbeitsgruppe stellte 2005 ihre Deklaration „Die Rechte behinderter Heimbewohner“ vor. Der Arbeitskreis, bestehend aus jeweils drei Bewohnern, Familienangehörigen und Mitarbeitern, erarbeitete auf Grundlage des Heimgesetzes eine plakative Urkunde zu den Rechten behinderter Heimbewohner. Das 10-Punkte-Programm wurde im Rahmen einer Feierstunde der Presse und zahlreichen interessierten Gästen vorgestellt.

Der Leistungsstützpunkt konnte trotz schwieriger Gesamtsituation (Wegfall des Hauptsponsors, Mittelkürzung durch den BVS) und der damit verbundenen Verkleinerung der Kader und Kürzung der Lehrgänge zahlreiche Erfolge vermelden. So erreichten die Sportler bei Wettkämpfen des Behindertensportvereins und des Leichtathletik-Verbandes sieben bayerische Meisterschaften und mehrere deutsche Jahresbestzeiten: Trotz einer Verkleinerung der Truppe nahmen sechs Athleten des Stützpunktes an den Internationalen Deutschen Meisterschaften teil, die eher kleine Mannschaft errang zweimal den Titel „Deutscher Meister“, drei zweite Plätze und einen dritten Platz. Bei dem Fußball-Länderpokal 2005 für Menschen mit Behinderung erreichte die Bayernauswahl mit drei Spielern von der Lebenshilfe-Halle Mann Schule den zweiten Platz.

Dr. Thomas Jung und Hermann Braun feierten ihr 10jähriges Amtsjubiläum als 1. und 2. Vorsitzende der Lebenshilfe. Seit dem gemeinsamen Amtsantritt 1995 wurden Projekte mit einem finanziellen Volumen von immerhin 24 Millionen Euro realisiert, obwohl die Bedingungen bei Amtsantritt angesichts der verschlechterten sozialen bzw. sozialpolitischen Rahmenbedingungen nicht gerade rosig aussahen. Dennoch zeigte die Lebenshilfe gerade in den folgenden Jahren eine rasante Finanzentwicklung. Lag die Bilanzsumme 1994 bei umgerechnet 8,3 Millionen Euro, so wurde sie 2004 mit 29,1 Millionen Euro beziffert – eine Steigerung von 250 Prozent. Vorsitzender Dr. Thomas Jung zum Jubiläum: „Bei all den Zahlenspielereien darf man aber nicht vergessen, dass es hier um Menschen geht“. Wichtiger als die Zahlen sei, „... dass die Lebenshilfe mehr als 1000 Menschen mit Behinderung eine Heimat und/oder eine Beschäftigung gibt.“

### 3. Gesetzesänderungen und WoGe Gala

Nach der Fertigstellung aller Umbaumaßnahmen konnte die Zirndorfer Außenstelle der Halle Mann-Schule im Januar 2006 eingeweiht werden.



*Im Jahre 2006 ging der Integrationspreis an Michel Gosselin (links) und den „Behinderten-Club“ OASIS in Oberasbach, vertreten durch Gerhard Hable und Karin Keller (rechts).*

Der Integrationspreis der Lebenshilfe ging 2006 an Michel Gosselin, Direktor des Fürther Hotels Mercure Nürnberg West, und an den „Behinderten-Club“ Oasis in Oberasbach. Michel Gosselin erhielt die Auszeichnung für sein „persönliches und außergewöhnliches Engagement für den Behindertensport“ (Dr. Thomas Jung). Gerade dem Bereich Sport komme im Blick auf die soziale Integration behinderter Menschen ein hoher Stellenwert zu. Der „Behinderten-Club“ OASIS galt seit 1983 als regelmäßiger Treff für behinderte und nicht behinderte Jugendliche und Erwachsene.

Im Laufe des Jahres 2006 nahm sich auch der bayerische Landtag der prekären Situation bzgl. fehlender Wohnheimplätze bei steigendem Bedarf an. Letztendlich änderte dies jedoch nichts an der unveränderten Priorität der Haushalts-Sanierung. Vor diesem Hintergrund forderten sowohl Politik wie auch Sozialleistungsträger die durchgreifende Verwirklichung des Grundsatzes „ambulant vor stationär“. Deswegen war angesichts dieser Situation damit zu rechnen, dass seitens der Sozialhilfeträger vermehrt die Option einer ambulanten Versorgung geprüft werden würde. Lebenshilfe-Geschäftsführer Werner Winter wies angelegentlich auf die Grenzen der ambulanten Versorgung hin: „Ambulant unterstütztes Wohnen für Menschen mit einer geistigen Behinderung setzt beim Betreffenden u.a. voraus, dass er keiner Rund-um-die-Uhr Betreuung bzw. Beaufsichtigung bedarf, dass er sicher und sachgerecht mit Telefon, Elektro- und Haushaltsgeräten umgehen kann, dass er fähig ist, Gefahren rechtzeitig zu erkennen und bei Bedarf eigenständig Hilfe herbeiholen kann, sich weitestgehend an Absprachen und Vereinbarungen hält, umfassend zeitlich und örtlich orientiert ist und insbesondere in ausreichendem Maß über Motivation verfügt, sein Leben weitestgehend selbstständig und eigenverantwortlich zu managen.“

Die Lebenshilfe entwickelte einen dementsprechenden Assistenzdienst, der auch bei der Realisation des individuellen Eingliederungsanspruchs mithilfe eines sogenannten

„Persönlichen Budgets“ helfen sollte. Das Persönliche Budget ist ein vom zuständigen Sozialhilfeträger an den Hilfeempfänger ausgezahlter Geldbetrag, mit dem sich der Empfänger selbst die erforderliche Unterstützung bei einem Leistungsanbieter wie der Lebenshilfe einkaufen kann. Das Persönliche Budget ergänzt das im Regelfall geltende Sachleistungsprinzip.

In den Integrativen Kindergärten standen im Jahre 2006 im Rahmen von Projektarbeiten im Karl-Reinmann-Kindergarten ein umfangreiches Projekt über Japan und im Sternstunden-Kindergarten das generelle Thema „Kunst“ im Zentrum der Arbeiten. Die Arbeiten wurden dann im „Fest der Künstler“ im Mai 2006 präsentiert.

Schüler der Hallemann-Schule gestalteten im Textilarbeitsunterricht „Fußballer in Aktion“ als Drahtbiegearbeiten und bekleideten sie mit Trikots und Gipsbinden. Mit diesen Arbeiten nahm die Schule am FIFA-Talente-Wettbewerb 2006 teil und erhielt als Anerkennung und Dank eine von Rudi Völler unterschriebene Urkunde und eine vier Meter lange Fahne von der FIFA. Ein entsprechender Fahnenmast wurde vor der Schule aufgestellt, so dass pünktlich zum Beginn der Weltmeisterschaft die WM-Fahne vor der Schule wehen konnte.



*Ein wichtiges Ziel der Förderstätte ist die Ein- bzw. Wiedereingliederung von Menschen in eine Werkstatt für behinderte Menschen. Florian (im Bild) war im Jahre 2006 der erste, der diesen Wechsel schaffte.*

Die Förderstätte feierte Mitte des Jahres 2006 die erste erfolgreiche Werkstattengliederung. In der Förderstätte können Menschen mit geistiger und schwerer Mehrfachbehinderung Erfahrungen sammeln, um im günstigen Fall in eine Werkstatt für behinderte Menschen eingegliedert zu werden. Nach einem Werkstattpraktikum von Oktober 2005 bis Ende 2006 und insgesamt zweijährigem Besuch der Förderstätte gelang es einem Teilnehmer, zur Werkstatt zu wechseln. Zum 1. Mai wurde er in der Eingangsstufe der Werkstatt aufgenommen, ab September sollte die Lehre im Berufsbildungsbereich laufen.



*Die Seniorengruppe in den Wohnstätten der Lebenshilfe Fürth steht für das Recht auf Altwerden in dieser Einrichtung.*

2006 gründete sich um Geschäftsführer Werner Winter, Einrichtungsleiter Georg Jordan und weitere Mitarbeiter in den Wohnstätten eine Seniorengruppe. Werner Winter bekräftigte in einer Rahmenkonzeption das Recht auf Altwerden in den Wohnstätten. Dies war eine Konsequenz aus einer neuen Herausforderung für die Lebenshilfe: Immer mehr Bewohner der Wohnstätten erreichten das Rentenalter. Dem musste konzeptionell Rechnung getragen werden.

Der Leistungsstützpunkt konnte auch 2006 die fast schon üblichen Erfolge vermelden. Vier Sportler des Fürther Leistungsstützpunktes nahmen an den Deutschen Hallen- und Winterwurfmeisterschaften für Menschen mit Behinderungen teil, zwei erste und jeweils ein zweiter und dritter Platz waren die Ausbeute.

Den bis zu diesem Zeitpunkt größten Erfolg erlangte der Leistungsstützpunkt bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften in Leverkusen, bei der rund 1300 Teilnehmer aus zwölf Nationen starteten: nicht weniger als zwölf Medaillen gingen an die Sportler des Stützpunktes, davon dreimal Gold.

Am 1. August 2006 trat der neue bayerische Rahmenvertrag zur Frühförderung in Kraft. Die wesentliche Änderung war die Festschreibung der Frühförderung als „Komplexleistung“ aus heilpädagogischen und medizinisch-therapeutischen Maßnahmen. Das Kind musste somit in der Frühförderung mindestens zwei Maßnahmen erhalten (heilpädagogisch und medizinisch-therapeutisch). Das Grundmodell der Frühförderung beruhte allerdings schon immer auf einer ganzheitlichen und interdisziplinären Ausrichtung. Im Regelfall konnte ein Kind nur noch 72 heilpädagogische Behandlungseinheiten (entsprach 32 Förderterminen) in Anspruch nehmen statt bisher 88, eine Reduzierung um gut 18 Prozent. Ähnlich wie bei den medizinisch-therapeutischen Maßnahmen wurden auch bei den heilpädagogischen Leistungen unterschiedliche Leistungsentgelte eingeführt (mobil, ambulant, in der Gruppe). Im Behandlungsplan musste festgelegt werden, welche Art der Förderung das Kind erhalten sollte.



Alois Meißner, Einrichtungsleiter der Frühförderung, stellte vor allem deswegen ein Jahr später fest, dass sich durch die Neuregelung der Verwaltungsaufwand in den Frühförderstellen um fast ein Drittel erhöhte und resümierte: „Die Verschwendung knapper und teurer Ressourcen auf beiden Seiten durch ‚Papierkrieg und Formularwahn‘ ist jedenfalls nicht akzeptabel“. Man hoffte auf Korrekturen und Nachbesserungen.

Dank großzügiger Spenden Ende 2006 war das Angebot der Schrei-Ambulanz bei der Frühförderung vorläufig gesichert. Das Angebot gab es seit 2001, seit Ende 2005 hatte die Bayerische Staatsregierung im Rahmen der laufenden Sparmaßnahmen die Förderung eingestellt, die Finanzierung lief daraufhin mit Spenden und erschien Ende 2006 dadurch noch etwa ein Jahr gesichert.

Im September 2006 führten die beiden integrativen Kindergärten nach gründlicher Information der Eltern die sogenannten „Buchungszeiten“ ein, die Eltern zahlten nun keine festen monatlichen Kindergartenbeiträge mehr, sondern buchten nur die benötigten Betreuungsstunden. Anwesenheitsdauer (Buchungszeit) der Kinder und jeweiliger Status (Alter, Herkunft, Behinderung) bestimmten die an den Träger gezahlte Summe. Dies war Ausfluss des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG), das 2005 vom Bayerischen Landtag erlassen wurde. Das BayKiBiG konkurrierte rechtlich mit dem Sozialgesetzbuch des Bundes, insbesondere dem achten Buch (SGB VIII, Kinder- u. Jugendhilfe) und dem zwölften Buch (SGB XII, Sozialhilfe). Schon während des Gesetzgebungsverfahrens kam es zu vielen Protesten gegen das Gesetz mit hundert von Petitionen, die Spitzenverbände der freien Träger von Kindertageseinrichtungen forderten – ergebnislos – Nachbesserung insbesondere an der Gestaltung der finanziellen Förderung. Auch bei der Lebenshilfe Fürth musste man feststellen, dass diese Kostenregelung die gewohnten Leistungen gefährdete und äußerte die Hoffnung auf Korrekturen.

Die kooperative Außenklasse an der Pestalozzi-Schule hatte sich nach vier Jahren des Bestehens (2002 bis 2006) zunehmend zum Vorzeigeprojekt entwickelt. In den Fächern Mathematik, Deutsch und Lesen war der Unterricht getrennt, im Rahmen des gemeinsamen „Offenen Unterrichts“ arbeiteten die Kinder und Jugendlichen gemeinsam. Die nicht behinderten Kinder lernten Rücksichtnahme, aber auch Abgrenzung, die Kinder mit besonderem Förderbedarf übernahmen die Verhaltensweisen der Kinder der Regelklasse und lernten durch Teilhabe und Nachahmung.

Drei Berufsschulstufenklassen der Hallemann-Schule waren schon seit Beginn des Schuljahres 2005/2006 in Räumen der ehemaligen Schule zur integrativen Lernförderung in Zirndorf untergebracht worden, Ende Juni 2006 fand mit einem Bunten Programm die

Einweihungsfeier der neuen Räume statt.

Nach intensiven Verhandlungen mit dem Bezirk Mittelfranken als Hauptkostenträger erhielt die Lebenshilfe im Jahre 2007 die Genehmigung für den Bau eines weiteren Wohnheims mit 30 Plätzen.

Am 16. April 2007 konnte am Förderzentrum Nord eine vierte Tagesstätten-Gruppe ihre Arbeit aufnehmen. Die Tagesstätte am Förderzentrum Nord befindet sich ebenso wie jene am Förderzentrum Süd in der Trägerschaft der Lebenshilfe, während die Förderzentren selbst von der Stadt Fürth getragen werden. Demgegenüber betreibt die Lebenshilfe im Förderzentrum Oberasbach sowohl die Schule wie auch die Tagesstätte. Insgesamt wurden 13 Gruppen mit je neun Plätzen aufgenommen für Kinder, die einen erhöhten sonderpädagogischen Förderbedarf aufwiesen, vor allem im Bereich Sprache.



*Feierliche Einweihung der von Grund auf renovierten Werkstätten am 9. November 2007, im Bild Geschäftsführer Franz Nübler, Pfarrer Rudolf Glauche, Pfarrerin Britta Müller, Bezirkstagspräsident Richard Bartsch und Vorsitzender Dr. Thomas Jung. (v.l.)*



*Bei der großen WoGe-Gala im November 2007 wurden jedem Bewohner ein Pokal und eine individuell gestaltete Ehrenurkunde überreicht.*

Am 23. November 2007 veranstaltete die Lebenshilfe die große WoGe-Gala der Wohnstätten. Das Jahresmotto WoGe der Wohnstätten hatte eine immense Eigendynamik erlangt: „Die den Bewohnern der Wohnstätten versprochene große Belohnung für die Anstrengungen eines ganzen Jahres sollte heute Abend eingelöst werden... Jedem Bewohner wurden ein Pokal und eine individuell gestaltete Ehrenurkunde überreicht. Hier brach die Begeisterung noch einmal zu einem neuen Höhepunkt durch... Alle, aber auch wirklich alle, ob Bewohner Mitarbeiter oder Gäste, gingen mit leuchtenden Augen nach Hause“, berichtete Wohnstätten-Leiter Georg Jordan.

Die Familiendienste vermeldeten im Jahre 2007 die Betreuung von nicht weniger als 134 Familien durch 43 Mitarbeiter. Die Familiendienste boten u.a. Einzelbetreuungen (Beaufsichtigung, Versorgung, Förderung, Betreuung), die über die Verhinderungspflege finanziert werden konnten (bei anerkannter Pflegestufe). Für insgesamt fünf Wochen im Jahr wurde auch eine Kinderferienbetreuung in den Räumen des Familiendienstes durchgeführt. Behinderte Erwachsene konnten den Samstagsclub besuchen, dessen Freizeitangebote zudem die Integration förderten.

#### 4. Jubiläumsjahr der Bundesvereinigung

Ende Januar 2008 besuchte der Vorsitzende der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Robert Antretter, die Einrichtungen der Lebenshilfe Fürth. Die Lebenshilfe Fürth betreute Anfang 2008 knapp 1100 Menschen mit körperlicher und geistiger Behinderung. Antretter lobte das große Engagement der Mitarbeiter, die nach seiner Einschätzung ihren Beruf zum persönlichen Anliegen machten und meinte zudem: „Ich habe den Eindruck, dass es hier besonders gut gelingt, die Lebenshilfe-Prinzipien Integration und Teilhabe zu leben“.

Im Februar 2008 nahm die Lebenshilfe am Integrativen Landesschwimmfest im Fürther Hallenbad teil, Ausrichter war das Amt für Jugendarbeit der ev.-lutherischen Kirche und die Diakonie Neuendettelsau. Die Lebenshilfe Fürth nahm mit zehn Jugendlichen und Erwachsenen teil und erschwamm zwei Gold-, eine Silber- und vier Bronze-Medaillen.

Der zweite Integrative Kindergarten der Lebenshilfe feierte am 16. Februar sein zehnjähriges Bestehen. Seinerzeit wurden 15 Plätze für behinderte bzw. von Behinderung bedrohte und 30 neue Plätze für nicht behinderte Kinder zur Verfügung gestellt. Einrichtungsleiterin Rosemarie Gäbel-Bauer blickte mit einem gewissen Wehmut zurück und berichtete davon, dass es seinerzeit keine Dinge wie „Buchungszeiten“, Bayerischen Erziehungs- und Bildungsplan, BAYKiBiG und mithin weit weniger Bürokratie gegeben habe. Der Elan, Spaß und Eifer der Mitarbeiter sei jedoch geblieben, so Gäbel-Bauer. Deswegen feierte man auch kräftig mit Unterstützung der „Blue Frogs“.

Anfang April 2008 zogen die Geschäftsstelle der Lebenshilfe von der Aldringerstraße in die Ludwig-Erhard-Straße direkt gegenüber dem Rathaus, ebenfalls die zuvor in der Karolinenstraße beheimateten Familiendienste. Im Juni eröffnete hier zudem der Lebenshilfe-„Werk-Stadt-Laden“, der ein ausgewähltes Sortiment von 34 Behindertenwerkstätten aus ganz Deutschland im Angebot hatte. Damit war einerseits die Lebenshilfe „wie die anderen wichtigen Sozialverbände im Zentrum der Kleeblatt-Stadt präsent“, andererseits war (und ist) der Laden „eine Bereicherung für das Sortiment in der Innenstadt“, so Vorsitzender Dr. Thomas Jung.

Die renovierte Küche in den Dambacher Werkstätten versorgte schon seit 1. September 2007 ca. 210 Personen an den Standorten Dambach und Fürth/Kurgartenstraße, ab 1. April 2008 konnte die bisher von einem externen Unternehmen durchgeführte Verpflegung der Hallemann-Schule mit übernommen werden, so dass täglich ca. 340 Portionen ausgegeben wurden.

Anlässlich des 15-jährigen Bestehens der Kooperation Uvex-Lebenshilfe besuchten Uvex Seniorchef Rainer Winter sowie sein Sohn und Geschäftsführer Michael Winter die Werkstätten in Dambach und machten sich vor Ort einen Eindruck von den Arbeitsabläufen im modernisierten Werkstattgebäude.

Der Integrationspreis 2008 ging an die Tanzschule Manfred Streng. Manfred Streng und sein Team wagten sich 2004 auf Neuland und boten in Kooperation mit den Lebenshilfe-Familiendiensten Tanzkurse für Menschen mit Behinderung an. 2005 wurde zudem der „Große Sommernachtsball“ für behinderte Menschen eingeführt und seit 2007 nahmen die Teilnehmer der Tanzkurse auch an der jährlichen „Talent-Nacht“ teil. Vorsitzender Dr. Thomas Jung führte in seiner Laudatio aus, die Tanzschule Streng habe somit bewiesen, dass der Name Streng nicht nur für Tanzvergnügen, sondern auch für Werte wie „Mitmenschlichkeit, Solidarität und Nächstenliebe“ stehe.

Mit zahlreichen Veranstaltungen im gesamten Bundesgebiet wurde das 50jährige Jubiläum der Bundesvereinigung Lebenshilfe gefeiert. Eine der spektakulärsten Veranstaltungen war im Juni das Kulturfestival „Blaues Wunder“ in der Berliner Kulturbrauerei am Prenzlauer Berg. In Deutschland gab es zum Zeitpunkt des Jubiläums 16 Landesverbände und rund 530 Orts- und Kreisvereinigungen, die sich für die Wahrung der Interessen und Rechte geistig behinderter Menschen und ihrer Angehörigen einsetzten. Die Schwerpunkte haben sich seitdem von der Schaffung von „Sondereinrichtungen“ hin zur Inklusion verlagert - der gleichberechtigten Teilhabe am Leben der Gesellschaft. So auch die Botschaft der Lebenshilfe anlässlich der Zentralveranstaltung: „Menschen mit Behinderung gehören mitten unter uns und dürfen nicht an den Rand gedrängt werden.“

Am 28. Juni feierte der Karl-Reinmann-Kindergarten in Dambach als ältester integrativer Kindergarten Mittelfrankens mit einer großen Jubiläumsfeier seinen 25. Geburtstag. 1983 begann seine Geschichte auf Initiative

von Eltern der Frühförderung und Pädagogen in einem alten Dambacher Schulhaus mit viel Improvisation, das Gebäude wurde 1992 generalsaniert. Die Anzahl der Bewerber war immer größer als die Zahl der freien Plätze. „Der Charakter der Einrichtung als kleine, überschaubare und sehr persönliche Kindertagesstätte ist geblieben“, berichtete Leiterin Rosemarie Gäbel-Bauer anlässlich des Jubiläums.



Die „Offene Behindertenarbeit“ befand sich im Jahre 2008 schon zehn Jahre unter dem Dach der Lebenshilfe Fürth. Was seinerzeit mit dem Samstagsclub und einem Tanzkurs begann, entwickelte sich zu einem breiten Spektrum an Freizeitangeboten.

Die „Offene Behindertenarbeit“ (OBA) feierte ebenfalls ein kleines Jubiläum, befand sie sich nunmehr 10 Jahre unter dem organisatorischen Dach der Lebenshilfe. Das breite Angebotsspektrum wurde seinerzeit von 80 Teilnehmern genutzt.

Die Hallemann Schule konnte 2008 auf ihr 30jähriges Bestehen zurückblicken, Ende Mai gab es einen dementsprechend aufwändigen Festakt. Schulleiterin Brigitte Daubner-Marcordes betonte das tragfähige Netz stabiler Beziehungen und Kontakte, das die Schule dank ihrer Öffnung zur Gesellschaft geknüpft habe - sei es über Partnerschaften und gemeinsame Projekte mit anderen Schulen, Kooperationen mit Vereinen, begeisternden Auftritten der Schulband „Blue Frogs“ oder Aktivitäten im Sport- und Freizeitbereich. Vorsitzender Dr. Thomas Jung betonte ebenfalls, dass sich

die Schule fest in der Stadt Fürth etabliert habe und in das öffentliche Leben eingebunden sei.

Bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften Leichtathletik der Behinderten (450 Teilnehmer aus 28 Nationen) konnten die Sportler des Landesleistungsstützpunktes im Juni 2008 zwei Gold-, drei Silber- und fünf Bronzemedailles erringen, Daniel Mentzel sicherte sich in der männlichen B-Jugend zwei Meistertitel über 100 m und 1000 m sowie eine Silbermedaille über 400 m.

Ende Oktober 2008 nahmen fünf Sportler aus der Tischtennisabteilung des BVS Fürth e.V. an der Bayerischen Meisterschaften im Tischtennis für Sportler mit geistiger Behinderung in Deggendorf teil und konnten bei insgesamt 60 Spielern aus zehn Vereinen gute Platzierungen und eine Bronzemedaille erreichen.

Im November 2008 feierten die Wohnstätten in der Stadthalle einerseits vierzigsten Geburtstag ihrer Einreichung und andererseits die große WoGe-Gala. Die Leistungsbilanz „im Zeichen der WoGe“ war beeindruckend: Wellness-Wohlfühlnachmittag für Frauen, WoGe-Brunch, Märchenabende, Nordic Walking Gruppe, Wandergruppe, Singkreis, „Mucki-Bude“, Disco Abende, Bowling und Ausflüge. Dementsprechend wurde jede Wohngruppe aufgerufen, auf die Bühne gebeten und mit einer Medaille bedacht.

Die Kind und Eltern-Frühförderung Fürth meldete für 2008 die Betreuung von durchschnittlich 250 Kindern. Die durchschnittliche Betreuungsdauer lag bei 15 Monaten, im Laufe des Jahre erbrachten die Pädagogen und Psychologen ca. 19.000 sogenannte pädagogische Behandlungseinheiten, die Logopädinnen, Ergotherapeuten und Krankengymnastinnen ca. 10.000 medizinische Behandlungseinheiten.

In der Jahreshauptversammlung am 21. November 2008 konnte auf ein ereignisreiches Jahr zurückgeblickt werden, genannt wurden u.a. der Umzug der Hauptverwaltung und der Familiendienste in die Ludwig-Erhard-Straße sowie der regelgerechte „Jubiläumsreigen“ des Jahres 2008. Als Negativposten musste jedoch der Umsatzeinbruch der Werkstätten Anfang des Jahres vermeldet werden.

## XIV. Inklusion, Sportfeste, Prävention Frühförderung

### 1. Inklusion im Brennpunkt

Zum 1. Januar 2009 wurde die UN-Behindertenrechtskonvention gültiges Recht in der Bundesrepublik. Es handelte sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der die Menschenrechte für behinderte Menschen konkretisierte, um ihnen eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. In vielen Staaten wurden zwar schon zuvor behinderten Menschen die gleichen Rechte eingeräumt wie nicht behinderten, jedoch waren oft die erforderlichen Voraussetzungen zur Wahrnehmung dieser Rechte nicht geregelt. Das Übereinkommen und das Zusatzprotokoll wurden am 13. Dezember verabschiedet. Nachdem die ersten zwanzig Staaten das Übereinkommen ratifiziert hatten, tra-

ten die Konvention und das Zusatzprotokoll am 3. Mai 2008 international in Kraft, in Deutschland am 26. März 2009. Bis Ende 2010 hatten 155 Staaten und die Europäische Union die Konvention unterzeichnet, 97 Staaten und die EU hatten sie ratifiziert.

Ziele sind Chancengleichheit statt Diskriminierung, Selbstbestimmung, gleichberechtigte Teilhabe und uneingeschränkte gesellschaftliche Einbeziehung. Artikel 3 der Konvention bestimmt u.a. als Ziele: „Die Achtung vor der Unterschiedlichkeit von Menschen mit Behinderungen und die Akzeptanz dieser Menschen als Teil der menschlichen Vielfalt und der Menschheit.“ Die UN-Konvention verlangte die sogenannte soziale Inklusion, allen Menschen solle die Teilnahme an allen gesellschaftlichen Aktivitäten auf allen

Ebenen und in vollem Umfang ermöglicht werden, wobei Autonomie und Unabhängigkeit zu wahren seien. Nicht die Betroffenen müssten ihre Bedürfnisse an (angebliche) gesellschaftliche Notwendigkeiten anpassen, sondern die Gesellschaft habe die Aufgabe, sich auf die Bedürfnisse der Betroffenen einzustellen. In der Idealform würde das bedeuten, dass „Sondereinrichtungen“ nicht mehr notwendig wären.

Lebenshilfe-Geschäftsführer Werner Winter wandte sich in seiner Vorstellung der Konvention gegen eine ideologische Verhärtung der Fronten: Weder sei es derzeit sinnvoll, jegliche Form von „Sondereinrichtungen“ als integrationshemmend (bzw.: inklusionshemmend) darzustellen, noch könne andererseits das Inklusionskonzept in seiner Zielsetzung generell als nicht realisierbare Utopie hingestellt werden.

So sollte versucht werden, mit Hilfe eines „Patenmodells“ in der freien Wirtschaft Arbeitsplätze für geistig behinderte Menschen zu schaffen. Wichtig bei der Eingliederung ist ein Pate, der dem behinderten Menschen zur Seite steht und ihm bei Problemen hilft. Ein Schüler der Berufsschulstufe äußerte einen entsprechenden Wunsch und konnte ein Praktikum als Autoreinigungshelfer in einem Fürther Autohaus absolvieren, danach wurde ihm eine feste Anstellung in einem Zweigbetrieb angeboten – Pate war in diesem Fall die Unternehmensleitung.



*Der „Werk-Stadt-Laden“ hinter dem Rathaus bietet hochwertige Artikel, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen hergestellt werden.*

Auch in der Hallemann-Schule gründete sich eine „Schülerfirma“: die „Kreativ-Werkstatt-Hallemannschule“ (KWH), die sich aus dem Großprojekt „Kreativ gestalteter Schmuck aus Fimo-Perlen“ entwickelt hatte. Die Schülerfirma differenzierte sich wie konventionelle Firmen in Arbeitsbereiche wie Einkauf, Verkauf, Kassenabteilung und Sekretariat. Der Schmuck ist u.a. im „Werk-Stadt-Laden“ der Lebenshilfe erhältlich.

Im Mai 2009 gab es zwei neue Gruppen im „OBA“-

Angebot (Offene Behindertenarbeit) der Familiendienste: Zum einen die Jugendgruppe, deren Schwerpunkt auf Freizeitaktivitäten lag, die bei anderen Teenagern ohne Behinderung zum normalen Alltag gehören. Eine weitere Gruppe bildete sich für Menschen mit Mehrfachbehinderungen und Rollstuhlfahrer, so dass auch Menschen mit erhöhtem Betreuungsaufwand die Möglichkeit zu gemeinsamen Freizeitaktivitäten geboten wird.

Neben dem schon länger bestehenden Heimbeirat gründete sich im Januar 2009 auch ein Eltern- und Angehörigenbeirat für die Wohnstätten.

## 2. Sportler auf dem Weg zu den Paralympics

Im Rahmen der Europäischen Fußballwoche 2009 („Special Olympics“) waren im April 2009 zwölf fußballbegeisterte Sportler der Dambacher Werkstätten zu Gast bei der SpVgg Fürth. Die 1968 gegründeten „Special Olympics“ sind die weltweit größte Sportbewegung für Menschen mit geistiger Behinderung und Mehrfachbehinderung. Im Rahmen der Veranstaltungswoche waren in mehr als 50 Ländern Europas für mehr als 50.000 Teilnehmer mit geistiger Behinderung verschiedene Aktivitäten geboten.

Die European Footballweek (SOEFW) soll Menschen für den Fußballsport gewinnen sowie deren Förderung und Integration vorantreiben. Nach Beschluss des Paralympics-Ausschusses und des Weltverbandes INAS-FID wurde der Sport von geistig behinderten Menschen als paralympisch anerkannt, nachdem 2004 und 2008 geistig behinderte Sportler aufgrund eines Skandals im Jahre 2000 nicht zugelassen waren. Der Fürther Leistungsstützpunkt wurde deswegen als Paralympics-Stützpunkt für die Spiele 2012 in London vorgesehen.

Die Dambacher Werkstätten mussten in den ersten Monaten 2009 einen weiteren Umsatzrückgang verbuchen, die Erlöse gingen gegenüber dem Vorjahr um fast 50 Prozent zurück. Da nicht davon ausgegangen wurde, dass das frühere Auftragsvolumen wieder zu erreichen sei, dachten die Geschäftsführung der Werkstätten und ein neu gegründeter Arbeitskreis darüber nach, ob die Fertigung von Eigenprodukten und das Anbieten von Dienstleistungen sowie der Einsatz von Werkstattmitarbeitern auf einem Außenarbeitsplatz Alternativen sein könnten.

Am 3. August 2009 fiel der Startschuss für die umfassende Sanierung und Modernisierung der Hallemann-Schule. Die Bauarbeiten umfassten die energetische Sanierung, den Brandschutz, die kompletten elektrischen Installationen,

das Schwimmbad und die gesamten sanitären Anlagen. Teilweise konnten die in den betroffenen Räumlichkeiten untergebrachten Klassen und Einrichtungen innerhalb des Komplexes in Dambach verlagert werden, eine Klasse fand Aufnahme in der Außenstelle Homburger Straße in Zirndorf, für zwei Klassen begann mit dem Schuljahresanfang 2009/2010 an der Seeacker-Schule in Fürth ein neuer Integrationsprozess. Beim Fürther Metropolmarathon am 28. Juni 2009 nahmen



*Stephan Aldebert aus den Wohnstätten nahm im Juni 2009 am Metropol-Marathon teil.*

auch mehrere Bewohner der Wohnstätten teil. Von den Internationalen Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften für Menschen mit Behinderungen im Juli 2009 kehrten die Sportler des Landesleistungszentrums Fürth mit 7x Gold, 3x Silber und 8x Bronze heim. Damit konnten die Sportler des LLS Fürth und die Trainer Claus Eidam, Simon Werhahn, Andreas Eder und Heike Werhahn auf die erfolgreichste Deutsche Meisterschaft seit Bestehen des Stützpunktes zurückblicken.

### 3. Wohnlösungen, „Berufung Musiker“, Frühförderung als Prävention

Seit Anfang des Jahres 2009 wurde zudem die Trainingsarbeit intensiviert, um die Sportler auf die Paralympics 2012 in London vorzubereiten. Der Schüler Marco Fuchs wurde in die DBS Auswahl für die Fußballweltmeisterschaft für Menschen mit mentalen Handicaps berufen.

Georg Jordan, Einrichtungsleiter der Wohnstätten, feierte 2009 sein 30jähriges Dienstjubiläum. Als Leitsatz seiner Arbeit zitierte er anlässlich des Jubiläums den Schweizer Heilpädagogen Paul Moor (1899-1977): „Nichts gegen die Fehler tun, aber alles für das Fehlende“.

Auf der Jahreshauptversammlung im Oktober 2009 berichtete Vorsitzender Dr. Thomas Jung vom symbolischen ersten Spatenstich zum vorerst letzten großen Bauprojekt der Lebenshilfe, einem neuen Wohnheim in der Fürther Südstadt, eingebunden in ein Wohngebiet und konzipiert für drei Gruppen mit je 10 Bewohnern. Es sollte ausschließlich Einzelzimmer mit eigenen Sanitärräumen und Gemeinschaftsräume für jede Wohngruppe aufweisen.

Parallel dazu konnte im Rahmen des „Ambulant Unterstützten Wohnens“ ein neues Wohnprojekt auf

den Weg gebracht werden: Ab Januar 2010 lebten fünf junge Menschen mit Behinderung weitgehend selbständig in einer von der Lebenshilfe erworbenen Wohnung. Sie erhielten zur Bewältigung des Alltags stundenweise Unterstützung durch die Mitarbeiter der „Offenen Hilfen“. Der Ausbau ambulanter Betreuungsangebote wurde vermehrt ins Auge gefasst. Geschäftsführer Werner Winter betonte, dass aufgrund des vorläufigen Abschlusses baulicher Aktivitäten nun die inhaltliche Arbeit „in den zentralen Mittelpunkt“ der Arbeit trete, wobei Winter vor allem auf den Begriff der Inklusion und dessen zumindest teilweise Umsetzung gemäß der neu in Kraft getretenen UN-Behindertenrechtskonvention abzielte. Hermann Braun, zweiter Vorsitzender der Lebenshilfe Fürth, verdeutlichte den Anwesenden die Grundaussagen der UN-Konvention. In der Zielvorstellung sollen vorhandene Unterschiede von der Gesellschaft nicht als Besonderheit aufgefasst werden. Braun verhehlte dabei nicht seine Meinung zur Inklusion, der zufolge es immer Menschen geben werde, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung besonderen Schutz, besondere Förderung und demzufolge auch besondere Einrichtungen benötigten. Auch die Vereinsmitglieder waren der Meinung, dass Inklusion zwar ein erstrebenswertes Ziel sei, bei dem aber die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit geistiger Behinderung zu beachten seien. Anfang Oktober 2009 lief ein Pilotprojekt der Lebenshilfe und der Musikschule Fürth an, das unter die Überschrift „Berufung Musiker“ gestellt wurde (Robert Wagner, Leiter der Musikschule: „Die Zeit ist reif, vorhandene Berufung zu beweisen“). Acht Mitarbeiter der Werkstätten besuchten für die Dauer von zwei Jahren dreimal wöchentlich ihren Außenarbeitsplatz in der Musikschule, um dort ein Instrument zu erlernen und gemeinsam in einer Band Musik zu machen. Ziel der Ausbildung war die Schaffung eines (zusätzlichen) beruflichen Standbeins. Hauptkostenträger waren der Bezirk Mittelfranken und die Lebenshilfe Fürth, zudem förderten die Aktion Mensch und die Musikschule Fürth das Projekt.



*„Berufung Musiker“: Die Gruppe „Vollgas“ als Pilotprojekt der Lebenshilfe und der Musikschule Fürth.*

Ebenfalls im Oktober feierten die Familiendienste ihr 20jähriges Bestehen im Oberasbacher Förderzentrum.

Der Familiendienst startete 1989 mit 35 zu betreuenden Familien, um die Eltern im häuslichen Bereich zu entlasten, 2009 wurden 180 Familien betreut. Da gerade im Freizeitbereich sinnvolle Angebote fehlten, wurde 1992 die erste Freizeitgruppe für geistig behinderte Menschen ins Leben gerufen. 2009 existierten sieben feste Gruppen mit ca. 80 Teilnehmern. Im Angebot waren Koch- und Tanzkurse, gemeinsame Zoo-, Kino- und Restaurantbesuche sowie Kreativkurse. Besonderen Anklang fanden die integrative Disco und der Tanzkurs in Kooperation mit der Tanzschule Streng.

Im November 2009 beging die Kind und Eltern-Frühförderung ihr 35jähriges Jubiläum. Aus bescheidenen Anfängen hatte sich aus den damals ersten bayerischen „Frühen Hilfen“ eine umfassend nachgefragte Anlaufstelle für Eltern und entwicklungsauffällige Kinder entwickelt. Zum Zeitpunkt des Jubiläums wurden in der Frühförderung - seit 1983 eine eigenständige GmbH - ca. 300 Kinder entweder mobil (zu Hause) oder in der Einrichtung mit sogenannten „Komplexleistungen“ (pädagogisch und medizinisch-therapeutisch) betreut. Angelegentlich des Jubiläums meinte Einrichtungsleiter Alois Meißner, dass der Bayerische Rahmenvertrag zur Frühförderung und der Zuständigkeitswechsel von der kommunalen Sozialhilfe auf den Bezirk nicht nur positive Seiten zeigten. „Die Arbeit ist komplizierter geworden, viel Energie geht verloren, die in der direkten Förderarbeit besser genutzt werden könnte“. Werner Steinkirchner, Geschäftsführer der Frühförderung, verwies auf die besondere Effektivität von möglichst früher Förderung: „Jeder Euro, der in Prävention und Frühförderung investiert wird, hilft ein Mehrfaches an Folge- und Rehabilitationskosten zu sparen.“

#### 4. Offene Hilfen, Arbeitsprojekte, Sportfeste

Im Januar 2010 traten neue Richtlinien zur Förderung der offenen bzw. ambulanten Hilfen in Kraft. Durch die Neuordnung konnte das Leistungsspektrum der Familiendienste erweitert werden. Da die Dienstleistungen nicht nur Familien mit einem behinderten Angehörigen, sondern allen Menschen mit einer Behinderung zur Verfügung stehen sollten, schien eine Umbenennung in „Offene Hilfen“ sinnvoll. Innerhalb der „Offenen Hilfen“ richtete sich der Familienentlastende



*Der an schweren Depressionen erkrankte Sebastian fand in Einrichtungen der Lebenshilfe wieder die alte Lebensfreude zurück.*

Dienst (FeD) an Familien mit behinderten Angehörigen. Die Freizeit-, Bildungs- und Begegnungsangebote der „Offenen Behindertenarbeit“ (OBA) wandten sich dagegen direkt an Menschen mit Behinderung. Im Jahre 2009 offerierte die OBA 131 Gruppenangebote für 989 Teilnehmer. Zudem leisteten die „Offenen Hilfen“ auch Beratung zu allen Fragen rund um die Betreuung behinderter Menschen.

Seit Mitte März 2010 bildeten sich in der Förderstätte verschiedene Arbeitsprojekte, die sich aus neuen Schwerpunkten in der Betreuung von schwerstbehinderten Erwachsenen ergaben. In der Förderstätte wurden Erwachsene betreut, die aufgrund der Schwere ihrer Behinderung nicht in den Werkstätten beschäftigt werden konnten. Dennoch suchte die Förderstätte nach Möglichkeiten, die Betreuung mit dem „Thema Arbeit“ zu verbinden. Das neue Motto lautete dabei aber nicht „Arbeit statt Förderung“, sondern „Förderung durch Arbeit und Weiterbildung“. Es gab ein Projekt im Bereich Kunsthandwerk (vor allem Nähen, die Endprodukte waren Dinkelkissen), ein Café Projekt, ein Hausmeisterhilfsdienst, das Musiktheater „Hebebühne“ sowie eine Gruppe „HundKatzMaus“ zur Unterstützung des Tierschutzhauses.

Am Special Olympics Landesschwimmfest Bayern in Nürnberg-Langwasser am 6. März 2010 nahmen 220 Schwimmer aus Bayern, Berlin und Österreich teil. Die 16 Schwimmer der Schwimmgruppe von BVS Fürth e.V. und der Lebenshilfe Fürth konnten 6x Gold, 6x Silber und 6x Bronze sowie weitere gute Platzierungen erreichen. Beim Integrativen Tischtennis Event in Nürnberg im April gab es ebenfalls gute Ergebnisse für die Sportler aus Fürth.

Anfang Mai 2010 beteiligte sich die SpVgg Fürth wiederum und damit das vierte Jahr an der Europäischen Fußballwoche „Special Olympics“. Neben den Sportlern aus der Lebenshilfe Fürth nahmen auch Gäste vom „Heilpädagogischen Zentrum – Lebenshilfe für Behinderte“ Irchenrieth und von der Wabe e.V. Erlangen teil. Gemeinsames Training, Spiel und Spielanalyse sowie Autogramstunden bildeten den Programmablauf.



*Integratives Trainingslager Ostern 2010 in Lana/Südtirol, im Bild wird der Staffelwechsel geübt.*

Bei den Internationalen Deutschen Leichtathletik-Meisterschaften der Menschen mit Behinderung in Bottrop vom 11. bis 13. Juni 2010 war die Ausbeute für den Landesleistungsstützpunkt Fürth 8x Gold, 8x Silber und 5x Bronze. Marco Fuchs vom Landesleistungsstützpunkt fand

aufgrund seiner Leistungen Aufnahme in das Team der deutschen Nationalmannschaft für die Fußballweltmeisterschaft in Südafrika.

Nach nur vier Monaten konnte im Mai das Richtfest für das vorläufig letzte Bauprojekt der Lebenshilfe gefeiert werden, die neue Wohnstätte am Fürther Marsweg/Ecke Waldstraße. Die dreigeschossige Wohnstätte war für drei Wohngruppen ausgelegt, ein zusätzlicher zweigeschossiger Baukörper beinhaltete Gemeinschafts- und Funktionsräume. Im Juli 2010 führte das Förderzentrum Oberasbach unter Mitwirkung sehr vieler Kinder des Zentrums das programmatische Musical „Tuishi pamoja“ („Wir wollen Freunde sein“) auf, eine Geschichte von Andersartigkeit, Annäherung und aufblühender Freundschaft.

Ende September 2010 nahmen die im BSV organisierten Sportler an den Bayerischen Meisterschaften in Tischtennis teil, die in Höchststadt ausgerichtet wurden.



Ökumenischer Familiengottesdienst in der Markgrafenkirche Cadolzburg: „Jesus ist mein Freund, ich bin nicht allein“.

Im Jahre 2010 ging der Integrationspreis der Lebenshilfe an den katholischen Pfarrer André Hermany aus Cadolzburg und seinen evangelischen Amtsbruder Thomas Lübke aus Langenzenn. Seit dem Jahr 2004 zelebrierten sie einen zweimal jährlich stattfindenden Gottesdienst, der auf die besonderen Bedürfnisse behinderter Menschen abgestimmt war. Friedlinde Höfler, die schon 20 Jahre die Ökumenischen Familiengottesdienste für Menschen mit Behinderungen

organisierte, erhielt im Oktober 2010 zusammen mit ihrer Vorstandskollegin Lotte Lange die silberne Ehrennadel der Lebenshilfe, die höchste Auszeichnung der Lebenshilfe



v. l. Dr. Thomas Jung, Lotte Lange, Friedlinde Höfler, Gerhard John

Bayern. Frau Lange erhielt die Auszeichnung für 30 Jahre engagierten Wirkens im Vorstand der Lebenshilfe Fürth. Die Ehrung wurde vorgenommen von Gerhard John, dem stellvertretenden Landesvorsitzenden, und Dr. Thomas Jung.

Um die fachliche Weiterentwicklung in den unterschiedlichen Einrichtungen zu koordinieren und zu steuern, schuf die Lebenshilfe die Stelle der pädagogischen Gesamtleitung. Diese Stelle wurde im September 2010 von Nils Ortlieb übernommen.

Aus dem im Januar 2009 neu ins Leben gerufenen Eltern- und Angehörigenbeirat entstand die „Ideen- und Beschwerdestelle“ (IBS) und am 20. Oktober 2010 der „Arbeitskreis Wohnpflegeheim“ zur Optimierung des Wohnpflegeheims als Wohn- und Arbeitsplatz.

Am 25. November 2010 eröffnete die Musikgruppe des Pilotprojektes „Berufung Musiker“ im Beisein des Bundespräsidenten die Adventszeit im Deutschen Bundestag.

Anlässlich der Jahreshauptversammlung 2010 wurde der seit 15 Jahren amtierende Vorsitzende Dr. Thomas Jung für weitere drei Jahre in seinem Amt bestätigt. Der 2008 gegründete Arbeitskreis „Arbeit und Beschäftigung“ unter Leitung von Diethart Bischof versuchte für die Werkstatt zusätzliche und alternative Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden und konnte in der Jahreshauptversammlung erste Erfolge präsentieren. Im Rahmen der Aufgabenstellung wurde zum 1. November 2010 in den Dambacher Werkstätten die Stelle eines Integrationsbeauftragten geschaffen.

Am 20. März 2011 nahmen in Fürth 650 Teilnehmer am „Marathon der Lebensfreude“ anlässlich des Welt-Down-Syndrom-Tags teil, darunter 40 Läufer mit Trisomie 21. Veranstalter war der Laufclub 21, gegründet von Anita Kinle in Fürth. Die Veranstaltung wurde „massiv“ vom Sportamt der Stadt Fürth unterstützt. Schirmherr war Lebenshilfe Vorsitzender und Oberbürgermeister Dr. Thomas Jung.

### 1. Schlussbemerkungen

Die Geschichte der Lebenshilfe Fürth e.V. und die von ihr geschaffenen Einrichtungen wurden im Detail vorgestellt, es bedarf hier keiner Wiederholung. Aus einem Spielnachmittag entstand ein mehrstufiges Betreuungssystem, aufgelassene Kindergärten und Kinderkrippen verwandelten sich in Förderschulen, Werkstätten und Betreuungszentren. Die Anfangsziele der Gründungsmütter und Gründungsväter aus dem Jahre 1961 wurden somit mehr als erfüllt:

- **Schaffung von Einrichtungen in Eigeninitiative.**
- **Kontaktaufnahme mit den zuständigen Behörden, um sie zur Mitarbeit zu gewinnen.**
- **Werbung von Mitgliedern, um den Verein auf sichere Füße zu stellen.**
- **Aufklärung der Fürther Bevölkerung über geistig Behinderte und die Ziele des Vereins.**

Integration muss als Bereicherung unserer Gesellschaft nicht nur verstanden, sondern verinnerlicht werden. Eine Schwierigkeit dabei wird vielleicht immer bestehen bleiben: Menschen mit Behinderungen benötigen individuelle Angebote zur Bewältigung ihrer Lebens- und Lernschwierigkeiten. Die Schließung von Sondereinrichtungen kommt von daher auch im Rahmen der Inklusion nicht in Frage, das schließt aber eine evolutionäre Umstrukturierung nicht aus. Dabei tun sich Träger wie die Lebenshilfe aufgrund ihres historischen und gesellschaftlichen Ansatzes leichter als Fürsorgeeinrichtungen, deren Wurzeln historisch älter sind.

Aber die Forderung nach Inklusion richtet sich letztendlich weniger an die Träger der Hilfen für behinderte Menschen, sondern vor allem an das gesellschaftliche Umfeld: „Wir brauchen ganz verschiedene Menschen, damit die Welt sich dreht“. Und die Grenzen der Integration sind noch lange nicht erreicht.

### 2. Interview mit dem Vorsitzenden Dr. Thomas Jung

**Dr. Thomas Jung ist seit 1995 Vorsitzender der Lebenshilfe Fürth und seit 2002 Oberbürgermeister der Stadt Fürth. Der Autor sprach mit ihm Ende April 2011.**

Herr Dr. Jung, stellen wir uns vor, in 100 Jahren gibt es aufgrund von Pränatal Diagnostik und Gentechnik keine geistig behinderten Kinder mehr. Wie würden Sie diese Situation einschätzen?

*Der Gesellschaft würde auch etwas fehlen. Das spürt man deutlich bei vielen Anlässen, zum Beispiel, wenn man die Band Vollgas sieht und hört oder wenn man beim Marathon zum Welt Down Syndrom Tag zuschaut, dann spürt man die besondere Begeisterungsfähigkeit - und dass*

*Menschen mit Behinderung einfach die Gesellschaft reicher und vielfältiger machen, nicht nur etwas kosten.*

Die Lebenshilfe hat in den letzten Jahren viel aufgebaut, von einem Betreuungsnetzwerk von der Wiege bis zur Bahre ist die Rede. Ist das System lückenfrei?

*Nicht lückenfrei, aber für Kernfragen des Lebens bietet die Lebenshilfe passgenaue Angebote. Wichtig ist dabei immer der Integrationsgedanke, das bedeutet, bestehende Einrichtungen auch immer in Frage zu stellen und weiter zu entwickeln.*

Gesetzesänderungen haben viel dazu beigetragen, dass die Lebenshilfe überhaupt erst aufgebaut werden konnte. In letzter Zeit gab es aber auch Rückschritte, Kürzungen, mehr Bürokratie. Wie würden Sie die Situation einschätzen?

*Die Versorgung der Menschen mit Behinderung in Fürth ist immer noch auf einem sehr hohen Niveau möglich, Einschränkungen kann ich für das letzte Jahrzehnt nicht bestätigen. Der bürokratische Aufwand hat sich vergrößert, aber auch die Angebotsvielfalt hat deutlich zugenommen, sei es im Bereich Werkstätten oder auch bei neuen Wohnformen, zum Beispiel Wohngruppen statt Heim.*

Die Diskussion vergleicht heute Separation - Integration - Inklusion. Die Inklusion sucht die Wertschätzung der Vielfalt. Wo sind die Vorteile und die Chancen, wo die Probleme?

*Inklusion bietet für viele Kinder sicherlich erhöhte Chancen der Teilhabe am „normalen Leben“, die Gefahr aber ist, dass die Kinder überfordert werden. Bestes Beispiel für mich sind Blindenschulen. Blinde Kinder können in einem Ausmaß gefördert werden, wie es in der Regelschule nie möglich wäre. Blinde Kinder können in der Blindenschule Abitur schaffen, das ist in einer normalen Schule kaum vorstellbar.*

Können sich nur wohlhabende Gesellschaften eine Betreuung von behinderten Menschen leisten?

*Der materielle Level ist weniger entscheidend, viel wichtiger ist die Qualität der Zuwendung und dies kann eine materiell arme Gesellschaft mindestens genauso gut.*

Angesichts der hohen Investitionen der Lebenshilfe könnte man die Frage stellen: Werden mit viel Geld gesellschaftliche Defizite und mangelnde Inklusion verdeckt?

*Die Lebenshilfe muss nichts verdecken, sondern versuchen, dass behinderte Menschen am hohen baulichen und sonstigen Niveau unserer Gesellschaft teilhaben. Wir dürfen nicht für Menschen mit Behinderungen schlechter bauen*



*im Standard als für andere Familien. Im Gegenteil, da besondere Bedürfnisse vorliegen, zum Beispiel Aufzugnotwendigkeiten, bedarf es sogar eines höheren Standards. Einrichtungen der Lebenshilfe sind in Fürth in zentralen Wohngebieten wie in der Kalbsiedlung oder am Südstadtpark und nicht in unattraktiven Randlagen. Dies ist mir auch wirklich wichtig. Die Zentrale liegt neben dem Rathaus, mitten in der Gesellschaft, wir verstecken uns nicht. Die Schule liegt im Dambach, in einem guten Wohngebiet.*

Hat die Lebenshilfe eine Strategie oder reagiert sie nur auf den jeweiligen Bedarf?

*Strategiegibt es, zum Beispiel Wohnen in Einzelwohnungen, möglichst selbständig; oder mehr reguläre Arbeitsplätze besetzen statt nur Werkstattarbeitsplätze. Es gibt auch immer mehr Außenklassen.*

Die Lebenshilfe Fürth hat zum Beispiel den ersten integrativen Kindergarten Bayerns oder zumindest Mittelfrankens eröffnet. Wo war und ist die Lebenshilfe Vorreiter? Und wohin geht der Weg?

*Der Weg geht vom Kindergarten hin zu einer integrativen Krippe. Dann kommen immer mehr Menschen mit Behinderung ins Rentenalter. Da stellt sich die Frage: eigenes Altersheim oder Integration in bestehende Altersheime? Das Thema Krippe ist schon auf den Weg gebracht. Bisher gibt es eine Betreuung erst ab dem dritten Lebensjahr, die Krippe wird ein weiterer Schritt in Richtung Normalität sein. Wichtig ist, dass man in der Gesellschaft Partner hat: Tanzschule Streng, Musikschule Fürth, die sich deutschlandweit einmalig der Behindertenpädagogik öffnet, die Unterstützung des BVS für unser gemeinsames Sportleistungszentrum als drei Beispiele. Wir sind nicht allein. Wir freuen uns über unabhängig von der Lebenshilfe entstandene Initiativen wie den Laufclub 21 und erheben keinen Monopolanspruch.*